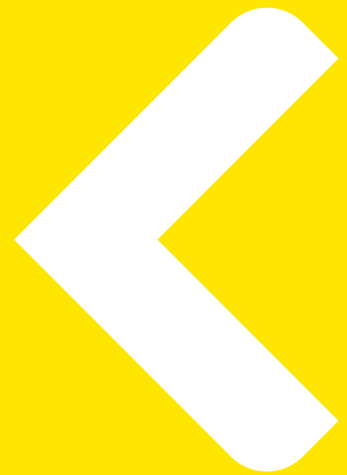




**Raiffeisen Bank**  
International

# Zwischenbericht

1. Quartal 2026



# Überblick

## Raiffeisen Bank International (RBI)

Monetäre Werte in € Millionen	2026	2025	Veränderung
<b>Erfolgsrechnung</b>	<b>1.1.-31.3.</b>	<b>1.1.-31.3.</b>	
Zinsüberschuss	1.459	1.504	-3,0 %
Provisionsüberschuss	693	668	3,8 %
Verwaltungsaufwendungen	-1.075	-995	8,0 %
Betriebsergebnis	1.140	1.274	-10,5 %
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-110	-43	155,0 %
Ergebnis vor Steuern	746	1.044	-28,5 %
Ergebnis nach Steuern	519	763	-32,0 %
Konzernergebnis	470	705	-33,4 %
<b>Bilanz</b>	<b>31.3.</b>	<b>31.12.</b>	
Forderungen an Kreditinstitute	16.732	12.682	31,9 %
Forderungen an Kunden	109.120	105.610	3,3 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	22.967	20.677	11,1 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	133.084	127.575	4,3 %
Eigenkapital	23.110	22.463	2,9 %
Bilanzsumme	218.360	210.265	3,9 %
<b>Kennzahlen</b>	<b>1.1.-31.3.</b>	<b>1.1.-31.3.</b>	
Return on Equity vor Steuern	13,1 %	19,9 %	-6,7 PP
Return on Equity nach Steuern	9,1 %	14,5 %	-5,4 PP
Konzern-Return-on-Equity	9,0 %	15,0 %	-6,1 PP
Cost/Income Ratio	48,0 %	43,3 %	4,7 PP
Return on Assets vor Steuern	1,38 %	2,04 %	-0,66 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,81 %	3,06 %	-0,25 PP
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,37 %	0,18 %	0,19 PP
<b>Bankspezifische Kennzahlen</b>	<b>31.3.</b>	<b>31.12.</b>	
NPE Ratio	1,6 %	1,7 %	-0,1 PP
NPE Coverage Ratio	48,7 %	46,5 %	2,2 PP
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	103.899	100.924	2,9 %
Harte Kernkapitalquote <sup>1</sup>	17,7 %	17,9 %	-0,2 PP
Kernkapitalquote <sup>1</sup>	19,5 %	19,6 %	-0,1 PP
Eigenmittelquote <sup>1</sup>	21,6 %	21,7 %	-0,2 PP
<b>Aktienkennzahlen</b>	<b>1.1.-31.3.</b>	<b>1.1.-31.3.</b>	
Ergebnis je Aktie in €	1,34	2,06	-35,0 %
Schlusskurs in € (31.3.)	36,36	23,72	53,3 %
Höchstkurs (Schlusskurs) in €	44,04	26,84	64,1 %
Tiefstkurs (Schlusskurs) in €	36,12	19,11	89,0 %
Anzahl der Aktien in Millionen (31.3.)	328,94	328,94	0,0 %
Marktkapitalisierung in € Millionen (31.3.)	11.960	7.802	53,3 %
<b>Ressourcen</b>	<b>31.3.</b>	<b>31.12.</b>	
Mitarbeiter:innen zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	42.154	42.425	-0,6 %
Geschäftsstellen	1.305	1.322	-1,3 %
Kund:innen in Millionen	18,6	18,6	0,1 %

<sup>1</sup> Transitional – inklusive Ergebnis

Mit RBI wird in diesem Bericht der RBI-Konzern bezeichnet. Ist dagegen die Raiffeisen Bank International AG gemeint, wird der Begriff RBI AG verwendet. Mit Konzernzentrale ist die Raiffeisen Bank International AG ohne Zweigstellen gemeint.

In den Tabellen und Grafiken können sich Rundungsdifferenzen ergeben. Die Veränderungswerte in den Tabellen basieren auf nicht gerundeten Ausgangswerten. Die im Bericht erwähnten Kennzahlen sind im Konzernabschluss unter Kennzahlen definiert.

# > Inhalt

RBI auf dem Kapitalmarkt .....	4
Konzernzwischenlagebericht .....	7
Entwicklung der Märkte .....	7
Wesentliche Ereignisse in der Berichtsperiode .....	8
Ergebnis- und Finanzentwicklung .....	9
Bilanz .....	12
Eigenmittel gemäß CRR/BWG .....	14
Risikomanagement .....	14
Ausblick .....	15
Segment- und Länderanalyse .....	16
Zentraleuropa .....	16
Südosteuropa .....	18
Russland .....	20
Ukraine .....	21
Group Corporates & Markets .....	22
Corporate Center .....	23
Konzernzwischenabschluss .....	24
Unternehmen .....	24
Gesamtergebnisrechnung .....	25
Bilanz .....	26
Eigenkapital-Veränderungsrechnung .....	27
Kapitalflussrechnung .....	28
Anhang .....	29
Segmentberichterstattung .....	35
Erläuterungen zur Erfolgsrechnung .....	40
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Finanzinstrumente - Amortized Cost .....	46
Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente .....	51
Sonstige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie Eigenkapital .....	59
Erläuterungen zu Finanzinstrumenten .....	61
Risikobericht .....	71
Sonstige Angaben .....	84
Regulatorische Angaben .....	95
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag .....	99
Kennzahlen .....	100
Abkürzungsverzeichnis .....	102
Impressum .....	103

# ➤ RBI auf dem Kapitalmarkt

## Entwicklung der RBI-Aktie

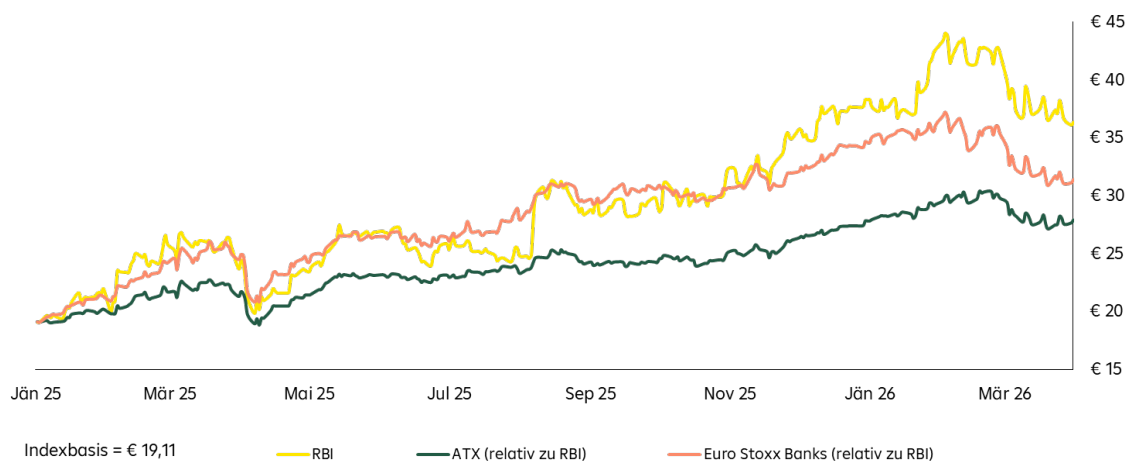
Das erste Quartal 2026 war an den globalen Aktienmärkten von zwei unterschiedlichen Trends geprägt. Während die Märkte zunächst positiv in das neue Jahr starteten und teilweise neue Allzeithochs markierten, änderte sich die Entwicklung mit dem Beginn des Iran-Kriegs deutlich. Am 28. Februar 2026 starteten Israel und die USA gemeinsam militärische Angriffe auf den Iran, woraufhin dieser mit Gegenangriffen auf Israel sowie zahlreiche arabische Länder reagierte. Diese Eskalation und die Blockade der Straße von Hormus führten zu einer erheblichen Störung des Angebots auf dem globalen Ölmarkt und trieb die Preise für Öl, Diesel und Benzin aber auch andere auf Erdöl basierende Produkte wie z. B. Düngemittel stark in die Höhe. Der Brent-Rohölpreis stabilisierte sich zuletzt um die Marke von 100 US-Dollar pro Barrel, nachdem er schon deutlich darüber gelegen hatte. Die Aktienmärkte beendeten infolgedessen das erste Quartal überwiegend mit Verlusten. Auch wenn ein Ende des Kriegs noch nicht absehbar ist, gibt es seit Anfang April immerhin eine Waffenruhe und erste Verhandlungsbemühungen, was wiederum zu einer Entspannung an den Kapitalmärkten führte.

Der starke Anstieg der Ölpreise zeigt bereits signifikante Auswirkungen auf die Teuerungsraten. Die HVPI-Inflation im Euroraum stieg im März 2026 auf 2,5 Prozent (im Vergleich zum Vorjahr), nachdem sie im Februar bei 1,9 Prozent gelegen hatte. Der größte Anteil an diesem Anstieg entfiel dabei auf den Energiesektor. Die Europäische Zentralbank (EZB) reagierte auf diese Entwicklungen, indem sie ihre Zinssenkungszyklen vorerst aussetzte und ihre Inflationsprognose anhebte.

Der US-Dollar tendiert seit dem Beginn des Iran-Kriegs wieder deutlich fester gegenüber dem Euro und notierte zum Quartalsende bei rund 1,15 EUR/USD, nachdem er zuvor bei 1,20 EUR/USD gelegen hatte. Hauptursachen dürften sein, dass die europäische Industrie besonders stark von den gestiegenen (in USD gehandelten) Rohstoffpreisen betroffen ist und die EZB zu einer restriktiveren Zinspolitik gezwungen ist, um der Inflation entgegenzuwirken.

Zu Beginn des ersten Quartals 2026 lag der Kurs der RBI-Aktie bei € 38,30. Zum Quartalsende notierte sie bei € 36,36. Sie gab damit um 5,1 Prozent nach. Der österreichische Aktienindex ATX stieg im ersten Quartal um 0,3 Prozent, während der europäische Bankenindex Euro Stoxx Banks 9,3 Prozent verlor.

## Kursentwicklung seit 1. Jänner 2025 im Vergleich zu ATX und Euro Stoxx Banks



## Kapitalmarktkommunikation

Am 30. Jänner 2026 publizierte die RBI die vorläufigen Ergebnisse des Geschäftsjahres 2025 und hielt dazu eine Webkonferenz ab. Der Vorstand erläuterte die Geschäftszahlen, ging dabei auch ausführlich auf die aktuelle Situation in Russland sowie die potenziellen Auswirkungen für die RBI ein und stand in der anschließenden Q&A-Runde für Fragen zur Verfügung. Der vollständige Geschäftsbericht 2025 wurde am 2. März veröffentlicht.

Ziel der Investor-Relations-Aktivitäten der RBI ist es, mit flexiblen und innovativen Informationsformaten den Kapitalmarktakteuren ein Höchstmaß an Transparenz zu bieten. Im ersten Quartal nahmen die Investor-Relations-Verantwortlichen und weitere Vertreter:innen der RBI in Frankfurt, London, Mailand und Paris an Roadshows und Konferenzen teil. Ergänzt wurden diese Aktivitäten durch zahlreiche virtuelle Veranstaltungen im Rahmen von Telefon- und Webkonferenzen. Darüber hinaus bot Investor Relations Analyst:innen, Eigen- und Fremdkapitalinvestor:innen einen individuellen Austausch mit dem CEO und CRO sowie Investor Relations telefonisch oder als Videokonferenz an. Schwerpunkte

der Gespräche mit Investor:innen und Analyst:innen im ersten Quartal waren weiterhin die Entwicklung in Russland, das Hypothekarkreditportfolio in Polen, die Geschäftsentwicklung im Kernkonzern sowie die bekannt gegebenen Akquisitions-Projekte.

16 Aktienanalyst:innen (Stand: 31. März 2026) und zahlreiche Anleiheanalyst:innen geben regelmäßig Empfehlungen zur RBI als Investment ab.

Die RBI ist bestrebt, die Marktteilnehmer:innen stets bestmöglich zu informieren. Im Sinn einer möglichst weiten Verbreitung und guten Zugänglichkeit ihres Informationsangebots stellt sie Präsentationen im Rahmen von Telefonkonferenzen sowie wichtigen Veranstaltungen als Webcasts online bereit. Diese sind im Internet unter [www.rbinternational.com](http://www.rbinternational.com) → Investoren → Events & Präsentationen abrufbar.

## Hauptversammlung und Dividende

Die Hauptversammlung der RBI für das Geschäftsjahr 2025 fand am 9. April 2026 in Wien als hybride Veranstaltung statt, die den Aktionär:innen neben einer physischen auch wieder eine virtuelle Teilnahme ermöglichte. Die Teilnahmemöglichkeit über das webbasierte HV-Portal der RBI wurde von den Aktionär:innen rege wahrgenommen. Alle Beschlussvorschläge der Tagesordnung wurden mit großer Mehrheit angenommen. Unter anderem wurde die vom Vorstand der RBI vorgeschlagene Dividende von € 1,60 je Aktie für das Geschäftsjahr 2025 von der Hauptversammlung beschlossen und am 17. April 2026 an die Aktionär:innen ausgeschüttet.

## Emissionen

Der Beginn des Jahres war von einer regen Marktaktivität geprägt. Dieses Momentum nutzte die RBI und begab bereits im Jänner eine Additional Tier 1 Anleihe in Höhe von € 650 Millionen. Der endgültige Kupon konnte, nach anfänglich kommunizierten 6,750 Prozent, bei 6,200 Prozent festgelegt werden. Das Investoreninteresse war groß und das finale Orderbuch erreichte mehr als € 2,3 Milliarden. Die Anleihe erlaubt eine erstmalige Zinsanpassung am 15. Dezember 2032 und war zusätzlich mit einem Tender Offer für die ausstehende 6,000 Prozent Additional Tier 1 Anleihe aus dem Jahr 2020 verbunden. Das Tender Offer ermöglichte es den Anleihegläubigern, in die neue Additional Tier 1 Anleihe zu reinvestieren.

Im Februar emittierte die RBI eine € 500 Millionen Senior-Preferred-Benchmark-Anleihe. Damit wurde der Funding-Plan für das Jahr frühzeitig vorgebracht. Das weiterhin vorteilhafte Marktfenster ermöglichte ein Orderbuch von über € 1,8 Milliarden. Der endgültige Spread konnte, nach anfänglich kommunizierten 120 Basispunkten, auf 95 Basispunkte über dem Mid-Swap-Satz festgelegt werden, was einem jährlichen Kupon von 3,500 Prozent entspricht. Die Anleihe wird zum 16. Februar 2034 fällig und kann erstmals nach 7 Jahren gekündigt werden.

## RBI Rating

Rating	Moody's Investors Service	Standard & Poor's
Langfrist-Rating	A1	A-
Ausblick	stabil	stabil
Kurzfrist-Rating	P-1	A-2
Junior Senior Unsecured	Baa2	-
Subordinated (Tier 2)	Baa2	BBB
Additional Tier 1	Ba2(hyb)	BB
Public-sector covered bonds	Aa1	-
Mortgage covered bonds	Aa1	-

## Aktionärsstruktur

Die Raiffeisenlandesbanken halten rund 61 Prozent der RBI-Aktien, die restlichen Aktien befinden sich im Streubesitz (Stand: 31. März 2026). Mit einer breiten geografischen Streuung sowie unterschiedlichen Anlagezielen weisen die RBI-Aktionäre eine ausgewogene Struktur auf.

## Aktienkennzahlen und Details zur Aktie

Schlusskurs zum 31. März 2026	€ 36,36
Höchstkurs/Tiefstkurs (Schlusskurse) im ersten Quartal 2026	€ 44,04 / € 36,12
Ergebnis je Aktie vom 1. Jänner bis zum 31. März 2026	€ 1,34
Buchwert je Aktie zum 31. März 2026	€ 60,48
Marktkapitalisierung zum 31. März 2026	€ 11.960 Millionen
Durchschnittlicher Tagesumsatz (Einzelzählung) im ersten Quartal 2026	384.171 Stück
Streubesitz zum 31. März 2026	rund 39 %
ISIN	AT0000606306
Ticker-Symbole	RBI (Wiener Börse) RBI AV (Bloomberg) RBIV.VI (Reuters)
Marktsegment	Prime Market
Anzahl der ausgegebenen Aktien zum 31. März 2026	328.939.621

## Finanzkalender 2026

23. Juli 2026	Beginn der Quiet Period
31. Juli 2026	Zwischenbericht 1. Halbjahr, Conference Call
23. Oktober 2026	Beginn der Quiet Period
3. November 2026	Zwischenbericht 1. bis 3. Quartal, Conference Call

# > Konzernzwischenlagebericht

## Entwicklung der Märkte

Die konjunkturelle Entwicklung in Europa wird derzeit maßgeblich von der Eskalation im Nahen Osten und den damit einhergehenden Verwerfungen auf den Energiemärkten geprägt. Ein zeitnahes Ende der Disruptionen zeichnet sich nicht ab. Auch bei einer möglichen Öffnung der Straße von Hormus ist davon auszugehen, dass die Energiepreise aufgrund anhaltender Risikoprämien und knapper Verarbeitungskapazitäten im weiteren Jahresverlauf auf einem erhöhten Niveau verharren und damit Aufwärtsdruck auf die Inflation und Abwärtsdruck auf die Konjunktur ausüben. Zusätzlich verschärfen erneute Lieferkettenprobleme die Lage. Im Gegensatz zur Krise 2022 fehlt der Industrie heute ein Auftragsrückstau, was die wirtschaftliche Resilienz schwächt. Eine weitere Eskalation des Konflikts könnte über die Energiemärkte hinausgehende Instabilitäten an den Finanzmärkten auslösen. In der Ukraine zeichnet sich weiterhin kein zeitnahes Ende des Kriegs ab. Der Konflikt im Nahen Osten hat die Wahrscheinlichkeit eines solchen tendenziell verringert. Insgesamt hat das geopolitische Umfeld die Prognoseunsicherheit massiv erhöht.

2025 wurde die Wirtschaftsdynamik der **Eurozone** vor allem vom Auf und Ab der US-Exporte geprägt; der negative Effekt der Handelsbeschränkungen fiel jedoch insgesamt schwächer aus als befürchtet, sodass der Währungsraum in der Gesamtbetrachtung stärker wachsen konnte als noch im Vorjahr. In Bezug auf das Jahr 2026 haben der Krieg im Iran und die Blockade der Straße von Hormus die Erwartungen eines deutlichen investitionsgetriebenen Konjunkturaufschwungs im Keim erstickt. Der globale Energiepreisschock wird auf der hiesigen Wirtschaftsdynamik lasten und zeitgleich die Inflation auf Werte klar über der 2-Prozent-Marke führen. Das tatsächliche Ausmaß dieser adversen Entwicklungen hängt dabei maßgeblich von der Dauer der Verwerfungen an den Energiemärkten ab.

Die **EZB** ließ die Leitzinsen im ersten Quartal 2026 unverändert. Die Inflation stabilisierte sich nahe dem 2 Prozent Inflationsziel und der EZB-Rat kommunizierte, man sei mit einem Einlagesatz von 2 Prozent gut positioniert. Der Iran-Krieg hat die zuvor ausgeglichene Risiko-Abwägung zum Inflationsausblick aber verändert. Zinserhöhungen der EZB dürften die Folge sein. Das Ausmaß wird vom Kriegsverlauf und dem damit verbundenen Energiepreisschock abhängen. Ungeachtet des Iran-Kriegs setzt die EZB ihren Bilanzabbau weiter fort.

Die **österreichische Wirtschaft** ist nach zwei Rezessionsjahren 2025 wieder leicht gewachsen. Der BIP-Zuwachs von 0,6 Prozent war jedoch deutlich niedriger als in der Eurozone. Unterstützung leisteten staatliche Konsumausgaben sowie Unternehmensinvestitionen, wobei es sich bei letzteren um Einmaleffekte gehandelt haben dürfte. Die Bauwirtschaft wie auch der Außenhandel bremsen dagegen die Konjunktur. Der Iran-Krieg dürfte für die österreichische Konjunktur zwar keine neuerliche Rezession zur Folge haben, das Wachstum bis in den Herbst hinein aber spürbar dämpfen. Vom Konsum sind 2026 kaum Impulse zu erwarten, da die Kaufkraft durch gestiegene Energiekosten geschmälert wird und der Konflikt samt gestiegener Energiepreise zur Konsumzurückhaltung führen dürfte. Gleichzeitig dämpfen die hohe Unsicherheit, sinkende Unternehmensgewinne und das Zinsniveau die Investitionstätigkeit. Vom Außenhandel ist aufgrund nachlassender preislicher Wettbewerbsfähigkeit und einer schwächeren globalen Nachfrage kein nennenswerter Rückenwind zu erwarten. Die Bauwirtschaft steuert auf ein weiteres Rezessionsjahr zu.

2025 zeichnete sich in den **zentraleuropäischen Volkswirtschaften (CE)** ein durchwachsendes Bild ab. Während Polen und Tschechien mit einer positiven Entwicklung, insbesondere getragen vom Konsum, aber auch von den Investitionen, hervorstechen, blieben Ungarn – geprägt von einer schwachen Investitionstätigkeit – und Slowenien mit niedrigem Konsum zurück. Der Iran-Krieg dürfte 2026 auch für die CE-Region eine Wachstumsbremse sein. Besonders die exportorientierten Produktionszentren werden die hohen Energiepreise wirtschaftlich spüren. Unsicherheit, Inflationsdruck und in einigen Ländern weiterhin restriktive Zinsniveaus bilden keinen günstigen Rahmen für Konsum und Investitionen, die derzeit die Hauptwachstumstreiber darstellen. EU-Mittel bieten bei den Investitionen Unterstützung und sorgen für eine gewisse Stabilisierung. Davon dürfte auch Ungarn mit der neuen Regierung profitieren, für das nach den Wahlen im April die Karten neu gemischt wurden.

Für viele Volkswirtschaften in **Südosteuropa (SEE)** verlief das Jahr 2025 schwierig. Neben globalen Herausforderungen kamen lokale Probleme hinzu, etwa fiskalische Konsolidierung in Rumänien und politische Unsicherheit in mehreren Ländern. Positiv hervorzuheben sind die Tourismushochburgen Albanien und Kroatien. Der Iran-Krieg dürfte das Wachstum 2026 belasten, wobei der Tourismussektor von einer Verlagerung hin zu sichereren, nahegelegenen europäischen Zielen profitieren könnte. Insgesamt erhöht der Irankrieg den Inflationsdruck und erschwert die wirtschaftliche Erholung, insbesondere in Rumänien mit sehr hohen Preissteigerungen. Investitionen bleiben ein Sorgenfaktor, vor allem in Serbien, dessen BIP-Entwicklung bereits 2025 unter rückläufigen ausländischen Direktinvestitionen litt. Der Konsum wird durch Rücküberweisungen in Länder mit einer großen Diaspora gestützt, was die Region gegenüber Zentraleuropa etwas resilienter macht.

Das Wachstum in der **Ukraine** verlangsamte sich 2025, blieb jedoch knapp unter 2 Prozent. Derzeit deutet nichts auf ein Ende des Kriegs vor Ende 2026 hin. Dementsprechend bleibt die ukrainische Wirtschaft stark belastet und hat sich zunehmend zur Kriegswirtschaft entwickelt. Russland weitete die Angriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur im Winter 2025/2026 massiv

aus. Dennoch zeigt die Ukraine weiterhin eine gewisse Resilienz und Anpassungsfähigkeit. Für 2026 wird weiterhin Wachstum erwartet, allerdings mit einer weiteren leichten Entschleunigung. Frieden und Wiederaufbau sind zentrale Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung in der Ukraine.

2025 häuften sich in **Russland** die Anzeichen einer wirtschaftlichen Abkühlung. Eine Verlangsamung des privaten Konsums und der Investitionen dämpfte das Wachstum und reduzierte den Inflationsdruck. Die russische Zentralbank konnte daraufhin ihren Zinssenkungszyklus einleiten. Dennoch dürften die monetären Bedingungen weiterhin restriktiv bleiben, was das Wachstumspotenzial in den kommenden Quartalen zusätzlich einschränkt.

## Entwicklung des realen BIP – Veränderung zum Vorjahr in Prozent

Region/Land	2024	2025	2026e	2027f
Polen	3,0	3,6	3,6	3,0
Slowakei	1,9	0,8	0,5	0,9
Tschechien	1,1	2,7	1,6	1,9
Ungarn	0,7	0,5	1,3	3,0
<b>Zentraleuropa</b>	<b>2,1</b>	<b>2,7</b>	<b>2,6</b>	<b>2,6</b>
Albanien	4,0	3,8	3,6	3,8
Bosnien und Herzegowina	3,2	2,1	1,7	2,1
Kosovo	4,6	3,6	3,5	3,9
Kroatien	3,8	3,2	2,1	2,1
Rumänien	0,9	0,7	0,2	1,3
Serbien	3,9	2,0	2,4	3,0
<b>Südosteuropa</b>	<b>2,3</b>	<b>1,7</b>	<b>1,2</b>	<b>1,9</b>
<b>Russland</b>	<b>4,9</b>	<b>1,0</b>	<b>1,1</b>	<b>1,0</b>
<b>Ukraine</b>	<b>3,2</b>	<b>1,8</b>	<b>1,5</b>	<b>4,5</b>
Österreich	-0,7	0,6	0,3	0,7
<b>Eurozone</b>	<b>0,9</b>	<b>1,4</b>	<b>0,5</b>	<b>1,0</b>

Quelle: Raiffeisen Research, Stand Ende April 2026, (e: Schätzung, f: Prognose), für bereits abgeschlossene Jahre sind nachträgliche Revisionen möglich

## Wesentliche Ereignisse in der Berichtsperiode

### Einigung über den Erwerb der Garanti BBVA Group Romania

Am 28. März 2026 gab die RBI bekannt, dass ihre rumänische Tochtergesellschaft Raiffeisen Bank S.A. eine Einigung über den Erwerb von 100 Prozent der Anteile an der Garanti BBVA Group Romania (Garanti Bank S.A. und die Leasinggesellschaft Motoractive IFN S.A.) von Tochtergesellschaften der Banco Bilbao Vizcaya Argentaria S.A. (BBVA) erzielt hat. Die Transaktion steht unter dem Vorbehalt des Closings sowie der regulatorischen Genehmigungen.

Ausgehend von einem Kaufpreis von € 591 Millionen (vorbehaltlich Anpassungen zum Closing) und einer harten Kernkapitalquote von 15,5 Prozent für die RBI ohne Russland zum Jahresende 2025 wird sich die harte Kernkapitalquote zum Zeitpunkt des Closings um rund 60 Basispunkte verringern.

Das Closing der Transaktion wird für das vierte Quartal 2026 erwartet. Die RBI will die erworbenen Gesellschaften mit ihren entsprechenden rumänischen Einheiten zusammenführen, um die identifizierten operativen und kostenseitigen Synergien zu realisieren.

## Ergebnis- und Finanzentwicklung

Trotz deutlicher Anstiege der Betriebserträge in Zentraleuropa und Rumänien lag das Konzernergebnis im ersten Quartal mit € 470 Millionen um € 235 Millionen oder 33 Prozent unter dem Wert des Vorjahres. Für den Rückgang verantwortlich waren im Wesentlichen deutlich geringere Betriebserträge in Russland, höhere Bankenabgaben sowie gestiegene Risikokosten. Das Betriebsergebnis ging um € 133 Millionen oder 10 Prozent auf € 1.140 Millionen zurück (ohne Russland Anstieg um 12 Prozent).

Die Kernerträge (Zins- und Provisionsüberschuss) sanken insgesamt um € 20 Millionen oder 1 Prozent auf € 2.152 Millionen. Der Zinsüberschuss verringerte sich um € 45 Millionen auf € 1.459 Millionen, ausschlaggebend dafür waren die Senkungen des Leitzinssatzes in Russland. Der Provisionsüberschuss stieg um € 25 Millionen auf € 693 Millionen trotz eines Rückgangs in Russland um € 28 Millionen. Die Zunahme ist im Wesentlichen auf Rumänien, die Konzernzentrale und Ungarn zurückzuführen.

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen im Jahresvergleich um 8 Prozent oder € 80 Millionen auf € 1.075 Millionen. Dabei nahm der Personalaufwand vor allem inflationsbedingt um € 54 Millionen zu. Den größten Zuwachs verzeichnete Russland mit € 26 Millionen teilweise aufgrund der Währungsentwicklung sowie aufgrund von Gehaltsanpassungen. Weiters sorgten vor allem höhere Aufwendungen für IT und Werbung für einen Anstieg des Sachaufwands.

Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte stiegen im Jahresvergleich ausgehend von einer niedrigen Basis um € 67 Millionen auf € 110 Millionen, vorwiegend aufgrund von aktualisierten makroökonomischen Parametern infolge erhöhter geopolitischer Risiken.

Die Bilanzsumme stieg seit Jahresbeginn um € 8 Milliarden oder 4 Prozent auf € 218 Milliarden, Effekte aus Währungsentwicklungen waren nicht relevant. Das Kundengeschäft verzeichnete einen Anstieg um 3 Prozent insbesondere in der Konzernzentrale bei sonstigen Finanzunternehmen und in Zentraleuropa bei Haushalten und Nicht-Finanzunternehmen. Die Wertpapierbestände wuchsen vorwiegend durch Investitionen in Staatsanleihen in der Slowakei, der Konzernzentrale und in Rumänien, wodurch die Barbestände vor allem in der Slowakei bei der Zentralbank und in Rumänien sanken. Auf der Refinanzierungsseite stiegen die Kundeneinlagen vor allem in Tschechien bei Regierungen sowie in der Konzernzentrale bei sonstigen Finanzunternehmen.

Das Eigenkapital inklusive des Kapitals nicht beherrschender Anteile verzeichnete seit Jahresbeginn einen Anstieg um € 647 Millionen auf € 23.110 Millionen. Das Gesamtergebnis von € 487 Millionen setzte sich aus dem Ergebnis nach Steuern in Höhe von € 519 Millionen und dem sonstigen Ergebnis von minus € 32 Millionen zusammen. Die Währungsentwicklung wirkte sich mit minus € 20 Millionen negativ auf das sonstige Ergebnis aus.

### Ergebnis im Jahresvergleich

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025	Veränderung	
Zinsüberschuss	1.459	1.504	-45	-3,0 %
Dividenerträge	15	8	6	76,1 %
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	16	3	13	369,5 %
Provisionsüberschuss	693	668	25	3,8 %
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	5	56	-50	-90,5 %
Ergebnis aus Hedge Accounting	-6	3	-9	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	33	27	6	23,6 %
<b>Betriebserträge</b>	<b>2.215</b>	<b>2.269</b>	<b>-53</b>	<b>-2,4 %</b>
Personalaufwand	-621	-566	-54	9,6 %
Sachaufwand	-325	-310	-15	5,0 %
Abschreibungen	-129	-119	-10	8,4 %
<b>Verwaltungsaufwendungen</b>	<b>-1.075</b>	<b>-995</b>	<b>-80</b>	<b>8,0 %</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>1.140</b>	<b>1.274</b>	<b>-133</b>	<b>-10,5 %</b>
Übriges Ergebnis	-102	-65	-36	55,3 %
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-183	-121	-61	50,3 %
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-110	-43	-67	155,0 %
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>746</b>	<b>1.044</b>	<b>-297</b>	<b>-28,5 %</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-227	-281	54	-19,1 %
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>519</b>	<b>763</b>	<b>-244</b>	<b>-32,0 %</b>
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-49	-58	9	-14,9 %
<b>Konzernergebnis</b>	<b>470</b>	<b>705</b>	<b>-235</b>	<b>-33,4 %</b>

## Betriebserträge

Der Zinsüberschuss verringerte sich um € 45 Millionen auf € 1.459 Millionen. Ausschlaggebend dafür waren die Senkungen des Leitzinssatzes in Russland, die im Jahresvergleich zu niedrigeren Zinserträgen aus kurzfristigen Veranlagungen bei der Zentralbank führten. Es kam auch in anderen wesentlichen Märkten des Konzerns zu Zinssatzsenkungen (vor allem im Euroraum und in Tschechien). Diese Entwicklung konnte jedoch durch ein wachsendes Geschäftsvolumen in den Segmenten Zentraleuropa und Südosteuropa sowie durch Zukäufe festverzinslicher Staatsanleihen kompensiert werden. Infolge der Senkung der Marktzinsen verringerte sich die Nettozinsspanne um 25 Basispunkte auf 2,81 Prozent. Ohne Russland kam es nur zu einem Rückgang um 6 Basispunkte auf 2,25 Prozent.

Der Provisionsüberschuss nahm trotz des Rückgangs in Russland (€ 28 Millionen) um € 25 Millionen auf € 693 Millionen zu. Das ist im Wesentlichen auf Rumänien, die Konzernzentrale und Ungarn zurückzuführen, wobei die meisten anderen Länder des Konzerns ebenfalls Steigerungen aufwiesen. Das Provisionsergebnis aus dem Kredit- und Garantiegeschäft wuchs um € 15 Millionen, vor allem wegen höherer Erträge aus Kreditzusagen in der Konzernzentrale. Das Ergebnis aus der Vermögensverwaltung verzeichnete aufgrund gestiegener Volumina primär in der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H. einen Zuwachs um € 10 Millionen, weiters verbesserte sich das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr volumenbedingt um € 6 Millionen. Dagegen ging das Provisionsergebnis aus dem Fremdwährungsgeschäft um € 9 Millionen zurück, nachdem es in Russland im Vorjahr aufgrund der höheren Volatilität des russischen Rubels noch zu gestiegenen Volumina und Margen gekommen war.

Das Handelsergebnis und das Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen sank im Jahresvergleich um € 50 Millionen auf € 5 Millionen. Verantwortlich dafür war hauptsächlich Russland mit einem Rückgang um € 64 Millionen auf € 1 Million. Grund dafür waren rückläufige Ergebnisse im Devisenhandel resultierend aus weniger Transaktionen und geringeren Transaktionsvolumina infolge der Reduktion der Geschäftstätigkeiten. Darüber hinaus profitierte der Devisenhandel in der Vergleichsperiode von hohen Volatilitäten auf dem russischen Devisenmarkt. Dem Ergebnisrückgang in Russland standen moderate Zuwächse vor allem in Ungarn und Kroatien gegenüber.

## Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen im Jahresvergleich um 8 Prozent oder € 80 Millionen auf € 1.075 Millionen. Der Personalaufwand nahm größtenteils inflationsbedingt um € 54 Millionen auf € 621 Millionen in nahezu allen Ländern des Konzerns zu. Den größten Zuwachs verzeichnete Russland mit € 26 Millionen teilweise aufgrund der Währungsentwicklung sowie aufgrund von Gehaltsanpassungen. Die Treiber des um € 15 Millionen gestiegenen Sachaufwands waren der um € 8 Millionen höhere IT-Aufwand, vor allem in Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Serbien und in Russland sowie der höhere Werbeaufwand. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte erhöhten sich um 8 Prozent oder € 10 Millionen auf € 129 Millionen; der Anstieg erfolgte vor allem in Russland, Ungarn und der Slowakei. Die Cost/Income Ratio stieg im Jahresabstand von 43,3 Prozent auf 48,0 Prozent. Ohne Russland lag sie bei 53,4 Prozent (Rückgang um 1,5 Prozentpunkte).

## Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis belief sich in der Berichtsperiode auf minus € 102 Millionen nach minus € 65 Millionen in der Vergleichsperiode. Hauptgrund dafür waren kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen von Kreditverträgen mit € 77 Millionen (Vorjahresperiode: € 67 Millionen). Diese betrafen im Wesentlichen Hypothekarkredite in Polen, die in Fremdwährungen denominiert oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind. Zusätzlich belastend wirkten Zinsaufwände im Zusammenhang mit dem der Rasperia zugesprochenen Schadenersatz (€ 15 Millionen). Die Bewertung von Anteilen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen führte in der Berichtsperiode zu einem Ergebnis von minus € 9 Millionen.

## Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben

Der Aufwand für staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben stieg um € 61 Millionen auf € 183 Millionen. Die Bankenabgaben wuchsen um € 68 Millionen. Dies war überwiegend auf einen Anstieg um € 63 Millionen in Ungarn zurückzuführen, hauptsächlich bedingt durch die Anhebung der Steuersätze. Außerdem führte in Rumänien die gesetzliche Erhöhung der Bankensteuer seit Juli 2025 zu einem Anstieg um € 6 Millionen.

## Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte in Höhe von € 110 Millionen betrafen in der Berichtsperiode hauptsächlich Zentraleuropa mit € 50 Millionen (Vorjahresperiode: Nettoauflösung von € 27 Millionen) und Südosteuropa mit € 23 Millionen (Vorjahresperiode: Nettoauflösung von € 1 Million) infolge der Aktualisierung von makroökonomischen Parametern, wobei die größten Auswirkungen in der Slowakei und in Rumänien zu verzeichnen waren. In der Konzernzentrale kam es zu einer geringeren Nettodotierung von € 19 Millionen (Vorjahresperiode: € 66 Millionen). In der Berichtsperiode wurden die Nettodotierungen vor allem in Stage 3 gebucht (€ 71 Millionen, davon entfielen € 48 Millionen auf Nicht-Finanzunternehmen und € 40 Millionen auf Haushalte).

## Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Rückgang der Steuern vom Einkommen und Ertrag um € 54 Millionen auf € 227 Millionen ist überwiegend auf einen niedrigeren Steueraufwand in Russland infolge des ErgebnISRückgangs sowie auf den Wegfall der Sondersteuer in Tschechien zurückzuführen. Dieser Effekt wurde teilweise durch höhere Steuerbelastungen in der Ukraine ausgeglichen, bedingt durch den temporären Anstieg des Körperschaftsteuersatzes für Banken auf 50 Prozent.

## Ergebnis im Quartalsvergleich

### Quartalsergebnisse

in € Millionen	Q1/2025	Q2/2025	Q3/2025	Q4/2025	Q1/2026	Veränderung	
Zinsüberschuss	1.504	1.468	1.459	1.443	1.459	16	1,1 %
Dividenerträge	8	13	3	6	15	9	136,7 %
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	3	8	22	19	16	-3	-16,0 %
Provisionsüberschuss	668	685	679	699	693	-5	-0,8 %
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	56	114	44	40	5	-34	-86,6 %
Ergebnis aus Hedge Accounting	3	4	-3	2	-6	-8	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	27	27	51	47	33	-14	-29,4 %
<b>Betriebserträge</b>	<b>2.269</b>	<b>2.319</b>	<b>2.254</b>	<b>2.255</b>	<b>2.215</b>	<b>-40</b>	<b>-1,8 %</b>
Personalaufwand	-566	-592	-574	-614	-621	-7	1,1 %
Sachaufwand	-310	-322	-308	-343	-325	18	-5,1 %
Abschreibungen	-119	-124	-123	-139	-129	10	-7,1 %
<b>Verwaltungsaufwendungen</b>	<b>-995</b>	<b>-1.038</b>	<b>-1.005</b>	<b>-1.096</b>	<b>-1.075</b>	<b>21</b>	<b>-1,9 %</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>1.274</b>	<b>1.281</b>	<b>1.249</b>	<b>1.160</b>	<b>1.140</b>	<b>-19</b>	<b>-1,7 %</b>
Übriges Ergebnis	-65	-1.435	-62	-356	-102	254	-71,4 %
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-121	-43	-51	-54	-183	-129	237,8 %
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-43	-66	-44	12	-110	-122	-
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>1.044</b>	<b>-263</b>	<b>1.092</b>	<b>762</b>	<b>746</b>	<b>-16</b>	<b>-2,1 %</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-281	-232	-245	-255	-227	28	-11,1 %
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>763</b>	<b>-495</b>	<b>847</b>	<b>506</b>	<b>519</b>	<b>12</b>	<b>2,5 %</b>
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-58	-63	-68	-62	-49	13	-20,9 %
<b>Konzernergebnis</b>	<b>705</b>	<b>-557</b>	<b>778</b>	<b>445</b>	<b>470</b>	<b>25</b>	<b>5,7 %</b>

## Veränderung erstes Quartal 2026 versus viertes Quartal 2025

Der Zinsüberschuss stieg um € 16 Millionen auf € 1.459 Millionen. Während das Zinssatzniveau im Allgemeinen stabil blieb, wurde der Anstieg der Nettozinserträge hauptsächlich durch das gestiegene Geschäftsvolumen und teilweise auch durch Wechselkurse positiv beeinflusst. Die Nettozinsspanne des Konzerns verringerte sich aufgrund der niedrigeren Zinserträge in Russland um 3 Basispunkte auf 2,81 Prozent. Ohne Russland kam es zu einem Rückgang um 1 Basispunkt auf 2,25 Prozent.

Der Provisionsüberschuss reduzierte sich geringfügig um € 5 Millionen auf € 693 Millionen. Rückgängen in Tschechien (€ 7 Millionen), Rumänien (€ 5 Millionen), Serbien (€ 4 Millionen), Bosnien und Herzegowina (€ 3 Millionen) sowie in der Ukraine (€ 3 Millionen) stand ein Zuwachs in der Konzernzentrale (€ 20 Millionen) gegenüber. Das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr sank um € 17 Millionen aufgrund saisonal höherer Transaktionszahlen und -volumina im Vorquartal, vorrangig in Russland. Demgegenüber stieg das Ergebnis aus dem Fremdwährungsgeschäft um € 13 Millionen, vor allem volumen- und margenbedingt in Russland.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen fiel um € 34 Millionen auf € 5 Millionen. Verantwortlich dafür war hauptsächlich Russland mit einem Rückgang um € 57 Millionen. Grund dafür waren rückläufige Ergebnisse im Devisenhandel resultierend aus weniger Transaktionen und geringeren Transaktionsvolumina infolge der Reduktion der Geschäftstätigkeiten sowie aus gesunkenen Margen. Eine Ergebnisverbesserung verzeichnete hingegen Ungarn, wo es vor allem im Zusammenhang mit der Bewertung von zum Zeitwert bewerteten Krediten sowie bei Zinsderivaten zu positiven Effekten kam.

Das sonstige betriebliche Ergebnis lag im ersten Quartal mit € 33 Millionen um € 14 Millionen unter dem Niveau des vierten Quartals. Der Rückgang resultierte vor allem aus geringeren Erträgen im Zusammenhang mit Weiterverrechnungen im ersten Quartal.

Die Verwaltungsaufwendungen sanken im Quartalsvergleich um € 21 Millionen auf € 1.075 Millionen. Der Sachaufwand, insbesondere der Werbe- und Repräsentationsaufwand, ging um € 18 Millionen auf € 325 Millionen zurück. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte lagen mit € 129 Millionen um € 10 Millionen unter dem Wert des

Vorquartals. Demgegenüber verzeichnete der Personalaufwand einen Anstieg um € 7 Millionen und betrug im ersten Quartal € 621 Millionen.

Das übrige Ergebnis verzeichnete mit minus € 102 Millionen (Vorquartal: minus € 356 Millionen) einen Anstieg um € 254 Millionen. Hauptgrund dafür war die im Vorquartal gebuchte Dotierung einer Rückstellung im Zusammenhang mit dem zweiten Rasperia-Verfahren (€ 339 Millionen). Im Gegenzug dazu erhöhten sich die Aufwände für kreditbezogene Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen von Kreditverträgen im Zusammenhang mit dem Hypothekarkreditportfolio in Polen im Vergleich zum Vorquartal auf € 77 Millionen (nach € 2 Millionen im vierten Quartal).

Die staatlichen Maßnahmen und Pflichtabgaben beliefen sich auf € 183 Millionen gegenüber € 54 Millionen im vierten Quartal, vor allem da aufgrund der zugrunde liegenden Bestimmungen (IFRIC 21) der Großteil zum Jahresbeginn zu buchen ist. Davon entfielen € 150 Millionen auf die Bankenabgaben, wobei € 117 Millionen aus Ungarn kamen.

Bei den Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte kam es nach einer Nettoauflösung in Höhe von € 12 Millionen im vierten Quartal zu einer Nettodotierung von € 110 Millionen, wobei in Zentraleuropa € 50 Millionen (davon € 27 Millionen in der Slowakei infolge der Aktualisierung von makroökonomischen Parametern), in Südosteuropa € 23 Millionen und in der Konzernzentrale € 19 Millionen gebucht wurden. Im vierten Quartal standen den Nettoauflösungen in Russland (€ 84 Millionen aufgrund der Auflösungen von Overlays infolge von Rückzahlungen) und in der Ukraine (€ 38 Millionen vor allem in makroökonomischen Overlays) Wertminderungen in der Konzernzentrale (€ 43 Millionen), Zentraleuropa (€ 35 Millionen) und Südosteuropa (€ 24 Millionen) gegenüber.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag reduzierten sich im Quartalsvergleich um € 28 Millionen, was hauptsächlich auf eine geringere Steuerbelastung in Russland zurückzuführen war, während die Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes für Banken in der Ukraine diesem Effekt teilweise entgegenwirkte.

## Bilanz

Die Bilanzsumme stieg seit Jahresbeginn um rund € 8 Milliarden oder 4 Prozent, Effekte aus Währungsentwicklungen waren nicht relevant. Der Aufwertung des US-Dollar um 2 Prozent standen Abwertungen der tschechischen Krone und der ukrainischen Hrywnja um jeweils 1 Prozent gegenüber.

## Aktiva

in € Millionen	31.3.2025	30.6.2025	30.9.2025	31.12.2025	31.3.2026	Veränderung Jahresende	
Forderungen an Kreditinstitute	13.474	13.568	15.809	12.682	16.732	4.050	31,9 %
Forderungen an Kunden	100.979	102.202	103.027	105.610	109.120	3.510	3,3 %
davon Nicht-Finanzunternehmen	45.727	45.777	46.018	47.597	48.576	979	2,1 %
davon Haushalte	40.829	41.794	42.859	44.118	44.993	875	2,0 %
Wertpapiere	41.123	43.218	45.740	46.879	47.608	729	1,6 %
Barbestände und übrige Aktiva	49.219	44.520	44.534	45.094	44.900	-193	-0,4 %
davon Barbestände	39.115	34.162	34.774	35.340	34.727	-612	-1,7 %
<b>Gesamt</b>	<b>204.794</b>	<b>203.507</b>	<b>209.110</b>	<b>210.265</b>	<b>218.360</b>	<b>8.096</b>	<b>3,9 %</b>

Die Forderungen an Kreditinstitute stiegen in Tschechien um € 3.667 Millionen und in der Konzernzentrale um € 545 Millionen, jeweils getrieben durch höhere Volumina im Repo-Geschäft, und in Rumänien um € 426 Millionen aufgrund von Liquiditätsplatzierungen bei Kreditinstituten. In Russland sanken die Forderungen um € 290 Millionen aufgrund niedrigerer Volumina bei Kreditinstituten.

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich um € 3.510 Millionen, den größten Zuwachs gab es in der Konzernzentrale (Anstieg: € 3.340 Millionen) aufgrund höherer Volumina bei sonstigen Finanzunternehmen und Nicht-Finanzunternehmen (syndizierte Kredite). Die Anstiege in Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Rumänien waren auf Hypothekar- und Konsumkredite an Haushalte sowie Kredite an Nicht-Finanzunternehmen zurückzuführen.

Der Anstieg im Posten Wertpapiere war vorwiegend auf Veranlagungen, insbesondere in Staatsanleihen in der Slowakei (Anstieg: € 529 Millionen), in der Konzernzentrale (Anstieg: € 244 Millionen) und in Rumänien (Anstieg: € 204 Millionen) zurückzuführen.

Der Rückgang der Barbestände um € 612 Millionen resultierte im Wesentlichen aus der Slowakei und Rumänien. In der Slowakei sank der Barbestand um € 774 Millionen, hervorgerufen durch geringere Einlagen bei der Zentralbank infolge von Investitionen in Anleihen. In Rumänien reduzierte sich der Barbestand um € 697 Millionen, was hauptsächlich auf das Liquiditätsmanagement zurückzuführen war. Demgegenüber kam es in Ungarn aufgrund höherer Liquiditätsplatzierungen im Rahmen des Liquiditätsmanagements zu einem Anstieg der Barbestände um € 1.238 Millionen.

## Passiva

in € Millionen	31.3.2025	30.6.2025	30.9.2025	31.12.2025	31.3.2026	Veränderung Jahresende	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25.347	23.074	23.565	20.677	22.967	2.290	11,1 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	119.984	121.440	125.284	127.575	133.084	5.509	4,3 %
davon Nicht-Finanzunternehmen	43.264	43.290	43.141	46.164	44.428	-1.735	-3,8 %
davon Haushalte	61.202	62.341	63.628	65.657	66.533	876	1,3 %
Schuldverschreibungen und übrige Passiva	37.622	37.820	38.171	39.549	39.199	-350	-0,9 %
Eigenkapital	21.842	21.174	22.091	22.463	23.110	647	2,9 %
<b>Gesamt</b>	<b>204.794</b>	<b>203.507</b>	<b>209.110</b>	<b>210.265</b>	<b>218.360</b>	<b>8.096</b>	<b>3,9 %</b>

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen hauptsächlich in der Konzernzentrale (Anstieg: € 2.788 Millionen), hervorgerufen durch höhere Einlagen von Kreditinstituten (Verrechnungskonten, Geldmarkteinlagen und Repo-Geschäft) sowie in Ungarn ebenfalls aufgrund höherer Volumina von Kreditinstituten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich um € 5.509 Millionen im Vergleich zum Jahresultimo. Den größten Zuwachs gab es in Tschechien (Anstieg: € 3.496 Millionen) vor allem bei Regierungen (Repo-Geschäft, Termineinlagen). Der Anstieg der Verbindlichkeiten in Höhe von € 1.829 Millionen in der Konzernzentrale resultierte hauptsächlich aus höheren Volumina von sonstigen Finanzunternehmen (Repo-Geschäft, Verrechnungskonten). In Ungarn nahmen die Einlagen insbesondere bei Nicht-Finanzunternehmen, sonstigen Finanzunternehmen und Regierungen um € 828 Millionen zu. Dem standen Rückgänge in Rumänien, Russland und der Slowakei gegenüber, jeweils getrieben durch geringere Einlagen von Nicht-Finanzunternehmen.

Der Posten Schuldverschreibungen und übrige Passiva sank um € 350 Millionen, hauptsächlich bedingt durch den Rückgang um € 790 Millionen in der Konzernzentrale infolge niedrigerer Volumina von Eigenemissionen. Im Gegensatz dazu gab es in Rumänien einen Anstieg um € 607 Millionen, vor allem aufgrund der Ausgabe einer Senior-Non-Preferred-Benchmark-Anleihe in Höhe von € 500 Millionen. Bisher wurden in der Berichtsperiode von der Konzernzentrale eine Additional Tier 1 Anleihe in Höhe von € 650 Millionen sowie eine € 500 Millionen Senior-Preferred-Benchmark-Anleihe emittiert.

## Liquidität und Funding

Die RBI beweist mit ihrer soliden Liquiditätsposition und den etablierten Prozessen zur Steuerung des Liquiditätsrisikos ihre hohe Anpassungsfähigkeit. Die Liquiditätsdeckungsquote belief sich zum 31. März 2026 auf 135 Prozent (31. Dezember 2025: 141 Prozent), die strukturelle Liquiditätsquote (NSFR) betrug 140 Prozent (31. Dezember 2025: 142 Prozent) bei einem regulatorischen Limit von jeweils 100 Prozent. Die separate Überwachung der Liquiditätsrisikoposition der RBI ohne russische Tochtergesellschaften zeigt, dass diese auch ohne das russische Geschäft innerhalb der Zielwerte bleibt.

Das Konzern-Funding stützt sich auf eine starke Basis an Kundeneinlagen – vor allem aus dem Privatkundengeschäft in Zentral- und Südosteuropa – und wird durch Wholesale-Funding ergänzt. Neben dem Funding durch die Raiffeisenlandesbanken werden auch Finanzierungen von anderen Banken und Finanzinstitutionen eingesetzt. Die Loan/Deposit Ratio lag zum 31. März 2026 bei 84,3 Prozent (31. Dezember 2025: 82,0 Prozent).

## Bilanzielles Eigenkapital

Das Eigenkapital inklusive des Kapitals nicht beherrschender Anteile verzeichnete seit Jahresbeginn einen Anstieg um € 647 Millionen auf € 23.110 Millionen.

Das Gesamtergebnis von € 487 Millionen setzte sich aus dem Ergebnis nach Steuern in Höhe von € 519 Millionen und dem sonstigen Ergebnis von minus € 32 Millionen zusammen. Die Währungsentwicklung wirkte sich mit minus € 20 Millionen negativ auf das sonstige Ergebnis aus, hauptsächlich durch die Abwertung der tschechischen Krone um 1 Prozent mit einem Beitrag von minus € 30 Millionen. Weitere negative Effekte ergaben sich aus dem sonstigen Ergebnis der at-equity bewerteten Unternehmen in Höhe von minus € 26 Millionen.

Das zusätzliche Kernkapital (AT1) stieg im laufenden Geschäftsjahr um € 265 Millionen. Im Jänner 2026 emittierte die RBI eine AT1-Anleihe mit einem Kupon von 6,2 Prozent und einem Volumen von € 650 Millionen. Demgegenüber stand ein teilweiser Rückkauf in Höhe von € 359 Millionen für die ausstehende 6 Prozent AT1-Anleihe aus dem Jahr 2020.

Für das Geschäftsjahr 2025 wurden € 101 Millionen Dividenden an nicht beherrschende Anteilseigner von Konzerngesellschaften ausgezahlt. Weiters entfielen Dividendenzahlungen in Höhe von € 2 Millionen auf das zusätzliche Kernkapital.

## Eigenmittel gemäß CRR/BWG

Das harte Kernkapital (CET1) betrug nach Abzugsposten € 18.008 Millionen, was einem Rückgang um € 84 Millionen gegenüber dem Jahresendwert 2025 entspricht. Der Rückgang ist primär auf Fremdwährungseffekte in Höhe von € 25 Millionen zurückzuführen, resultierend überwiegend aus der Abwertung der tschechischen Krone.

Das Kernkapital (Tier 1) nach Abzugsposten stieg um € 64 Millionen auf € 19.840 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren die Effekte beim harten Kernkapital sowie die Emission einer AT 1 Anleihe im Jänner 2026. Das Ergänzungskapital (Tier 2) sank um € 4 Millionen auf € 2.170 Millionen aufgrund der regulatorischen Abreifung von Tier-2-Instrumenten. Die gesamten Eigenmittel beliefen sich auf € 22.011 Millionen. Das entspricht einem Anstieg um € 60 Millionen im Jahresvergleich.

Die risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt) nahmen gegenüber dem Jahresendwert 2025 um € 2.975 Millionen auf € 103.899 Millionen zu. Diese Erhöhung war vor allem auf organisches Wachstum (€ 3.179 Millionen) in nahezu allen Geschäftsbereichen zurückzuführen. Das Markrisiko reduzierte sich um € 334 Millionen, vorwiegend aufgrund von Bewertungen im Internen Modell.

Daraus ergab sich eine harte Kernkapitalquote von 17,3 Prozent, die Kernkapitalquote betrug 19,1 Prozent und die Eigenmittelquote 21,2 Prozent. Unter Berücksichtigung des Periodenergebnisses aus dem ersten Quartal ergäben sich folgende Quoten: eine harte Kernkapitalquote von 17,7 Prozent, eine Kernkapitalquote von 19,5 Prozent und eine Eigenmittelquote von 21,6 Prozent.

## Risikomanagement

Für Informationen zum Risikomanagement wird auf den Risikobericht im Konzernzwischenabschluss verwiesen.

# Ausblick

Der folgende Ausblick bezieht sich auf die RBI ohne Russland:

- Der Zinsüberschuss dürfte im Jahr 2026 bei rund € 4,4 Milliarden und der Provisionsüberschuss bei rund € 2,1 Milliarden liegen.
- Die RBI geht davon aus, dass die Forderungen an Kunden um rund 7 Prozent wachsen (ohne Berücksichtigung von Akquisitionen).
- Die RBI erwartet Verwaltungsaufwendungen in Höhe von rund € 3,6 Milliarden, was zu einer Cost/Income Ratio von rund 52,5 Prozent führen dürfte.
- Die Neubildungsquote dürfte rund 35 Basispunkte betragen.
- Der Konzern-Return-on-Equity dürfte 2026 bei rund 10,5 Prozent liegen.
- Zum Jahresende 2026 erwartet die RBI eine harte Kernkapitalquote von rund 14,3 Prozent\* (unter Berücksichtigung der geplanten Akquisitionsprojekte).
- Mittelfristig strebt die RBI einen Konzern-Return-on-Equity von mindestens 13 Prozent ohne Russland und ohne Aufwendungen und Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Fremdwährungskrediten in Polen an.

\*Unter Annahme einer Entkonsolidierung der russischen Einheit zum Kurs-Buchwertverhältnis von null.

# > Segment- und Länderanalyse

Die Segmentberichterstattung der RBI erfolgt gemäß IFRS 8 auf Basis der bestehenden Organisationsstruktur, wobei als Steuerungseinheit im Konzern jeweils ein Land fungiert. Weitere Informationen zur Segmentierung befinden sich im Kapitel Segmentberichterstattung des Konzernzwischenabschlusses sowie auf der Website der RBI ([www.rbinternational.com](http://www.rbinternational.com) → Investoren → Berichte).

Mit Wirkung zum 1. Jänner 2026 wurde das Segment Osteuropa in Russland umbenannt. Eine Anpassung der Vorperioden war nicht erforderlich, da die belarussischen Konzerneinheiten im November 2024 verkauft wurden.

## Zentraleuropa

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025	Veränderung		Q1/2026	Q4/2025	Veränderung	
Zinsüberschuss	434	418	16	3,9 %	434	420	15	3,5 %
Dividenerträge	9	4	5	152,9 %	9	0	9	>500,0 %
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	0	0	-	0	0	0	-
Provisionsüberschuss	184	165	20	12,0 %	184	191	-6	-3,4 %
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	3	-3	7	-	3	-13	17	-
Ergebnis aus Hedge Accounting	3	-5	8	-	3	4	-1	-25,3 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	12	11	1	13,2 %	12	8	4	41,8 %
<b>Betriebserträge</b>	<b>646</b>	<b>589</b>	<b>58</b>	<b>9,8 %</b>	<b>646</b>	<b>610</b>	<b>37</b>	<b>6,0 %</b>
Verwaltungsaufwendungen	-310	-285	-25	8,7 %	-310	-328	18	-5,4 %
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>336</b>	<b>303</b>	<b>33</b>	<b>10,8 %</b>	<b>336</b>	<b>282</b>	<b>54</b>	<b>19,3 %</b>
Übriges Ergebnis	-77	-67	-10	15,1 %	-77	-18	-59	329,3 %
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-134	-69	-65	93,3 %	-134	-2	-132	>500,0 %
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-50	27	-77	-	-50	-35	-15	42,5 %
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>75</b>	<b>194</b>	<b>-119</b>	<b>-61,4 %</b>	<b>75</b>	<b>226</b>	<b>-151</b>	<b>-66,9 %</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-58	-64	6	-9,1 %	-58	-56	-2	3,1 %
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>17</b>	<b>131</b>	<b>-113</b>	<b>-86,9 %</b>	<b>17</b>	<b>170</b>	<b>-153</b>	<b>-89,9 %</b>
Return on Equity vor Steuern	5,7 %	16,8 %	-11,1 PP		5,7 %	19,7 %	-14,0 PP	
Return on Equity nach Steuern	1,3 %	11,3 %	-10,0 PP		1,3 %	14,8 %	-13,5 PP	
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,30 %	2,57 %	-0,27 PP		2,30 %	2,33 %	-0,03 PP	
Cost/Income Ratio	46,0 %	46,4 %	-0,4 PP		46,0 %	51,7 %	-5,6 PP	

Ausschlaggebend für den Rückgang des Ergebnisses nach Steuern im Jahresvergleich waren vor allem Nettodotierungen bei den Risikokosten in der Höhe von € 50 Millionen nach Nettoauflösungen von € 27 Millionen in der Vergleichsperiode, vorwiegend bedingt durch die Anpassung makroökonomischer Parameter infolge der Verschlechterung des Ausblicks. Die Risikokosten stiegen dabei in allen Ländern des Segments sowohl bei Haushalten als auch bei Nicht-Finanzunternehmen. Belastend wirkten zudem die um € 65 Millionen höheren Aufwendungen für staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben. Verantwortlich dafür war ein Anstieg der Bankenabgabe um € 63 Millionen in Ungarn resultierend aus der Anhebung der Steuersätze. Auch die Verwaltungsaufwendungen verzeichneten einen Anstieg um € 25 Millionen aufgrund höherer Personalkosten in Ungarn (Anstieg: € 6 Millionen) und Tschechien (Anstieg: € 3 Millionen) sowie des um € 11 Millionen gestiegenen Sachaufwands. Haupttreiber dafür waren der um € 5 Millionen gestiegene IT-Aufwand vor allem in Tschechien und der Slowakei, der um € 3 Millionen gestiegene Werbeaufwand sowie die höhere Transaktionssteuer in Ungarn (Anstieg: € 2 Millionen). Die im übrigen Ergebnis enthaltenen Aufwände für kreditbezogene portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen von Kreditverträgen in Polen erhöhten sich um € 10 Millionen. Die Betriebserträge stiegen um € 58 Millionen, hervorgerufen durch die Zunahme des Provisionsüberschusses um € 20 Millionen, vor allem in Ungarn aufgrund höherer Erträge aus dem Zahlungsverkehr und dem Fremdwährungsgeschäft sowie in Tschechien. Der Zinsüberschuss stieg um € 16 Millionen, vorwiegend volumenbedingt in Tschechien und der Slowakei. In Ungarn kam es hingegen zu einem zinsatzbedingten Rückgang des Zinsüberschusses um € 9 Millionen. Das Ergebnis aus Hedge Accounting stieg um € 8 Millionen ausschließlich aufgrund von Tschechien.

in € Millionen	Polen		Slowakei	
	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
Zinsüberschuss	3	7	144	128
Dividenerträge	0	0	3	0
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	0	0	0
Provisionsüberschuss	0	0	54	51
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	0	0	4	4
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	3	4	2	1
<b>Betriebserträge</b>	<b>6</b>	<b>11</b>	<b>207</b>	<b>184</b>
Verwaltungsaufwendungen	-23	-21	-89	-82
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-17</b>	<b>-10</b>	<b>118</b>	<b>102</b>
Übriges Ergebnis	-77	-67	0	0
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-1	-1	-2	-1
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	6	19	-27	0
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>-89</b>	<b>-58</b>	<b>89</b>	<b>101</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	-34	-34
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-89</b>	<b>-58</b>	<b>55</b>	<b>66</b>

in € Millionen	Tschechien		Ungarn	
	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
Zinsüberschuss	179	165	109	118
Dividenerträge	5	4	1	0
Provisionsüberschuss	55	47	76	67
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-2	6	2	-14
Ergebnis aus Hedge Accounting	2	-6	1	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	6	5	1	0
<b>Betriebserträge</b>	<b>244</b>	<b>222</b>	<b>189</b>	<b>171</b>
Verwaltungsaufwendungen	-106	-100	-93	-82
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>138</b>	<b>122</b>	<b>96</b>	<b>89</b>
Übriges Ergebnis	0	0	0	0
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-11	-10	-120	-57
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-13	-2	-15	9
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>113</b>	<b>110</b>	<b>-39</b>	<b>42</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-18	-21	-6	-9
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>95</b>	<b>89</b>	<b>-45</b>	<b>33</b>

## Südosteuropa

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025	Veränderung		Q1/2026	Q4/2025	Veränderung	
Zinsüberschuss	347	345	1	0,4 %	347	354	-8	-2,2 %
Dividenderträge	1	0	1	>500,0 %	1	0	1	189,5 %
Provisionsüberschuss	141	121	20	16,8 %	141	153	-12	-7,9 %
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	12	5	7	152,1 %	12	9	2	27,6 %
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	15,8 %	0	0	0	195,6 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-6	10	-17	-	-6	1	-8	-
<b>Betriebserträge</b>	<b>495</b>	<b>481</b>	<b>13</b>	<b>2,8 %</b>	<b>495</b>	<b>519</b>	<b>-24</b>	<b>-4,6 %</b>
Verwaltungsaufwendungen	-210	-198	-13	6,4 %	-210	-238	28	-11,6 %
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>284</b>	<b>284</b>	<b>1</b>	<b>0,3 %</b>	<b>284</b>	<b>281</b>	<b>4</b>	<b>1,3 %</b>
Übriges Ergebnis	-1	0	-1	-	-1	2	-3	-
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-22	-24	2	-9,3 %	-22	-24	2	-9,8 %
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-23	1	-24	-	-23	-24	1	-2,8 %
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>238</b>	<b>260</b>	<b>-22</b>	<b>-8,4 %</b>	<b>238</b>	<b>234</b>	<b>4</b>	<b>1,7 %</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-38	-42	4	-9,0 %	-38	-38	0	-
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>200</b>	<b>218</b>	<b>-18</b>	<b>-8,3 %</b>	<b>200</b>	<b>196</b>	<b>4</b>	<b>2,0 %</b>
Return on Equity vor Steuern	21,3 %	25,0 %	-3,7 PP		21,3 %	24,1 %	-2,8 PP	
Return on Equity nach Steuern	17,9 %	21,0 %	-3,1 PP		17,9 %	20,2 %	-2,3 PP	
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	3,56 %	3,80 %	-0,24 PP		3,56 %	3,76 %	-0,20 PP	
Cost/Income Ratio	42,5 %	41,1 %	1,4 PP		42,5 %	45,9 %	-3,4 PP	

Die Betriebserträge wuchsen um € 13 Millionen, was auf einen deutlichen Anstieg des Provisionsüberschusses zurückzuführen war, während der Zinsüberschuss nahezu unverändert blieb. Der Provisionsüberschuss verbesserte sich um € 20 Millionen, davon entfielen € 16 Millionen auf Rumänien. Dieser Anstieg war im Wesentlichen auf gestiegene Transaktionszahlen und -volumina, geringere Transaktionsgebühren an einen Kreditkartenanbieter sowie Preisanpassungen im Zahlungsverkehr zurückzuführen. In Serbien gab es einen Zuwachs um € 4 Millionen, bedingt durch eine höhere Anzahl und ein größeres Volumen an Kartentransaktionen. Im Handelsergebnis verzeichnete Kroatien einen Anstieg um € 10 Millionen, der auf positive Ergebnisse aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zurückzuführen war. Der Rückgang im Ergebnis nach Steuern war vorwiegend auf höhere Verwaltungsaufwendungen und Risikokosten zurückzuführen. Die Verwaltungsaufwendungen nahmen um € 13 Millionen zu, dabei stiegen die Personalaufwendungen um € 8 Millionen in allen Ländern des Segments. Der Sachaufwand wuchs um € 3 Millionen, insbesondere die Werbe- und IT-Aufwendungen. Die Nettodotierungen der Risikokosten beliefen sich auf € 23 Millionen (Vorjahresperiode: Auflösungen von € 1 Million). Davon entfielen € 17 Millionen auf Rumänien, hauptsächlich auf Haushalte (€ 12 Millionen) sowie auf Nicht-Finanzunternehmen in Stage 1 und 2. In Kroatien wurden Dotierungen von € 5 Millionen verzeichnet, die größtenteils auf Haushalte in Stage 2 und Stage 3 zurückzuführen waren.

in € Millionen	Albanien		Bosnien und Herzegowina		Kosovo	
	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
Zinsüberschuss	34	33	22	22	18	17
Dividenderträge	1	0	0	0	0	0
Provisionsüberschuss	7	7	14	14	3	3
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	1	2	0	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0	0	0	1	0	1
<b>Betriebserträge</b>	<b>43</b>	<b>41</b>	<b>36</b>	<b>36</b>	<b>22</b>	<b>21</b>
Verwaltungsaufwendungen	-18	-16	-17	-16	-12	-11
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>25</b>	<b>24</b>	<b>19</b>	<b>20</b>	<b>10</b>	<b>10</b>
Übriges Ergebnis	0	0	0	0	0	0
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-4	-3	-2	-2	-1	-1
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	0	4	-3	-2	-3	1
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>22</b>	<b>25</b>	<b>14</b>	<b>17</b>	<b>5</b>	<b>10</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-3	-4	-1	-2	-1	-1
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>19</b>	<b>21</b>	<b>13</b>	<b>15</b>	<b>5</b>	<b>9</b>

in € Millionen	Kroatien		Rumänien		Serbien	
	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
Zinsüberschuss	48	47	158	159	67	67
Dividenderträge	0	0	0	0	0	0
Provisionsüberschuss	18	19	63	48	35	31
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	6	-4	0	3	4	3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-4	7	-5	0	3	2
<b>Betriebserträge</b>	<b>68</b>	<b>69</b>	<b>217</b>	<b>210</b>	<b>108</b>	<b>104</b>
Verwaltungsaufwendungen	-37	-34	-93	-90	-33	-29
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>32</b>	<b>35</b>	<b>124</b>	<b>120</b>	<b>75</b>	<b>74</b>
Übriges Ergebnis	-4	0	-1	0	0	0
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	0	0	-14	-15	-2	-3
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-5	-2	-17	2	5	-2
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>26</b>	<b>34</b>	<b>93</b>	<b>107</b>	<b>78</b>	<b>69</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-5	-6	-18	-20	-10	-9
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>21</b>	<b>28</b>	<b>75</b>	<b>86</b>	<b>67</b>	<b>60</b>

# Russland

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025	Veränderung		Q1/2026	Q4/2025	Veränderung	
Zinsüberschuss	383	457	-74	-16,3 %	383	389	-6	-1,6 %
Dividenerträge	0	0	0	-	0	0	0	-
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	0	0	-	0	0	0	-
Provisionsüberschuss	173	201	-28	-14,0 %	173	170	3	1,8 %
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	1	65	-64	-99,1 %	1	57	-57	-99,0 %
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	-	0	0	0	-99,5 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	4	0	4	-	4	15	-11	-72,8 %
<b>Betriebsserträge</b>	<b>561</b>	<b>723</b>	<b>-162</b>	<b>-22,4 %</b>	<b>561</b>	<b>632</b>	<b>-71</b>	<b>-11,2 %</b>
Verwaltungsaufwendungen	-180	-148	-32	21,8 %	-180	-204	23	-11,5 %
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>381</b>	<b>575</b>	<b>-194</b>	<b>-33,8 %</b>	<b>381</b>	<b>428</b>	<b>-48</b>	<b>-11,1 %</b>
Übriges Ergebnis	-15	1	-16	-	-15	-344	329	-95,5 %
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-5	-6	0	-7,3 %	-5	-5	0	-1,7 %
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-7	3	-11	-	-7	84	-92	-
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>353</b>	<b>573</b>	<b>-221</b>	<b>-38,5 %</b>	<b>353</b>	<b>163</b>	<b>190</b>	<b>116,8 %</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-92	-149	57	-38,1 %	-92	-131	39	-29,6 %
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>261</b>	<b>425</b>	<b>-164</b>	<b>-38,6 %</b>	<b>261</b>	<b>32</b>	<b>229</b>	<b>&gt;500,0 %</b>
Return on Equity vor Steuern	24,7 %	43,5 %	-18,8 PP		24,7 %	9,5 %	15,2 PP	
Return on Equity nach Steuern	18,3 %	32,2 %	-13,9 PP		18,3 %	1,9 %	16,4 PP	
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	8,57 %	10,37 %	-1,80 PP		8,57 %	8,93 %	-0,36 PP	
Cost/Income Ratio	32,1 %	20,5 %	11,7 PP		32,1 %	32,2 %	-0,1 PP	

Das Betriebsergebnis in Russland reduzierte sich um € 194 Millionen vorrangig aufgrund von Rückgängen im Zinsüberschuss sowie im Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen. Ausschlaggebend für die Abnahme des Zinsüberschusses um € 74 Millionen auf € 383 Millionen waren die Senkungen des durchschnittlichen Leitzinssatzes in Russland, die im Jahresvergleich zu niedrigeren Zinserträgen aus kurzfristigen Veranlagungen bei der Zentralbank führten. Der Provisionsüberschuss nahm um € 28 Millionen ab, vor allem durch den Rückgang im Fremdwährungsgeschäft um € 15 Millionen, nachdem es im Vorjahr aufgrund der höheren Volatilität des russischen Rubels noch zu gestiegenen Volumina und Margen gekommen war. Diese Entwicklung wurde durch einen volumenbedingten Rückgang im Zahlungsverkehr um € 11 Millionen verstärkt. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen verringerte sich um € 64 Millionen, hauptsächlich aufgrund rückläufiger Ergebnisse im Devisenhandel resultierend aus geringeren Transaktionszahlen und -volumina infolge der Reduktion der Geschäftstätigkeiten. Darüber hinaus profitierte der Devisenhandel in der Vergleichsperiode von hohen Volatilitäten auf dem russischen Devisenmarkt. Die Verwaltungsaufwendungen stiegen um € 32 Millionen auf € 180 Millionen, wobei der Personalaufwand um € 26 Millionen auf € 142 Millionen zunahm, hauptsächlich aufgrund der Währungsentwicklung sowie von Gehaltsanpassungen. Das übrige Ergebnis belief sich auf minus € 15 Millionen nach € 1 Million in der Vergleichsperiode. Hauptgrund dafür waren Zinsaufwände im Zusammenhang mit dem der Rasperia zugesprochenen Schadenersatz (€ 15 Millionen). Die Risikokosten von € 7 Millionen betrafen hauptsächlich Haushalte und Nicht-Finanzunternehmen in Stage 3, während es in der Vorjahresperiode zu einer Nettoauflösung von € 3 Millionen kam. Der Rückgang der Steuern vom Einkommen und Ertrag um € 57 Millionen auf € 92 Millionen war überwiegend auf einen niedrigeren Steueraufwand infolge des Ergebnisrückgangs zurückzuführen.

# Ukraine

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025	Veränderung		Q1/2026	Q4/2025	Veränderung	
Zinsüberschuss	98	101	-3	-3,1%	98	98	0	0,1%
Dividendenerträge	0	0	0	-	0	0	0	-
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	0	0	-	0	0	0	-
Provisionsüberschuss	12	15	-3	-19,0%	12	14	-3	-17,8%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	5	5	0	9,9%	5	2	3	115,4%
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	-	0	0	0	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0	0	0	81,9%	0	3	-2	-82,2%
<b>Betriebsserträge</b>	<b>116</b>	<b>121</b>	<b>-5</b>	<b>-4,3%</b>	<b>116</b>	<b>118</b>	<b>-2</b>	<b>-1,6%</b>
Verwaltungsaufwendungen	-49	-52	2	-4,3%	-49	-58	9	-15,5%
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>67</b>	<b>70</b>	<b>-3</b>	<b>-4,3%</b>	<b>67</b>	<b>60</b>	<b>7</b>	<b>12,2%</b>
Übriges Ergebnis	-1	-1	0	-28,1%	-1	-1	0	-24,3%
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-3	-3	0	3,9%	-3	-3	0	0,8%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-7	1	-8	-	-7	38	-45	-
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>56</b>	<b>67</b>	<b>-11</b>	<b>-15,8%</b>	<b>56</b>	<b>93</b>	<b>-37</b>	<b>-40,0%</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-30	-16	-14	90,4%	-30	-23	-7	32,7%
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>26</b>	<b>51</b>	<b>-25</b>	<b>-49,3%</b>	<b>26</b>	<b>71</b>	<b>-45</b>	<b>-63,6%</b>
Return on Equity vor Steuern	29,2%	42,4%	-13,2	PP	29,2%	54,1%	-24,9	PP
Return on Equity nach Steuern	13,4%	32,3%	-18,9	PP	13,4%	40,8%	-27,5	PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	8,64%	8,86%	-0,21	PP	8,64%	8,67%	-0,03	PP
Cost/Income Ratio	42,5%	42,5%	0,0	PP	42,5%	49,5%	-7,0	PP

Die Erfolgsrechnung war wie schon im Vorjahr von der Währungsvolatilität (Abwertung des Durchschnittskurses der ukrainischen Hrywnja im Jahresvergleich: 13 Prozent) beeinflusst. Der Zinsüberschuss sank durch die Währungsentwicklung um € 3 Millionen, weiters nahm der Provisionsüberschuss währungsgetrieben und aufgrund geringerer Erträge aus dem Zahlungsverkehr sowie aus dem Kredit- und Garantiegeschäft um € 3 Millionen ab. Auch die Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich um € 2 Millionen, hervorgerufen durch verringerte Softwareabschreibungen sowie einen währungsbedingten Rückgang der Personalaufwendungen. Die Nettodotierungen von Risikovorsorgen beliefen sich auf € 7 Millionen (Vorjahresperiode: Auflösung von € 1 Million), davon betrug die Dotierungen für Stage 1 € 6 Millionen (überwiegend Regierungen und Nicht-Finanzunternehmen). Die Erhöhung der Steuern vom Einkommen und Ertrag um € 14 Millionen ist auf den temporären Anstieg des Körperschaftsteuersatzes für Banken auf 50 Prozent zurückzuführen.

## Group Corporates & Markets

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025	Veränderung		Q1/2026	Q4/2025	Veränderung	
Zinsüberschuss	176	186	-10	-5,4 %	176	179	-3	-1,6 %
Dividendenerträge	3	0	2	>500,0%	3	-1	4	-
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	4	3	1	23,1%	4	4	-1	-17,8 %
Provisionsüberschuss	175	148	28	18,7 %	175	153	22	14,7 %
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-	44	24	20	81,5 %	44	40	4	10,0 %
Ergebnis aus Hedge Accounting	-6	3	-9	-	-6	2	-8	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	37	35	2	5,9 %	37	34	3	9,6 %
<b>Betriebserträge</b>	<b>432</b>	<b>399</b>	<b>33</b>	<b>8,3 %</b>	<b>432</b>	<b>411</b>	<b>22</b>	<b>5,3 %</b>
Verwaltungsaufwendungen	-253	-243	-11	4,4 %	-253	-204	-50	24,4 %
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>179</b>	<b>156</b>	<b>23</b>	<b>14,5 %</b>	<b>179</b>	<b>207</b>	<b>-28</b>	<b>-13,5 %</b>
Übriges Ergebnis	1	-7	8	-	1	9	-8	-86,6 %
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-11	-11	-1	6,5 %	-11	0	-11	>500,0%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-49	-70	21	-29,7 %	-49	-66	17	-25,5 %
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>120</b>	<b>69</b>	<b>51</b>	<b>73,9 %</b>	<b>120</b>	<b>150</b>	<b>-30</b>	<b>-20,1 %</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-23	-15	-8	52,3 %	-23	-31	8	-25,3 %
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>97</b>	<b>54</b>	<b>43</b>	<b>80,0 %</b>	<b>97</b>	<b>119</b>	<b>-22</b>	<b>-18,8 %</b>
Return on Equity vor Steuern	10,5 %	6,2 %	4,3 PP		10,5 %	13,8 %	-3,3 PP	
Return on Equity nach Steuern	8,5 %	4,8 %	3,7 PP		17,9 %	11,0 %	6,9 PP	
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	1,12 %	1,21 %	-0,10 PP		1,12 %	1,18 %	-0,06 PP	
Cost/Income Ratio	58,6 %	60,8 %	-2,2 PP		58,6 %	49,6 %	9,0 PP	

Ein deutlich höherer Provisionsüberschuss sowie geringere Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte waren für die Verbesserung des Ergebnisses nach Steuern im Jahresvergleich um € 43 Millionen auf € 97 Millionen hauptverantwortlich. Der Provisionsüberschuss legte um € 28 Millionen auf € 175 Millionen zu. Vor allem in der Konzernzentrale sorgten höhere Erträge aus dem Banknotenhandel und dem Liquiditätsmanagement, dem Depot- und Treuhandgeschäft sowie dem Investmentbanking für einen Zuwachs. Das Ergebnis aus der Vermögensverwaltung verzeichnete aufgrund gesteigerter Volumina in der Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft m.b.H. einen Zuwachs. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen verbesserte sich um € 20 Millionen auf € 44 Millionen. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus der Veränderung des eigenen Credit Spread im Zusammenhang mit Zertifikatsgeschäft. In der Vergleichsperiode 2025 reduzierte sich der eigene Spread vergleichsweise stärker als in der Berichtsperiode 2026, wodurch es 2025 zu einer stärkeren negativen Ergebnisbelastung gekommen war. In der Berichtsperiode ergaben sich um € 21 Millionen geringere Nettodotierungen von Risikovorsorgen in Höhe von € 49 Millionen, überwiegend in der Konzernzentrale (€ 45 Millionen). Dort betrafen sie in der Berichtsperiode vor allem Stage 3 hauptsächlich für Nicht-Finanzunternehmen. Diesen positiven Effekten standen ein niedrigerer Zinsüberschuss sowie gestiegene Verwaltungsaufwendungen gegenüber. Der Zinsüberschuss sank um € 10 Millionen auf € 176 Millionen. Ausschlaggebend hierfür waren geringere Beiträge aus dem Passivgeschäft im Corporate Bereich der Konzernzentrale, insbesondere im Cash-Management und bei Money-Market-Einlagen sowie die negative Marktwertentwicklung der Zinsswaps in der Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H. infolge des gesunkenen Zinsniveaus. Die Verwaltungsaufwendungen nahmen um € 11 Millionen zu, überwiegend hervorgerufen durch höhere Personalaufwendungen (Anstieg: € 7 Millionen).

## Corporate Center

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025	Veränderung		Q1/2026	Q4/2025	Veränderung	
Zinsüberschuss	18	-7	25	-	18	12	6	45,9 %
Dividendenerträge	620	948	-328	-34,6 %	620	21	599	>500,0 %
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	12	0	12	>500,0 %	12	14	-1	-8,3 %
Provisionsüberschuss	10	21	-11	-53,9 %	10	9	1	10,8 %
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-52	-45	-7	16,6 %	-52	-59	7	-12,0 %
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	3	-3	-	0	-1	1	-66,7 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	34	26	7	27,8 %	34	61	-28	-45,0 %
<b>Betriebserträge</b>	<b>642</b>	<b>947</b>	<b>-305</b>	<b>-32,3 %</b>	<b>642</b>	<b>57</b>	<b>585</b>	<b>&gt;500,0</b>
Verwaltungsaufwendungen	-120	-118	-2	1,4 %	-120	-140	20	-14,4 %
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>522</b>	<b>829</b>	<b>-307</b>	<b>-37,1 %</b>	<b>522</b>	<b>-83</b>	<b>605</b>	<b>-</b>
Übriges Ergebnis	-15	8	-22	-	-15	33	-47	-
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-7	-9	2	-19,6 %	-7	-19	12	-63,8 %
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	27	4	23	>500,0 %	27	17	10	60,6 %
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>527</b>	<b>831</b>	<b>-304</b>	<b>-36,6 %</b>	<b>527</b>	<b>-53</b>	<b>579</b>	<b>-</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	21	1	20	>500,0 %	21	27	-6	-23,0 %
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>548</b>	<b>833</b>	<b>-285</b>	<b>-34,2 %</b>	<b>548</b>	<b>-25</b>	<b>573</b>	<b>-</b>

Der Ergebnisrückgang um € 285 Millionen resultierte aus geringeren, überwiegend konzerninternen Dividendenerträgen (Verringerung: € 328 Millionen). Der Zinsüberschuss verbesserte sich um € 25 Millionen, vorwiegend aufgrund des niedrigeren Zinsumfeldes und daraus resultierenden geringeren Refinanzierungskosten in der Konzernzentrale. Aus dem laufenden Ergebnis aus assoziierten Unternehmen resultierten um € 12 Millionen höhere anteilige Ergebnisbeiträge, insbesondere aus der UNIQA Insurance Group AG. Der Provisionsüberschuss ging in der Konzernzentrale um € 11 Millionen auf € 10 Millionen zurück. Die Wertminderung aus assoziierten Unternehmen (Leipnik-Lundenburger Invest Beteiligungs AG) wirkte mit € 11 Millionen belastend auf das übrige Ergebnis (Rückgang von € 8 Millionen auf Minus € 15 Millionen). Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte enthielten in der Berichtsperiode Auflösungen in Höhe von € 27 Millionen (Vorjahr: Auflösungen von € 4 Millionen) im Zusammenhang mit Verbriefungstransaktionen.

# > Konzernzwischenabschluss

(Verkürzter Konzernzwischenabschluss zum 31. März 2026)

## Unternehmen

Die Raiffeisen Bank International AG (RBI AG) ist beim Handelsgericht Wien im Firmenbuch unter FN 122119m registriert. Die Firmenanschrift lautet Am Stadtpark 9, 1030 Wien.

Die RBI ist in Österreich als führende Kommerz- und Investmentbank tätig sowie in Zentral- und Osteuropa (CEE) präsent. 11 Märkte der Region werden durch Tochterbanken abgedeckt. Darüber hinaus umfasst der Konzern zahlreiche andere Finanzdienstleistungsunternehmen beispielsweise in den Bereichen Leasing, Vermögensverwaltung, Factoring und M&A. Die RBI bietet österreichischen und internationalen Unternehmen nicht nur ein breites Produktangebot im Corporate und Investment Banking, sondern auch eine nahezu flächendeckende Betreuung in CEE. Über ein engmaschiges Filialnetz werden auch lokale Unternehmen aller Größenordnungen sowie Privatkund:innen mit hochqualitativen Finanzprodukten versorgt. Zur Unterstützung ihrer Geschäftsaktivitäten unterhält die RBI Repräsentanzen sowie Service-Zweigstellen an ausgewählten asiatischen und westeuropäischen Standorten. Insgesamt betreuen rund 42.500 Mitarbeiter:innen der RBI 18,6 Millionen Kund:innen in rund 1.300 Geschäftsstellen, der überwiegende Teil davon in CEE.

Da Aktien der Gesellschaft an einem geregelten Markt gemäß § 1 Abs 2 BörseG (prime market der Wiener Börse) gehandelt werden sowie zahlreiche Emissionen der RBI AG an einer geregelten Börse in der EU zugelassen sind, hat die RBI AG gemäß § 59a BWG einen Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufzustellen. Die RBI hat keinen Mehrheitsaktionär, jedoch halten die acht Raiffeisenlandesbanken als Kernaktionäre über einen Syndikatsvertrag rund 61 Prozent der Aktien, der Rest befindet sich im Streubesitz.

Als Kreditinstitut gemäß § 1 BWG unterliegt die RBI AG der behördlichen Aufsicht durch die Finanzmarktaufsicht, Otto-Wagner-Platz 5, A-1090 Wien ([www.fma.gv.at](http://www.fma.gv.at)) sowie durch die Europäische Zentralbank, Sonnemannstrasse 22, D-60314 Frankfurt am Main ([www.bankingsupervision.europa.eu](http://www.bankingsupervision.europa.eu)).

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss zum 31. März 2026 wurde weder einer vollständigen Prüfung noch einer prüferischen Durchsicht unterzogen.

# Gesamtergebnisrechnung

## Erfolgsrechnung

in € Millionen	Anhang	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
Zinsüberschuss	[1]	1.459	1.504
Zinserträge nach Effektivzinsmethode		1.829	2.095
Zinserträge übrige		536	367
Zinsaufwendungen		-906	-957
Dividenerträge	[2]	15	8
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	[3]	16	3
Provisionsüberschuss	[4]	693	668
Provisionserträge		954	923
Provisionsaufwendungen		-261	-255
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	[5]	5	56
Ergebnis aus Hedge Accounting	[5]	-6	3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[6]	33	27
<b>Betriebserträge</b>		<b>2.215</b>	<b>2.269</b>
Personalaufwand		-621	-566
Sachaufwand		-325	-310
Abschreibungen		-129	-119
<b>Verwaltungsaufwendungen</b>	<b>[7]</b>	<b>-1.075</b>	<b>-995</b>
<b>Betriebsergebnis</b>		<b>1.140</b>	<b>1.274</b>
Übriges Ergebnis	[8]	-102	-65
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	[9]	-183	-121
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	[10]	-110	-43
<b>Ergebnis vor Steuern</b>		<b>746</b>	<b>1.044</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	[11]	-227	-281
<b>Ergebnis nach Steuern</b>		<b>519</b>	<b>763</b>
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	[29]	-49	-58
<b>Konzernergebnis</b>		<b>470</b>	<b>705</b>

## Sonstiges Ergebnis und Gesamtergebnis

in € Millionen	Anhang	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
<b>Ergebnis nach Steuern</b>		<b>519</b>	<b>763</b>
<b>Posten, die nicht in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden</b>		<b>2</b>	<b>0</b>
Neubewertungen von leistungsorientierten Vorsorgeplänen	[27]	0	0
Fair-Value-Änderungen von Eigenkapitalinstrumenten	[17]	-2	1
Fair-Value-Änderungen aufgrund der Veränderung des Ausfallrisikos von finanziellen Verbindlichkeiten	[19]	2	-2
Anteil sonstiges Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	[24]	2	0
Latente Steuern auf Posten, die nicht in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	[11]	0	1
<b>Posten, die anschließend möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden</b>		<b>-34</b>	<b>1.184</b>
Währungsdifferenzen		-20	1.143
Absicherung von Nettoinvestitionen bei Auslandsaktivitäten	[22]	4	-10
Anpassungen der Cash-Flow Hedge-Rücklage	[22]	6	80
Fair-Value-Änderungen von finanziellen Vermögenswerten	[17]	9	-4
Anteil sonstiges Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	[24]	-27	-4
Latente Steuern auf Posten, die möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	[11]	-6	-22
<b>Sonstiges Ergebnis</b>		<b>-32</b>	<b>1.184</b>
<b>Gesamtergebnis</b>		<b>487</b>	<b>1.946</b>
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	[29]	-41	-61
davon Erfolgsrechnung	[29]	-49	-58
davon sonstiges Ergebnis		8	-3
<b>Konzerngesamtergebnis</b>		<b>446</b>	<b>1.886</b>

## Ergebnis je Aktie

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
Konzernergebnis	470	705
Dividendenanspruch auf zusätzliches Kernkapital	-31	-28
<b>Auf Stammaktien entfallendes Ergebnis</b>	<b>439</b>	<b>677</b>
Durchschnittliche Anzahl im Umlauf befindlicher Stammaktien in Millionen	328	328
<b>Ergebnis je Aktie in €</b>	<b>1,34</b>	<b>2,06</b>

Es waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf, eine Verwässerung des Ergebnisses je Aktie fand daher nicht statt. Die Dividende auf das zusätzliche Kernkapital ist kalkulatorisch, die tatsächliche Auszahlung basiert auf dem Beschluss des Vorstands zum jeweiligen Auszahlungszeitpunkt.

## Bilanz

### Aktiva

in € Millionen	Anhang	31.3.2026	31.12.2025
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	[12]	34.727	35.340
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	[13]	164.038	155.508
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	[17, 23]	4.457	4.486
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	[18, 23]	1.452	1.347
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[19, 23]	196	208
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	[20, 23]	7.027	7.230
Hedge Accounting	[22]	1.188	1.098
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	[22]	-573	-372
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	[24]	916	944
Sachanlagen	[25]	1.744	1.729
Immaterielle Vermögenswerte	[25]	1.113	1.108
Laufende Steuerforderungen	[11]	113	124
Latente Steuerforderungen	[11]	181	167
Sonstige Aktiva	[26]	1.781	1.348
<b>Gesamt</b>		<b>218.360</b>	<b>210.265</b>

### Passiva

in € Millionen	Anhang	31.3.2026	31.12.2025
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	[15]	178.204	170.588
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[19, 23]	969	1.061
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	[21, 23]	11.419	11.082
Hedge Accounting	[22]	968	942
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	[22]	-568	-343
Rückstellungen	[27]	2.263	2.675
Laufende Steuerverpflichtungen	[11]	153	144
Latente Steuerverpflichtungen	[11]	55	58
Sonstige Passiva	[28]	1.787	1.594
Eigenkapital	[29]	23.110	22.463
Konzern-Eigenkapital		19.895	19.452
Kapital nicht beherrschender Anteile		1.326	1.386
Zusätzliches Kernkapital (AT1)		1.890	1.625
<b>Gesamt</b>		<b>218.360</b>	<b>210.265</b>

## Eigenkapital-Veränderungsrechnung

in € Millionen	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Kumuliertes sonstiges Ergebnis	Konzern-Eigenkapital	Kapital nicht beherrschender Anteile	Zusätzliches Kernkapital (AT1)	Gesamt
<b>Eigenkapital 1.1.2026</b>	<b>1.001</b>	<b>4.986</b>	<b>17.127</b>	<b>-3.661</b>	<b>19.452</b>	<b>1.386</b>	<b>1.625</b>	<b>22.463</b>
Kapitaleinzahlungen/ -auszahlungen	0	0	0	0	0	0	287	287
Zuteilung Dividende AT1	0	0	-2	0	-2	0	2	0
Dividendenzahlungen	0	0	0	0	0	-101	-2	-103
Eigene Anteile	0	1	0	0	1	0	-22	-21
Sonstige Veränderungen	0	0	-2	0	-2	0	0	-2
Gesamtergebnis	0	0	470	-24	446	41	0	487
<b>Eigenkapital 31.3.2026</b>	<b>1.001</b>	<b>4.987</b>	<b>17.592</b>	<b>-3.685</b>	<b>19.895</b>	<b>1.326</b>	<b>1.890</b>	<b>23.110</b>
<b>Eigenkapital 1.1.2025</b>	<b>1.002</b>	<b>4.990</b>	<b>16.213</b>	<b>-4.905</b>	<b>17.299</b>	<b>1.260</b>	<b>1.781</b>	<b>20.340</b>
Kapitaleinzahlungen/ -auszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Zuteilung Dividende AT1	0	0	0	0	0	0	0	0
Dividendenzahlungen	0	0	-361	0	-361	-107	0	-468
Eigene Anteile	-2	-10	0	0	-12	0	-2	-13
Sonstige Veränderungen	0	0	42	-13	29	7	0	36
Gesamtergebnis	0	0	705	1.181	1.886	61	0	1.946
<b>Eigenkapital 31.3.2025</b>	<b>1.000</b>	<b>4.979</b>	<b>16.599</b>	<b>-3.737</b>	<b>18.841</b>	<b>1.221</b>	<b>1.780</b>	<b>21.842</b>

# Kapitalflussrechnung

in € Millionen	Anhang	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
<b>Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen zum 1.1.</b>	[12]	35.340	34.871
<b>Operative Geschäftstätigkeit:</b>			
Ergebnis vor Steuern		746	1.044
<b>Anpassungen für die Überleitung des Ergebnisses nach Steuern auf den Kapitalfluss aus operativer Geschäftstätigkeit:</b>			
Abschreibungen, Wertminderungen, Zuschreibungen auf nichtfinanzielle Vermögenswerte	[7, 8]	129	118
Auflösung/Dotierung von Rückstellungen sowie Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	[6, 10, 27]	140	57
Gewinn/Verlust aus der Bewertung und Veräußerung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	[5, 8]	37	-257
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	[3]	-16	-3
Sonstige Anpassungen (per Saldo) <sup>1</sup>		-1.398	-1.292
<b>Zwischensumme</b>		<b>-361</b>	<b>-334</b>
<b>Veränderung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:</b>			
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	[13]	-7.531	4.796
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	[17, 23]	121	43
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	[18, 23]	-113	-41
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[19, 23]	12	21
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	[20, 23]	364	-672
Sonstige Aktiva	[26]	-238	84
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	[15]	7.577	1.693
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[19, 23]	-61	-21
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	[21, 23]	88	68
Rückstellungen	[27]	-458	-91
Sonstige Passiva	[28]	152	-94
Erhaltene Zinsen	[1]	2.074	2.318
Gezahlte Zinsen	[1]	-843	-1.014
Erhaltene Dividenden	[2]	16	15
Ertragsteuerzahlungen	[11]	-213	-270
<b>Kapitalflüsse aus operativer Geschäftstätigkeit</b>		<b>587</b>	<b>6.501</b>
<b>Investitionstätigkeit:</b>			
<b>Auszahlungen für den Erwerb von:</b>			
Finanzanlagen und Unternehmensanteilen	[13, 16, 18, 24]	-3.026	-3.724
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	[25]	-161	-101
<b>Einzahlungen aus der Veräußerung von:</b>			
Finanzanlagen und Unternehmensanteilen	[13, 16, 18, 24]	1.601	747
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	[25]	70	8
<b>Kapitalflüsse aus Investitionstätigkeit</b>		<b>-1.516</b>	<b>-3.071</b>
<b>Finanzierungstätigkeit:</b>			
Kapitaleinzahlungen		266	0
Kapitalauszahlungen		0	-13
Einzahlungen nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	[15, 19]	0	35
Auszahlungen nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	[15, 19]	-13	-201
Dividendenzahlungen		-44	-39
Zahlungsmittelabflüsse für Leasingverhältnisse		-4	-4
Einzahlungen aus Veränderungen im Kapital nicht beherrschender Anteile		0	0
<b>Kapitalflüsse aus Finanzierungstätigkeit</b>		<b>205</b>	<b>-223</b>
Effekte aus Wechselkursänderungen		112	1.037
<b>Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen zum 31.3.</b>	[12]	<b>34.727</b>	<b>39.115</b>

<sup>1</sup> Sonstige Anpassungen (per Saldo) enthält im Wesentlichen den Abzug des Zinsüberschusses und der Dividendenerträge, die entsprechenden Zahlungsflüsse sind unter dem Posten erhaltene Zinsen, gezahlte Zinsen und erhaltene Dividenden dargestellt.

# Anhang

## Grundlagen und Grundsätze der Konzernrechnungslegung

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss wird in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen International Financial Reporting Standards (IFRS) und den auf Basis der IAS Verordnung (EG) 1606/2002 durch die EU übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards einschließlich der anzuwendenden Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC/SIC) erstellt. Für die Erstellung des Konzernzwischenabschlusses kommen dieselben Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zur Anwendung wie im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2025 im Detail beschrieben. Die Anforderungen des IAS 34 an den Zwischenbericht werden berücksichtigt sowie die Angaben hinsichtlich zyklischer Aufwendungen und Erträge im Konzernzwischenlagebericht adressiert.

Einige außerhalb des Anhangs gemachte IFRS-Angaben sind wesentliche Bestandteile des Konzernabschlusses. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Angaben gemäß IFRS 7 zu Themen wie Kreditrisiko, Marktrisiko und Liquiditätsrisikomanagement welche im Kapitel Risikobericht ausführlich dargestellt.

### Wesentliche bilanzielle Ermessensspielräume und Hauptquellen von Schätzungsunsicherheiten

Sind für die Bilanzierung und Bewertung nach IAS/IFRS Schätzungen oder Beurteilungen erforderlich, werden diese in Übereinstimmung mit den jeweiligen Standards vorgenommen. Sie basieren auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und nach heutigem Ermessen wahrscheinlichen Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse. Die den Schätzungen zugrunde liegenden Annahmen unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung. Änderungen von Schätzungen werden, sofern sie nur eine Periode betreffen, nur in dieser berücksichtigt. Falls auch nachfolgende Berichtsperioden betroffen sind, werden die Änderungen in der aktuellen und den folgenden Perioden berücksichtigt. Die Annahmen, Schätzungen und Ermessensentscheidungen betreffen im Wesentlichen die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft, den beizulegenden Zeitwert und die Wertminderung von Finanzinstrumenten, die latenten Steuern, Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen, Rückstellungen für Rechtsfälle sowie die Berechnungen zur Ermittlung der Werthaltigkeit von Firmenwerten und die im Zuge der Erstkonsolidierung aktivierten immateriellen Vermögenswerte. Darüber hinaus unterliegen die Werthaltigkeitstests von assoziierten Unternehmen Annahmen und Schätzungen.

Im Rahmen der geopolitischen Lage ist die RBI zudem erhöhten Risiken im Zusammenhang mit Fremdwährungsumrechnungen ausgesetzt. Details dazu finden sich im Abschnitt Währungen.

### Anwendung von neuen und geänderten Standards

Soweit nicht anders angegeben, ergaben sich durch die Anwendung der folgenden Standards und Interpretationen keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

#### Erstmalige Anwendung in 2026

- Jährliche Verbesserungen, Ausgabe 11
- Änderungen an IFRS 9 und IFRS 7. Verträge, die sich auf naturabhängigen Strom beziehen
- Änderungen an IFRS 9 und IFRS 7. Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten

### Noch nicht anzuwendende Standards und Interpretationen

Informationen dazu sind im Geschäftsbericht 2025, Kapitel Grundlagen und Grundsätze der Konzernrechnungslegung, ersichtlich.

## Währungen

Kurse in Währung pro €	2026		2025	
	Stichtag	Durchschnitt	Stichtag	Durchschnitt
	31.3.	1.1.-31.3.	31.12.	1.1.-31.3.
Albanischer Lek (ALL)	96,030	96,465	96,770	99,118
Bosnische Marka (BAM)	1,956	1,956	1,956	1,956
Polnischer Zloty (PLN)	4,289	4,235	4,221	4,206
Rumänischer Leu (RON)	5,099	5,097	5,097	4,976
Russischer Rubel (RUB)	93,317	91,983	93,540	99,989
Serbischer Dinar (RSD)	117,423	117,381	117,282	117,133
Tschechische Krone (CZK)	24,514	24,330	24,237	25,086
Ukrainische Hrywnja (UAH)	50,312	50,609	49,857	43,919
Ungarischer Forint (HUF)	384,880	381,840	385,150	405,288
US-Dollar (USD)	1,150	1,174	1,175	1,050

Für die Erläuterung der angewandten Bilanzierungsmethoden im Zusammenhang mit Währungsumrechnungen wird auf den Geschäftsbericht 2025 verwiesen. Grundsätzlich werden die Posten der Erfolgsrechnung mit dem Durchschnittskurs des Jahres auf Basis der Monatsultimokurse berechnet.

Im Rahmen der geopolitischen Lage ist die RBI erhöhten Risiken im Zusammenhang mit Fremdwährungsumrechnungen ausgesetzt. Die EZB stellte die Veröffentlichung eines offiziellen EUR/RUB-Wechselkurses im März 2022 ein und neben dem theoretischen, offiziellen Umrechnungskurs (von der russischen Zentralbank ermittelter Kurs: On-Shore-Kurs) bildete sich ein tatsächlich und faktisch erreichbarer Umrechnungskurs (z. B. von Refinitiv oder Electronic Broking Service, EBS ermittelter Kurs: Off-Shore-Kurs).

Die RBI ist diesen Risiken insbesondere bei der Umrechnung monetärer Fremdwährungspositionen und bei der Umrechnung vollkonsolidierter ausländischer Geschäftsbetriebe ausgesetzt. Die RBI verwendet den Off-Shore-Kurs von Refinitiv sowohl für die Umrechnung monetärer Posten außerhalb von Russland als auch für die Umrechnung des vollkonsolidierten russischen Geschäftsbetriebs. Zum Bilanzstichtag bestand nur eine unwesentliche Differenz zwischen dem EUR/RUB-Wechselkurs von Refinitiv und jenem der russischen Zentralbank.

Unternehmen haben in einem solchen Marktumfeld laufend zu untersuchen, ob der verwendete Wechselkurs den nach IAS 21 zu bestimmenden Kurs darstellt.

## Konsolidierungskreis

Anzahl Einheiten	Vollkonsolidierung	
	31.3.2026	31.12.2025
<b>Stand Beginn der Periode</b>	<b>170</b>	<b>182</b>
In der Berichtsperiode erstmals einbezogen	1	1
In der Berichtsperiode ausgeschieden	0	-13
<b>Stand Ende der Periode</b>	<b>171</b>	<b>170</b>

## Erstkonsolidierungen

Unternehmen, Sitz (Land)	Anteil	Inkludiert	Grund
<b>Sonstige Unternehmen</b>			
Expo Forest 1 EOOD, Sofia (BG)	100,0 %	1.1.	Wesentlichkeit

## Konsequenzen und Analysen der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine

### Unternehmensfortführung (Going Concern)

Der Vorstand der RBI hat den Konzernabschluss zum 31. März 2026 basierend auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung erstellt, da er nicht beabsichtigt, die RBI zu liquidieren, und dies auf Grundlage der derzeit verfügbaren Informationen als realistische Absicht angesehen wird.

Die RBI verfügt über die erforderlichen wirtschaftlichen Ressourcen, um die laufenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu erfüllen und den Geschäfts- und Liquiditätsbedarf finanzieren zu können, die unter anderem das Liquiditäts- und Finanzierungsprofil, einschließlich Prognosen der internen Liquiditätskennzahlen und der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsdeckungsquoten umfassen. Die jüngsten intern durchgeführten Stresstest-Szenarien für den Liquiditäts- und Kapitalbedarf zeigten, dass die RBI über angemessene Ressourcen verfügt, um möglichen Abwärtsszenarien standzuhalten. Zusätzlich verfügt die RBI über robuste Systeme, um die Unterbrechung des Geschäftsbetriebs in einem Kriegsgebiet abzufedern.

Der Vorstand der RBI sieht keine wesentlichen Unsicherheiten im Hinblick auf die Annahme einer positiven Fortbestehensprognose. Diese Annahme ist mit Datum der Genehmigung des zu veröffentlichenden Zwischenberichts, dem 5. Mai 2026 für mindestens ein Jahr gültig.

### Kontrolltatbestand

Das wirtschaftliche und politische Umfeld infolge des Kriegs könnte darauf hindeuten, dass sich die Fähigkeit des Investors zur Beherrschung des Tochterunternehmens gemäß IFRS 10 in den betroffenen Gebieten verändert hat. In der RBI sind davon die Ukraine und Russland betroffen.

Bei der Beurteilung, ob Beherrschung vorliegt, überprüft die RBI entsprechend den Anforderungen von IFRS 10 unter anderem, ob sie schwankenden Renditen aus ihrem Engagement in den Beteiligungsunternehmen ausgesetzt ist, beziehungsweise Anrechte auf diese besitzt und die Fähigkeit hat, diese Renditen mittels ihrer Verfügungsgewalt über das Beteiligungsunternehmen zu beeinflussen. Sind Stimmrechte maßgeblich, beherrscht die RBI ein Unternehmen, wenn sie direkt oder indirekt mehr als 50 Prozent der Stimmrechte an dem Unternehmen besitzt, ausgenommen es gibt Anzeichen, dass ein anderer Investor über die praktische Möglichkeit verfügt, die relevanten Tätigkeiten einseitig zu bestimmen. Ähnlich beurteilt die RBI das Vorliegen einer Beherrschung in Fällen, in denen sie nicht die Mehrheit der Stimmrechte besitzt, aber die praktische Möglichkeit zur einseitigen Lenkung der relevanten Tätigkeiten hat. Dies kann der Fall sein, wenn die RBI aufgrund der Größe und Verteilung des Stimmrechtsbesitzes der Anteilseigner die Möglichkeit zur Beherrschung der relevanten Tätigkeiten besitzt. Wenn Tatsachen und Umstände darauf hindeuten, dass sich ein oder mehrere Elemente der Beherrschung geändert haben, wird neu beurteilt, ob die Kontrolle über das Beteiligungsunternehmen noch besteht.

Bei der Beurteilung der Tatsachen und Umstände prüft die RBI sorgfältig, ob es aufgrund des Kriegs oder der verhängten Sanktionen zu Veränderungen gekommen ist, welche die Fähigkeit zur Ausübung ihrer Rechte oder zur Einhaltung der Governance-Bestimmungen in Bezug auf die Tochterunternehmen erheblich einschränkt. Die RBI kommt weiterhin zum Schluss, dass keine Änderungen im Hinblick auf die Beurteilung der Beherrschung vorliegt und es zu keinem Beherrschungsverlust über die Tochterunternehmen in den betroffenen Gebieten kam.

### Pro-forma-Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz ohne Russland basierend auf IFRS 5

Obwohl die Voraussetzungen für die Anwendung von IFRS 5 derzeit nicht vorliegen, zeigen die folgenden Tabellen die Pro-forma-Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Bilanz der RBI, wie sie nach Anwendung der Regelungen für aufgegebenen Geschäftsbereiche gemäß IFRS 5 für die russischen Einheiten aussehen würde. Folglich wurde das konsolidierte Ergebnis der russischen Einheiten in den Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen umgegliedert.

Aufgrund der Schwierigkeit, mögliche zukünftige Entwicklungen einzuschätzen, wird ein potenzieller Verlust aus der Entkonsolidierung, der sich aus dem Verlust des Nettovermögens sowie der Umgliederung aus dem sonstigen Ergebnis in die Gewinn- und Verlustrechnung zusammensetzt, nicht in den Tabellen dargestellt. Die Umgliederung aus dem sonstigen Ergebnis hätte keine Auswirkung auf das regulatorische Kapital sowie die Kapitalquoten der RBI und ergäbe sich vorwiegend aus historischen Währungsschwankungen.

Unter Einbeziehung des Periodenergebnisses sowie des vollständigen Verlusts des Nettovermögens bei Entkonsolidierung der russischen Einheiten ergäbe sich für die RBI eine harte Kernkapitalquote von 14,9 Prozent verglichen mit 17,7 Prozent, wenn die russischen Geschäftstätigkeiten einbezogen bleiben.

in € Millionen	RBI		Pro-forma-IFRS 5-Effekt Russland		RBI Pro-forma-IFRS 5	
	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
Zinsüberschuss	1.459	1.504	-372	-436	1.087	1.068
Dividendenerträge	15	8	0	0	15	8
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	16	3	0	0	16	3
Provisionsüberschuss	693	668	-177	-204	516	463
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	5	56	-4	-90	1	-35
Ergebnis aus Hedge Accounting	-6	3	0	0	-6	3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	33	27	-3	2	30	28
<b>Betriebserträge</b>	<b>2.215</b>	<b>2.269</b>	<b>-556</b>	<b>-729</b>	<b>1.660</b>	<b>1.540</b>
Personalaufwand	-621	-566	142	116	-478	-450
Sachaufwand	-325	-310	18	17	-307	-293
Abschreibungen	-129	-119	18	12	-111	-107
<b>Verwaltungsaufwendungen</b>	<b>-1.075</b>	<b>-995</b>	<b>179</b>	<b>145</b>	<b>-896</b>	<b>-850</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>1.140</b>	<b>1.274</b>	<b>-377</b>	<b>-584</b>	<b>764</b>	<b>690</b>
Übriges Ergebnis	-102	-65	15	-1	-86	-66
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-183	-121	5	6	-177	-116
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-110	-43	7	-3	-103	-46
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>746</b>	<b>1.044</b>	<b>-349</b>	<b>-583</b>	<b>398</b>	<b>461</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-227	-281	92	149	-135	-132
<b>Ergebnis nach Steuern aus fortgeführten Geschäftsbereichen</b>	<b>519</b>	<b>763</b>	<b>-256</b>	<b>-434</b>	<b>263</b>	<b>329</b>
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	256	434	256	434
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>519</b>	<b>763</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>519</b>	<b>763</b>
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-49	-58	0	0	-49	-58
<b>Konzernergebnis</b>	<b>470</b>	<b>705</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>470</b>	<b>705</b>

Aktiva in € Millionen	RBI		Pro-forma-IFRS 5-Effekt Russland		RBI Pro-forma-IFRS 5	
	31.3.2026	31.12.2025	31.3.2026	31.12.2025	31.3.2026	31.12.2025
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	34.727	35.340	-11.250	-11.119	23.477	24.221
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	164.038	155.508	-5.028	-5.349	159.010	150.159
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	4.457	4.486	-3	-3	4.454	4.483
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	1.452	1.347	0	0	1.452	1.347
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	196	208	0	0	196	208
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	7.027	7.230	-21	-34	7.006	7.196
Hedge Accounting	1.188	1.098	-64	-47	1.124	1.051
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	-573	-372	14	17	-559	-355
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	916	944	-1	-1	915	943
Sachanlagen	1.744	1.729	-245	-248	1.499	1.481
Immaterielle Vermögenswerte	1.113	1.108	-158	-148	955	959
Laufende Steuerforderungen	113	124	-3	0	111	124
Latente Steuerforderungen	181	167	-93	-76	88	92
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	3	4	16.896	17.073	16.899	17.077
Sonstige Aktiva	1.778	1.344	-45	-65	1.733	1.279
<b>Gesamt</b>	<b>218.360</b>	<b>210.265</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>218.360</b>	<b>210.265</b>

Passiva in € Millionen	RBI		Pro-forma-IFRS 5-Effekt Russland		RBI Pro-forma-IFRS 5	
	31.3.2026	31.12.2025	31.3.2026	31.12.2025	31.3.2026	31.12.2025
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	178.204	170.588	-10.686	-10.729	167.518	159.859
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	969	1.061	0	0	969	1.061
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	11.419	11.082	-14	0	11.405	11.082
Hedge Accounting	968	942	-6	-18	961	924
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	-568	-343	1	2	-567	-341
Rückstellungen	2.263	2.675	-105	-497	2.157	2.177
Laufende Steuerverpflichtungen	153	144	-38	-38	115	106
Latente Steuerverpflichtungen	55	58	-4	-4	51	54
Zur Veräußerung gehaltene Verbindlichkeiten der Veräußerungsgruppen	0	0	10.981	11.455	10.981	11.455
Sonstige Passiva	1.787	1.594	-128	-171	1.660	1.423
Eigenkapital	23.110	22.463	0	0	23.110	22.463
Konzern-Eigenkapital	19.895	19.452	0	0	19.895	19.452
Kapital nicht beherrschender Anteile	1.326	1.386	0	0	1.326	1.386
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	1.890	1.625	0	0	1.890	1.625
<b>Gesamt</b>	<b>218.360</b>	<b>210.265</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>218.360</b>	<b>210.265</b>

## Konzentrationsrisiko

Seit dem Kriegsausbruch in der Ukraine sind die Aktivitäten der RBI in Russland und der Ukraine einem erhöhten Risiko ausgesetzt. Das erhöhte Risiko ergibt sich aus einer Reihe von Faktoren wie die Zerstörung von Lebensgrundlagen und Infrastruktur in der Ukraine, den Verlust und die Blockierung von Häfen, gegen Russland verhängte Sanktionen, die Ungewissheit über die Dauer des Kriegs sowie die Preisinstabilität und den wirtschaftlichen Rückgang in den betroffenen Ländern. Die ausstehenden Forderungen in Russland und der Ukraine werden in den folgenden Tabellen dargestellt.

Die erste Tabelle zeigt eine Aufteilung des Nettobuchwerts nach IFRS-Bewertungskategorien sowie das Nominale der außerbilanziellen Geschäfte abzüglich der darauf entfallenden Wertminderungen. Die zweite Tabelle zeigt das Konzentrationsrisiko anhand von Gegenparteien, wobei Derivate separat dargestellt werden.

in € Millionen	31.3.2026			31.12.2025		
	Russland	Ukraine	Gesamt	Russland	Ukraine	Gesamt
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	6.066	2.420	8.486	6.345	2.395	8.740
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	3	1.113	1.116	3	979	982
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	2	0	3	2	0	2
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	30	119	149	49	111	161
<b>Bilanzposten</b>	<b>6.101</b>	<b>3.652</b>	<b>9.753</b>	<b>6.400</b>	<b>3.486</b>	<b>9.885</b>
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	2.211	1.452	3.663	2.274	1.401	3.676
<b>Gesamt</b>	<b>8.312</b>	<b>5.104</b>	<b>13.417</b>	<b>8.674</b>	<b>4.887</b>	<b>13.561</b>

in € Millionen	31.3.2026			31.12.2025		
	Russland	Ukraine	Gesamt	Russland	Ukraine	Gesamt
Derivate	24	0	25	43	0	43
Zentralbanken	162	303	464	120	267	387
Regierungen	2.134	1.375	3.509	1.958	1.306	3.265
Kreditinstitute	1.222	258	1.480	1.553	216	1.769
Sonstige Finanzunternehmen	157	28	184	162	64	227
Nicht-Finanzunternehmen	724	1.484	2.209	789	1.437	2.226
Haushalte	1.678	205	1.883	1.772	196	1.968
<b>Bilanzposten</b>	<b>6.101</b>	<b>3.652</b>	<b>9.753</b>	<b>6.400</b>	<b>3.486</b>	<b>9.885</b>
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	2.211	1.452	3.663	2.274	1.401	3.676
<b>Gesamt</b>	<b>8.312</b>	<b>5.104</b>	<b>13.417</b>	<b>8.674</b>	<b>4.887</b>	<b>13.561</b>

Zu den Auswirkungen auf die Modelle zur Berechnung der Wertminderungen gemäß IFRS 9 wird auf Punkt (31) Zukunftsorientierte Informationen verwiesen.

## Werthaltigkeit der Sicherheiten in der Ukraine

Der Immobilienmarkt ist weiterhin stark vom Krieg betroffen, passt sich aber gleichzeitig den neuen Realitäten an. Im Westen der Ukraine nimmt die Nachfrage nach Geschäften und Lagerimmobilien zu, was ebenfalls zu Preissteigerungen führt, jene nach Büroimmobilien nimmt jedoch ab. Die Preise auf dem primären Wohnimmobilienmarkt sind im Jahr 2025 in fast allen Regionen gestiegen. In den besetzten Gebieten werden die Sicherheiten als nicht anrechenbar eingestuft. In jenen Regionen, welche einem hohem Risiko von Feindseligkeiten oder Besetzung ausgesetzt sind, wurden deutlich höhere Abschläge berücksichtigt. Für andere Gebiete der Ukraine finden laufend Vor-Ort-Besuche und Bewertungen statt.

## Werthaltigkeitstest für das Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögenswerte

Aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine wurde in beiden Ländern das Sachanlagevermögen und die immateriellen Vermögenswerte gemäß IAS 36 auf Indikatoren überprüft, die zu einer Wertminderung führen könnten.

In der Ukraine wurde jenes Sachanlagevermögen, welches sich in den besetzten Gebieten befindet, bereits im Jahr 2022 auf null abgeschrieben. Alle anderen Sachanlagevermögenswerte werden einzeln begutachtet und wenn es zu Schädigungen kommt, wertberichtigt. Daraus ergaben sich im ersten Quartal 2026 keine Wertminderungen (Vorjahresperiode: Wertminderungen unter € 1 Million).

Durch veränderte Marktpreise, Zinssätze, Mietpreise und leerstehende Immobilien aufgrund der aktuellen geopolitischen Lage und einer detaillierteren Bewertung ergaben sich in Russland aus dem Werthaltigkeitstest für Sachanlagen Wertaufholungen in der Höhe von unter € 1 Million (Vorjahresperiode: Wertaufholung € 1 Million). Aus dem Werthaltigkeitstest für immaterielle Vermögenswerte ergaben sich weder in der Berichtsperiode noch in der Vergleichsperiode Wertminderungen.

## Segmentberichterstattung

In der RBI erfolgt die interne Management-Berichterstattung grundsätzlich auf Basis der bestehenden Organisationsstruktur. Diese ist matrixförmig aufgebaut, d. h. Vorstände sind sowohl für einzelne Länder als auch für bestimmte Geschäftsfelder verantwortlich. Steuerungseinheit (Cash Generating Unit) im Konzern ist ein Land. Die Darstellung der Länder umfasst die operativen Einheiten der RBI in den jeweiligen Ländern (neben den Tochterbanken z. B. auch Leasingunternehmen). Die obersten Entscheidungsgremien der RBI – Vorstand und Aufsichtsrat – treffen demnach wesentliche Entscheidungen über die Allokation der Ressourcen zu einem Segment auf Basis der jeweiligen Finanz- und Ertragskraft, weshalb diese Berichtskriterien als wesentlich beurteilt wurden. Entsprechend sind auch die Segmente nach IFRS 8 abgebildet. Für die Zuteilung der Länder zu den einzelnen berichtspflichtigen Segmenten werden neben wirtschaftlichen langfristigen Gemeinsamkeiten wie zum Beispiel Eigenkapitalrisikoprämien, potenzielles Marktwachstum und Nettozinsmargen, auch das erwartete Risiko und Ertragsniveau bei der Ressourcenallokation berücksichtigt. Gemäß IFRS 8.12 ist es weiters erforderlich, dass die folgenden wirtschaftlichen Merkmale bei der Zusammensetzung der berichtspflichtigen Segmente berücksichtigt werden. Die Länder werden zu einem berichtspflichtigen Segment zusammengefasst, wenn die angebotenen Produkte und Dienstleistungen gleich sind. Neben den einheitlichen Produktionsprozessen und Vertriebswegen sind auch die Zielgruppen wie institutionelle Kunden, Firmen- und Privatkunden in den jeweiligen einzelnen Segmenten gleichartig. Die Bankenregulierungen werden in den einzelnen Ländern hauptsächlich von Zentralbanken überwacht. In allen Ländern ist die Zentralbank für die Formulierung und Umsetzung der Geldpolitik, die Aufrechterhaltung der Finanzstabilität sowie die Regulierung des Bankensektors verantwortlich. Die Überleitungsrechnung enthält im Wesentlichen Beträge aus der Eliminierung von Zwischenergebnissen und aus segmentübergreifenden Konsolidierungen.

Daraus ergeben sich die folgenden Segmente:

- Zentraleuropa: Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn
- Südosteuropa: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Rumänien und Serbien
- Russland:  
Mit Wirkung zum 1. Jänner 2026 wurde das Segment Osteuropa in Russland umbenannt. Eine Anpassung der Vorperioden war nicht erforderlich, da die belarussischen Konzerneinheiten im November 2024 verkauft wurden.
- Ukraine
- Group Corporates & Markets (in Österreich gebuchtes Geschäft): Operatives Geschäft der Konzernzentrale, unterteilt in Subsegmente: Österreichische und internationale Firmenkunden, Financial Institutions & Sovereigns, der Handel mit Eigenkapitalinstrumenten und Kapitalmarktfinanzierungen sowie das Geschäft mit Instituten der Raiffeisen Bankengruppe (RBG). Weiters beinhaltet dieses Segment das kapitalmarktbezogene Kunden- und Eigengeschäft in Österreich sowie Finanzdienstleister und Spezialgesellschaften wie z. B. Raiffeisen Digital Bank AG (digitale Retailbanking-Aktivitäten), Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Raiffeisen Leasing-Gruppe, Raiffeisen Factor Bank AG, Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., Validia-Gruppe (Pensionskassengeschäft) und Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Darüber hinaus sind diesem Segment at-equity bewertete Unternehmen mit Banktätigkeit zugeordnet.
- Corporate Center: Zentrale Konzernsteuerungsfunktionen in der Konzernzentrale (z. B. Treasury) sowie sonstige Konzerneinheiten (Beteiligungsunternehmen und gemeinsame Serviceunternehmen), Minderheitsbeteiligungen sowie at-equity bewertete Unternehmen des Nichtbankenbereichs.

<b>1.1.-31.3.2026</b>				
<b>in € Millionen</b>	<b>Zentraleuropa</b>	<b>Südosteuropa</b>	<b>Russland</b>	<b>Ukraine</b>
Zinsüberschuss	434	347	383	98
Dividenerträge	9	1	0	0
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	0	0	0
Provisionsüberschuss	184	141	173	12
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	3	12	1	5
Ergebnis aus Hedge Accounting	3	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	12	-6	4	0
<b>Betriebserträge</b>	<b>646</b>	<b>495</b>	<b>561</b>	<b>116</b>
Verwaltungsaufwendungen	-310	-210	-180	-49
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>336</b>	<b>284</b>	<b>381</b>	<b>67</b>
Übriges Ergebnis	-77	-1	-15	-1
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-134	-22	-5	-3
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-50	-23	-7	-7
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>75</b>	<b>238</b>	<b>353</b>	<b>56</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-58	-38	-92	-30
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>17</b>	<b>200</b>	<b>261</b>	<b>26</b>
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-36	0	0	-8
<b>Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile</b>	<b>-18</b>	<b>200</b>	<b>261</b>	<b>17</b>
Return on Equity vor Steuern	5,7 %	21,3 %	24,7 %	29,2 %
Return on Equity nach Steuern	1,3 %	17,9 %	18,3 %	13,4 %
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,30 %	3,56 %	8,57 %	8,64 %
Cost/Income Ratio	46,0 %	42,5 %	32,1 %	42,5 %
Loan/Deposit Ratio	79,6 %	70,3 %	19,8 %	42,4 %
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,44 %	0,37 %	0,67 %	0,39 %
NPE Ratio	1,0 %	1,6 %	1,3 %	3,1 %
NPE Coverage Ratio	58,2 %	66,7 %	79,1 %	83,1 %
Aktiva	78.277	41.406	18.421	5.125
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	27.287	20.423	20.035	4.471
Eigenkapital	4.892	4.473	5.915	802
Forderungen an Kunden	43.228	22.233	4.418	1.716
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	60.688	31.765	10.141	4.073
Geschäftsstellen	333	633	63	257
Mitarbeiter:innen zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	10.614	12.214	8.402	4.916
Kund:innen in Millionen	4,6	5,4	2,8	3,1

1.1.-31.3.2026 in € Millionen	Group Corporates & Markets			Überleitung	Gesamt
	Markets	Corporate Center			
Zinsüberschuss	176	18		3	1.459
Dividenerträge	3	620		-618	15
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	4	12		0	16
Provisionsüberschuss	175	10		-3	693
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	44	-52		-7	5
Ergebnis aus Hedge Accounting	-6	0		-2	-6
Sonstiges betriebliches Ergebnis	37	34		-48	33
<b>Betriebserträge</b>	<b>432</b>	<b>642</b>		<b>-676</b>	<b>2.215</b>
Verwaltungsaufwendungen	-253	-120		48	-1.075
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>179</b>	<b>522</b>		<b>-628</b>	<b>1.140</b>
Übriges Ergebnis	1	-15		6	-102
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-11	-7		0	-183
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-49	27		0	-110
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>120</b>	<b>527</b>		<b>-622</b>	<b>746</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-23	21		-7	-227
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>97</b>	<b>548</b>		<b>-629</b>	<b>519</b>
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-5	0		0	-49
<b>Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile</b>	<b>92</b>	<b>548</b>		<b>-629</b>	<b>470</b>
Return on Equity vor Steuern	10,5 %	-		-	13,1 %
Return on Equity nach Steuern	8,5 %	-		-	9,1 %
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	1,12 %	-		-	2,81 %
Cost/Income Ratio	58,6 %	-		-	48,0 %
Loan/Deposit Ratio	176,3 %	-		-	84,3 %
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,54 %	-		-	0,37 %
NPE Ratio	2,8 %	-		-	1,6 %
NPE Coverage Ratio	29,5 %	-		-	48,7 %
Aktiva	66.326	30.700		-21.896	218.360
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	23.664	17.704		-9.686	103.899
Eigenkapital	4.611	7.584		-5.167	23.110
Forderungen an Kunden	38.032	1.020		-1.527	109.120
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	24.813	4.602		-2.997	133.084
Geschäftsstellen	19	-		-	1.305
Mitarbeiter:innen zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	3.861	2.147		-	42.154
Kund:innen in Millionen	2,7	0,0		-	18,6

<b>1.1.-31.3.2025</b>				
<b>in € Millionen</b>	<b>Zentraleuropa</b>	<b>Südosteuropa</b>	<b>Russland</b>	<b>Ukraine</b>
Zinsüberschuss	418	345	457	101
Dividenderträge	4	0	0	0
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	0	0	0
Provisionsüberschuss	165	121	201	15
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-3	5	65	5
Ergebnis aus Hedge Accounting	-5	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	11	10	0	0
<b>Betriebserträge</b>	<b>589</b>	<b>481</b>	<b>723</b>	<b>121</b>
Verwaltungsaufwendungen	-285	-198	-148	-52
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>303</b>	<b>284</b>	<b>575</b>	<b>70</b>
Übriges Ergebnis	-67	0	1	-1
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-69	-24	-6	-3
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	27	1	3	1
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>194</b>	<b>260</b>	<b>573</b>	<b>67</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-64	-42	-149	-16
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>131</b>	<b>218</b>	<b>425</b>	<b>51</b>
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-35	0	0	-16
<b>Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile</b>	<b>95</b>	<b>218</b>	<b>425</b>	<b>34</b>
Return on Equity vor Steuern	16,8 %	25,0 %	43,5 %	42,4 %
Return on Equity nach Steuern	11,3 %	21,0 %	32,2 %	32,3 %
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,57 %	3,80 %	10,37 %	8,86 %
Cost/Income Ratio	46,4 %	41,1 %	20,5 %	42,5 %
Loan/Deposit Ratio	80,3 %	65,8 %	30,8 %	35,7 %
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-0,27 %	-0,02 %	-0,20 %	-0,13 %
NPE Ratio	1,2 %	1,7 %	1,5 %	4,0 %
NPE Coverage Ratio	57,5 %	65,3 %	72,5 %	82,5 %
Aktiva	67.060	38.584	19.614	5.059
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	24.854	16.723	19.512	4.874
Eigenkapital	4.709	4.273	6.112	665
Forderungen an Kunden	38.309	20.480	4.926	1.486
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	50.945	30.229	10.669	4.164
Geschäftsstellen	337	650	83	299
Mitarbeiter:innen zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	10.578	12.471	8.746	5.239
Kund:innen in Millionen	4,4	5,1	3,1	2,9

1.1.-31.3.2025 in € Millionen	Group Corporates & Markets			Überleitung	Gesamt
	Markets	Corporate Center			
Zinsüberschuss	186	-7	3		1.504
Dividendenerträge	0	948	-944		8
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	3	0	0		3
Provisionsüberschuss	148	21	-3		668
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	24	-45	6		56
Ergebnis aus Hedge Accounting	3	3	3		3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	35	26	-56		27
<b>Betriebserträge</b>	<b>399</b>	<b>947</b>	<b>-991</b>		<b>2.269</b>
Verwaltungsaufwendungen	-243	-118	48		-995
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>156</b>	<b>829</b>	<b>-943</b>		<b>1.274</b>
Übriges Ergebnis	-7	8	1		-65
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-11	-9	0		-121
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-70	4	-9		-43
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>69</b>	<b>831</b>	<b>-951</b>		<b>1.044</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-15	1	3		-281
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>54</b>	<b>833</b>	<b>-948</b>		<b>763</b>
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-5	0	-1		-58
<b>Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile</b>	<b>49</b>	<b>833</b>	<b>-949</b>		<b>705</b>
Return on Equity vor Steuern	6,2 %	–	–		19,9 %
Return on Equity nach Steuern	4,8 %	–	–		14,5 %
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	1,21 %	–	–		3,06 %
Cost/Income Ratio	60,8 %	–	–		43,3 %
Loan/Deposit Ratio	166,5 %	–	–		82,9 %
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,77 %	–	–		0,18 %
NPE Ratio	3,2 %	–	–		1,9 %
NPE Coverage Ratio	30,2 %	–	–		48,4 %
Aktiva	63.016	36.046	-24.584		204.794
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	21.500	17.387	-9.822		95.027
Eigenkapital	4.263	7.172	-5.352		21.842
Forderungen an Kunden	36.238	1.070	-1.529		100.979
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	24.436	3.737	-4.196		119.984
Geschäftsstellen	17	–	–		1.386
Mitarbeiter:innen zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	3.718	2.196	–		42.948
Kund:innen in Millionen	2,5	0,0	–		18,0

# Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

## (1) Zinsüberschuss

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
<b>Zinserträge nach Effektivzinsmethode</b>	<b>1.829</b>	<b>2.095</b>
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	62	49
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	1.767	2.046
<b>Zinserträge übrige</b>	<b>536</b>	<b>367</b>
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	87	30
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	18	13
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	1	2
Derivative - Hedge Accounting, Zinssatzrisiko	1	33
Sonstige Aktiva	428	289
Zinserträge aus finanziellen Verbindlichkeiten	1	1
<b>Zinsaufwendungen</b>	<b>-906</b>	<b>-957</b>
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	-762	-787
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	-81	-41
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	-8	-8
Derivative - Hedge Accounting, Zinssatzrisiko	-50	-118
Sonstige Passiva	-4	-2
Zinsaufwendungen aus finanziellen Vermögenswerten	-2	-2
<b>Gesamt</b>	<b>1.459</b>	<b>1.504</b>

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
Zinsüberschuss	1.459	1.504
Durchschnittliche zinstragende Aktiva	207.429	196.420
<b>Nettozinsspanne</b>	<b>2,81 %</b>	<b>3,06 %</b>

Im Zinsüberschuss sind Zinserträge in Höhe von € 168 Millionen (Vorjahresperiode: € 93 Millionen) von marktbeurteilten finanziellen Vermögenswerten und Zinsaufwendungen in Höhe von € 88 Millionen (Vorjahresperiode: € 50 Millionen) von marktbeurteilten finanziellen Verbindlichkeiten enthalten.

Der Zinsüberschuss verringerte sich um € 45 Millionen auf € 1.459 Millionen. Ausschlaggebend dafür war die Senkung des durchschnittlichen Leitzinssatzes in Russland, die im Jahresvergleich zu niedrigeren Zinserträgen aus kurzfristigen Veranlagungen bei der russischen Zentralbank führte.

Infolge der Senkung der Marktzinsen verringerte sich die Nettozinsspanne um 25 Basispunkte auf 2,81 Prozent.

## (2) Dividendenerträge

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	0	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	1	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	2	0
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	12	8
<b>Gesamt</b>	<b>15</b>	<b>8</b>

## (3) Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	16	3

Das laufende Ergebnis aus assoziierten Unternehmen stieg um € 13 Millionen auf € 16 Millionen (Vorjahresperiode: € 3 Millionen). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf den geringeren negativen Ergebnisbeitrag der Leipnik-Lundenburger Invest Beteiligungs AG zurückzuführen.

## (4) Provisionsüberschuss

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025 <sup>1</sup>
Zahlungsverkehr	225	219
Kredit- und Garantiegeschäft	68	53
Wertpapiere	31	28
Vermögensverwaltung	99	88
Depot- und Treuhandgeschäft	20	20
Vermittlungsprovisionen	13	14
Fremdwährungsgeschäft	227	236
Sonstige	11	9
<b>Gesamt</b>	<b>693</b>	<b>668</b>

<sup>1</sup> Adaptierung der Vorperiode aufgrund geänderter Zuordnung

Der Provisionsüberschuss nahm trotz des Rückgangs in Russland (Rückgang: € 28 Millionen) um € 25 Millionen auf € 693 Millionen zu. Das ist im Wesentlichen auf Rumänien, die Konzernzentrale und Ungarn zurückzuführen, wobei die meisten anderen Länder des Konzerns ebenfalls Steigerungen aufwiesen.

Der Provisionsüberschuss aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, betrug € 470 Millionen (Vorjahresperiode: € 442 Millionen).

1.1.-31.3.2026 in € Millionen	Zentral- europa	Südost- europa	Russland	Ukraine	Group Corporates & Markets	Corporate Center	Überleitung	Gesamt
<b>Provisionserträge</b>	<b>256</b>	<b>195</b>	<b>204</b>	<b>42</b>	<b>256</b>	<b>34</b>	<b>-32</b>	<b>954</b>
Zahlungsverkehr	117	116	32	33	59	26	-23	359
Clearing und Abwicklung	11	14	21	21	0	5	-3	70
Kreditkarten	16	14	1	1	22	4	-2	56
Debitkarten und sonstige Bankkarten	19	41	4	8	0	7	-6	73
Übrige Zahlungsdienste	70	47	6	2	37	10	-12	160
Kredit- und Garantiegeschäft	21	12	5	1	39	3	-1	80
Wertpapiere	11	1	8	0	29	2	-5	47
Vermögensverwaltung	21	10	14	0	96	0	-1	140
Depot- und Treuhandgeschäft	5	3	3	0	14	1	-1	26
Vermittlungsprovisionen	12	12	2	1	0	0	0	27
Fremdwährungsgeschäft	60	38	121	7	15	1	-1	241
Sonstige	10	3	18	0	4	0	0	34
<b>Provisionsaufwendungen</b>	<b>-72</b>	<b>-54</b>	<b>-30</b>	<b>-30</b>	<b>-80</b>	<b>-24</b>	<b>30</b>	<b>-261</b>
<b>Gesamt</b>	<b>184</b>	<b>141</b>	<b>173</b>	<b>12</b>	<b>175</b>	<b>10</b>	<b>-3</b>	<b>693</b>

1.1.-31.3.2025 <sup>1</sup> in € Millionen	Zentral- europa	Südost- europa	Russland	Ukraine	Group Corporates & Markets	Corporate Center	Überleitung	Gesamt
<b>Provisionserträge</b>	<b>228</b>	<b>173</b>	<b>230</b>	<b>46</b>	<b>237</b>	<b>39</b>	<b>-31</b>	<b>923</b>
Zahlungsverkehr	106	102	40	35	52	27	-22	340
Clearing und Abwicklung	12	13	24	23	0	5	-3	74
Kreditkarten	15	12	2	0	17	2	0	48
Debitkarten und sonstige Bankkarten	17	31	4	10	0	13	-12	64
Übrige Zahlungsdienste	62	45	10	2	35	6	-7	154
Kredit- und Garantiegeschäft	19	11	5	1	30	3	-1	68
Wertpapiere	9	1	7	0	35	5	-4	53
Vermögensverwaltung	19	8	14	0	92	0	-13	119
Depot- und Treuhandgeschäft	4	2	9	0	9	1	11	36
Vermittlungsprovisionen	10	11	4	1	0	0	0	25
Fremdwährungsgeschäft	53	37	136	8	17	2	-2	252
Sonstige	8	2	17	0	3	0	0	30
<b>Provisionsaufwendungen</b>	<b>-64</b>	<b>-52</b>	<b>-29</b>	<b>-31</b>	<b>-89</b>	<b>-17</b>	<b>28</b>	<b>-255</b>
<b>Gesamt</b>	<b>165</b>	<b>121</b>	<b>201</b>	<b>15</b>	<b>148</b>	<b>21</b>	<b>-3</b>	<b>668</b>

<sup>1</sup> Adaptierung der Vorperiode aufgrund geänderter Zuordnung

## (5) Handelsergebnis, Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen und Ergebnis aus Hedge Accounting

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
<b>Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten - Held For Trading</b>	<b>-15</b>	<b>270</b>
Derivate	-68	245
Eigenkapitalinstrumente	2	8
Schuldverschreibungen	-12	6
Kredite und Forderungen	2	2
Short-Positionen	0	0
Einlagen	-5	108
Verbriefte Verbindlichkeiten	65	-87
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	2	-11
<b>Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss</b>	<b>-15</b>	<b>-13</b>
Eigenkapitalinstrumente	0	0
Schuldverschreibungen	-2	-4
Kredite und Forderungen	-13	-9
<b>Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss</b>	<b>0</b>	<b>-1</b>
Schuldverschreibungen	-2	0
Einlagen	1	1
Verbriefte Verbindlichkeiten	2	-2
<b>Währungsumrechnung (netto)</b>	<b>34</b>	<b>-201</b>
<b>Gesamt</b>	<b>5</b>	<b>56</b>

Das Handelsergebnis und das Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen betrug in der Berichtsperiode € 5 Millionen (Vorjahresperiode: € 56 Millionen). Die im Handelsergebnis enthaltene Position Derivate verzeichnete ein Ergebnis von minus € 68 Millionen, dies entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um € 313 Millionen (Vorjahresperiode: € 245 Millionen). Derivate werden vor allem dazu genutzt, um Zins- und Währungsrisiken sowie Risiken aus Eigenkapitalpositionen abzusichern. Die negativen Bewertungsergebnisse aus Derivaten wurden im Wesentlichen aus Absicherungen gegen Zinsrisiken sowie aus Derivaten auf Eigenkapitalinstrumente verursacht. Letztere bilden gemeinsam mit Eigenkapitalinstrumenten die Absicherung gegenüber Wertschwankungen emittierter Zertifikate, die im Wesentlichen auf Aktien und Aktienindizes und zu einem kleineren Teil auf Zinsprodukten beruhen. Das Bewertungsergebnis dieser im Handelsbuch geführten Zertifikate im Posten verbiefte Verbindlichkeiten betrug in der Berichtsperiode € 65 Millionen (Vorjahr: minus € 87 Millionen). Darin enthalten ist ein negativer Bewertungseffekt aus dem Rückgang des eigenen Credit Spreads in Höhe von minus € 3 Millionen. Bereinigt um diesen Effekt spiegelt das Zertifikatsergebnis im Wesentlichen die jeweiligen Entwicklungen der zugrundeliegenden Aktien und Aktienindizes wider. Das Bewertungsergebnis im Posten Einlagen in Höhe von minus € 5 Millionen (Vorjahr: € 108 Millionen) beinhaltet vorwiegend die im Devisenhandel erzielte Marge. Der signifikante Rückgang ist auf Russland mit stark gesunkenen Transaktionszahlen und -volumina zurückzuführen. Darüber hinaus profitierte der Devisenhandel in der Vergleichsperiode 2025 von hohen Volatilitäten auf dem russischen Devisenmarkt.

Das Ergebnis aus Währungsumrechnungen von offenen Kassapositionen belief sich auf € 34 Millionen (Vorjahresperiode: minus € 201 Millionen). Offene Positionen werden mittels Fremdwährungsderivaten gesteuert und größtenteils geschlossen. Die gegenläufigen Bewertungseffekte dieser Derivate werden dementsprechend im Posten Derivate ausgewiesen.

### Ergebnis aus Hedge Accounting

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
Fair-Value-Änderungen aus Absicherungsinstrumenten	63	166
Fair-Value-Änderungen aus abgesicherten Grundgeschäften im Hedge Accounting	-69	-164
Erfolgswirksamer, ineffektiver Teil aus Cash-Flow Hedge	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>-6</b>	<b>3</b>

## (6) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
<b>Ergebnis aus der Ausbuchung nicht modifizierter, nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten</b>	<b>1</b>	<b>0</b>
Schuldverschreibungen	1	1
Kredite und Forderungen	0	1
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	-2
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0
<b>Ergebnis aus der Ausbuchung von nicht zur Veräußerung gehaltenen nichtfinanziellen Vermögenswerten</b>	<b>0</b>	<b>1</b>
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Property)	0	0
Immaterielle Vermögenswerte	0	0
Sonstige Aktiva	0	1
<b>Ergebnis aus bankfremden Tätigkeiten</b>	<b>4</b>	<b>3</b>
Umsatzerlöse aus bankfremden Tätigkeiten	21	28
Aufwendungen aus bankfremden Aktivitäten	-17	-25
<b>Ergebnis aus zusätzlichen Leasing-Dienstleistungen</b>	<b>7</b>	<b>7</b>
Umsatzerlöse aus zusätzlichen Leasing-Dienstleistungen	13	12
Aufwendungen aus zusätzlichen Leasing-Dienstleistungen	-6	-5
<b>Ergebnis aus Versicherungsverträgen</b>	<b>-5</b>	<b>4</b>
<b>Ergebnis aus Investment Property inkl. Operating Leasing (Immobilien)</b>	<b>19</b>	<b>17</b>
Ergebnis aus Investment Property	6	5
Erträge aus Operating Leasing von Immobilien	7	6
Aufwendungen aus Operating Leasing von Immobilien	-1	-1
Erträge aus sonstigem Operating Leasing	9	8
Aufwendungen aus sonstigem Operating Leasing	-2	-1
<b>Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung sonstiger Rückstellungen</b>	<b>-1</b>	<b>3</b>
<b>Übrige betriebliche Erträge/Aufwendungen</b>	<b>7</b>	<b>-9</b>
<b>Gesamt</b>	<b>33</b>	<b>27</b>

## (7) Verwaltungsaufwendungen

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
Personalaufwand	-621	-566
Sachaufwand	-325	-310
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	-129	-119
<b>Gesamt</b>	<b>-1.075</b>	<b>-995</b>

### Personalaufwand

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
Löhne und Gehälter	-465	-438
Soziale Abgaben	-113	-103
Freiwilliger Sozialaufwand	-17	-15
Aufwendungen für beitragsorientierte Pensionspläne	-5	-6
Aufwendungen/Erträge für leistungsorientierte Pensionspläne	1	4
Aufwendungen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	-3	-3
Aufwendungen für andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer exkl. Bonusprogramme	-1	-1
Personalaufwand aus Bonusprogrammen	-17	-5
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	-1	0
<b>Gesamt</b>	<b>-621</b>	<b>-566</b>

## Sachaufwand

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
Raumaufwand	-30	-28
IT-Aufwand	-124	-115
Rechts- und Beratungsaufwand	-38	-40
Werbe- und Repräsentationsaufwand	-29	-23
Kommunikationsaufwand	-22	-20
Büroaufwand	-4	-3
Kfz-Aufwand	-3	-3
Sicherheitsaufwand	-6	-6
Reiseaufwand	-4	-4
Ausbildungsaufwand	-3	-3
Sonstige nicht ertragsabhängige Steuern	-33	-31
davon Finanztransaktionssteuer	-31	-29
Sonstiger Sachaufwand	-30	-34
<b>Gesamt</b>	<b>-325</b>	<b>-310</b>
davon Aufwendungen für kurzfristige Leasingverhältnisse	-4	-4
davon Aufwendungen für Leasingverhältnisse geringwertiger Vermögenswerte	-1	-1

## Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
Sachanlagen	-65	-60
davon Nutzungsrechte	-20	-20
Immaterielle Vermögenswerte	-65	-60
<b>Gesamt</b>	<b>-129</b>	<b>-119</b>

## (8) Übriges Ergebnis

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
<b>Gewinne/Verluste aus modifizierten Vertragskonditionen</b>	<b>0</b>	<b>-8</b>
Ergebnis aus Barwertänderungen unwesentlich modifizierter Vertragskonditionen	0	-8
Ergebnis aus der Ausbuchung aufgrund wesentlich modifizierter Vertragskonditionen	0	0
<b>Wertminderungen/-aufholungen auf Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen</b>	<b>-9</b>	<b>8</b>
<b>Wertminderungen/-aufholungen von nichtfinanziellen Vermögenswerten</b>	<b>0</b>	<b>1</b>
Firmenwerte	0	0
Andere	0	1
<b>Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verkaufgruppen sowie Entkonsolidierungen</b>	<b>0</b>	<b>1</b>
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verkaufgruppen	0	0
Ergebnis aus Entkonsolidierungen	0	1
<b>Aufwände für kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen</b>	<b>-77</b>	<b>-67</b>
<b>Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung von Rückstellungen für einen Rechtsstreit in Russland</b>	<b>-15</b>	<b>0</b>
<b>Gesamt</b>	<b>-102</b>	<b>-65</b>

Das übrige Ergebnis belief sich in der Berichtsperiode auf minus € 102 Millionen nach minus € 65 Millionen in der Vergleichsperiode. Hauptgrund dafür waren kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen von Kreditverträgen mit € 77 Millionen (Vorjahresperiode: € 67 Millionen). Diese betrafen im Wesentlichen Hypothekarkredite in Polen, die in Fremdwährungen denominiert oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind.

## (9) Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
<b>Staatliche Maßnahmen</b>	<b>-150</b>	<b>-81</b>
Bankenabgaben	-150	-81
<b>Pflichtabgaben</b>	<b>-33</b>	<b>-40</b>
Bankenabwicklungsfonds	-6	-11
Beiträge zur Einlagensicherung	-27	-29
<b>Gesamt</b>	<b>-183</b>	<b>-121</b>

## (10) Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte umfassen Wertminderungen auf erfolgsneutral zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Wertminderungen auf zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte.

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
Forderungen	-94	-52
Schuldverschreibungen	-11	1
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	-4	8
<b>Gesamt</b>	<b>-110</b>	<b>-43</b>
davon finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	-5	-8
davon finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	-101	-43

In der Berichtsperiode betrafen die Risikokosten in Höhe von € 110 Millionen hauptsächlich Zentraleuropa mit € 50 Millionen (Vorjahresperiode: Nettoauflösung von € 27 Millionen) und Südosteuropa mit € 23 Millionen (Vorjahresperiode: Nettoauflösung von € 1 Million) infolge der Aktualisierung von makroökonomischen Parametern, wobei die größten Auswirkungen in der Slowakei und in Rumänien zu verzeichnen waren. In der Konzernzentrale kam es zu einer geringeren Nettodotierung von € 19 Millionen (Vorjahresperiode: € 66 Millionen). In der Berichtsperiode wurden die Nettodotierungen vor allem in Stage 3 gebucht (€ 71 Millionen, davon entfielen € 48 Millionen auf Nicht-Finanzunternehmen und € 40 Millionen auf Haushalte).

Weitere Details sind unter Punkt (13) Finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost enthalten.

## (11) Steuern

in € Millionen	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025
Laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	-250	-234
davon Inland	-2	-29
davon Ausland	-247	-205
Latente Steuern	23	-47
<b>Gesamt</b>	<b>-227</b>	<b>-281</b>
Effektive Steuerquote	30,4 %	26,9 %

Der Anstieg der effektiven Steuerquote auf 30,4 Prozent war im Wesentlichen auf die zu Jahresbeginn erfolgte Erhöhung des Steuersatzes auf 50 Prozent in der Ukraine (Vergleichsperiode 25 Prozent) sowie auf die Erhöhung der steuerlich nicht abzugsfähigen Bankenabgabe in Ungarn zurückzuführen.

Die globale Mindeststeuer für Unternehmensgruppen (MindBestG) in Höhe von 15 Prozent führte im ersten Quartal 2026 zu einem zusätzlichen steuerlichen Aufwand von € 1 Million. In den meisten Ländern, in denen die RBI tätig ist, werden die Safe Harbour Rules erfüllt.

## Steuerforderungen

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
Laufende Steuerforderungen	113	124
Latente Steuerforderungen	181	167
Steueransprüche aus temporären Differenzen	172	158
Verlustvorträge	9	9
<b>Gesamt</b>	<b>294</b>	<b>291</b>

## Steuerpflichtungen

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
Laufende Steuerpflichtungen	153	144
Latente Steuerpflichtungen	55	58
<b>Gesamt</b>	<b>208</b>	<b>202</b>

## Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Finanzinstrumente - Amortized Cost

### (12) Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
Kassenbestand	3.029	3.287
Guthaben bei Zentralbanken	21.767	21.931
Sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten	9.931	10.122
<b>Gesamt</b>	<b>34.727</b>	<b>35.340</b>

Im Posten Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen kam es im Vergleich zum Jahresende zu einem Rückgang von € 612 Millionen auf € 34.727 Millionen. Dieser Rückgang ist auf alle Positionen zurückzuführen. In der Position Guthaben bei Zentralbanken wurde der starke Anstieg in Ungarn (Anstieg: € 1.247 Millionen) durch Rückgänge in der Konzernzentrale (Rückgang: € 768 Millionen), in der Slowakei (Rückgang: € 733 Millionen) und in Rumänien (Rückgang: € 660 Millionen) aufgehoben.

Unter dem Posten Kassenbestand zeigen die Ukraine und Russland insgesamt € 907 Millionen (Vorjahr: € 922 Millionen).

Zum Berichtsstichtag wurden Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente in Höhe von € 776 Millionen (Vorjahr: € 770 Millionen) ausgewiesen, welche gesetzlichen Einschränkungen gemäß IAS 7.48 unterliegen, sodass die RBI über diese Mittel nicht verfügen kann. Davon entfielen € 718 Millionen auf Russland und Ukraine.

### (13) Finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost

in € Millionen	31.3.2026			31.12.2025		
	Brutto-buchwert	Kumulierte Wertminderungen	Buchwert	Brutto-buchwert	Kumulierte Wertminderungen	Buchwert
<b>Schuldverschreibungen</b>	<b>39.240</b>	<b>-32</b>	<b>39.208</b>	<b>38.176</b>	<b>-26</b>	<b>38.150</b>
Zentralbanken	5	0	5	5	0	5
Regierungen	32.749	-25	32.725	32.015	-20	31.995
Kreditinstitute	4.012	-1	4.011	3.872	0	3.872
Sonstige Finanzunternehmen	1.440	-1	1.439	1.400	-1	1.399
Nicht-Finanzunternehmen	1.034	-5	1.029	885	-5	880
<b>Kredite und Forderungen</b>	<b>127.127</b>	<b>-2.296</b>	<b>124.830</b>	<b>119.563</b>	<b>-2.205</b>	<b>117.358</b>
Zentralbanken	12.121	0	12.121	8.431	0	8.431
Regierungen	4.655	-9	4.646	3.917	-9	3.909
Kreditinstitute	4.611	-1	4.609	4.251	-2	4.249
Sonstige Finanzunternehmen	10.952	-66	10.886	10.020	-52	9.968
Nicht-Finanzunternehmen	49.541	-1.247	48.294	48.514	-1.194	47.320
Haushalte	45.246	-972	44.274	44.430	-948	43.482
<b>Gesamt</b>	<b>166.367</b>	<b>-2.328</b>	<b>164.038</b>	<b>157.739</b>	<b>-2.231</b>	<b>155.508</b>

Der Buchwert des Postens finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2025 um € 8.530 Millionen.

Im Kreditgeschäft wurde ein Anstieg in Höhe von € 7.472 Millionen verzeichnet. Der Anstieg im kurzfristigen Geschäft um € 5.706 Millionen kam vor allem aus Tschechien (Anstieg: € 3.739 Millionen) und der Konzernzentrale (Anstieg: € 2.040 Millionen), bedingt durch Repo-Geschäfte mit der Nationalbank bzw. mit sonstigen Finanzunternehmen und Kreditinstituten. Bei den Krediten an

Nicht-Finanzunternehmen wurde ein Anstieg um € 974 Millionen verzeichnet, vorwiegend in der Konzernzentrale (Anstieg: € 472 Millionen), aufgrund höherer Volumina bei syndizierten Krediten, sowie in Rumänien (Anstieg: € 274 Millionen) und in Tschechien (Anstieg: € 210 Millionen), aufgrund höherer Kredite an Firmenkunden. Der Anstieg der Kredite an Haushalte um € 792 Millionen resultierte hauptsächlich aus der Slowakei und aus Tschechien (Anstieg: € 283 Millionen bzw. € 259 Millionen, insbesondere bei Hypothekarkrediten), wobei die anderen Länder des Konzerns, mit Ausnahme von Russland und Polen, ebenfalls Steigerungen aufwiesen.

Der Anstieg der Schuldverschreibungen um € 1.058 Millionen kam überwiegend aus Zukäufen von Staatsanleihen (Anstieg: € 730 Millionen), wo einem Anstieg in der Slowakei (Anstieg: € 526 Millionen) und in Rumänien (Anstieg: € 451 Millionen) ein Rückgang in Tschechien um € 285 Millionen gegenüberstand.

In Russland bestehen finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost in Höhe von € 1.950 Millionen aus Zahlungen von Emittenten lokaler Schuldtitel, die aufgrund der bestehenden US- und EU-Sanktionen nicht an ausländische Investoren weitergeleitet werden können, und daher bei der russischen Agentur für Einlagensicherung (Deposit Insurance Agency) deponiert werden müssen. Sie stehen der Konzernzentrale zur allgemeinen Verwendung nicht zur Verfügung.

Das Kreditportfolio der RBI ist nach Art der Kund:innen, geografischer Region und Industrie diversifiziert. In den folgenden Aufteilungen der finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost nach Gegenpartei ist ersichtlich, dass der Fokus auf Kund:innen im Bereich der Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte liegt.

### Bruttobuchwert

in € Millionen	31.3.2026				31.12.2025			
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI
Zentralbanken	11.965	162	0	0	8.315	120	0	0
Regierungen	34.893	2.376	136	0	33.589	2.199	144	0
Kreditinstitute	8.411	210	1	0	7.857	265	1	0
Sonstige Finanzunternehmen	11.400	889	96	7	10.329	965	120	6
Nicht-Finanzunternehmen	39.976	8.738	1.788	73	39.590	7.957	1.775	76
Haushalte	39.482	4.645	1.026	93	38.276	5.034	1.025	94
davon Hypothekar	26.452	2.741	330	55	25.514	3.167	342	55
<b>Gesamt</b>	<b>146.128</b>	<b>17.019</b>	<b>3.047</b>	<b>173</b>	<b>137.958</b>	<b>16.540</b>	<b>3.066</b>	<b>176</b>

### Kumulierte Wertminderungen

in € Millionen	31.3.2026				31.12.2025			
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0	0
Regierungen	-23	-5	-6	0	-18	-5	-6	0
Kreditinstitute	-1	0	-1	0	-1	-1	-1	0
Sonstige Finanzunternehmen	-9	-11	-43	-5	-9	-8	-32	-4
Nicht-Finanzunternehmen	-144	-249	-821	-40	-135	-246	-775	-42
Haushalte	-121	-206	-627	-18	-114	-203	-612	-19
davon Hypothekar	-17	-65	-136	-10	-17	-67	-134	-11
<b>Gesamt</b>	<b>-298</b>	<b>-471</b>	<b>-1.497</b>	<b>-63</b>	<b>-278</b>	<b>-463</b>	<b>-1.426</b>	<b>-65</b>

### ECL Coverage Ratio

	31.3.2026				31.12.2025			
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI
Zentralbanken	0,0 %	0,0 %	-	-	0,0 %	0,0 %	-	-
Regierungen	0,1 %	0,2 %	4,2 %	1,5 %	0,1 %	0,2 %	4,0 %	1,5 %
Kreditinstitute	0,0 %	0,2 %	54,2 %	-	0,0 %	0,3 %	77,4 %	-
Sonstige Finanzunternehmen	0,1 %	1,2 %	44,4 %	74,6 %	0,1 %	0,8 %	26,7 %	70,1 %
Nicht-Finanzunternehmen	0,4 %	2,8 %	45,9 %	54,0 %	0,3 %	3,1 %	43,7 %	55,0 %
Haushalte	0,3 %	4,4 %	61,1 %	19,5 %	0,3 %	4,0 %	59,7 %	19,9 %
davon Hypothekar	0,1 %	2,4 %	41,2 %	19,2 %	0,1 %	2,1 %	39,2 %	20,0 %
<b>Gesamt</b>	<b>0,2 %</b>	<b>2,8 %</b>	<b>49,1 %</b>	<b>36,2 %</b>	<b>0,2 %</b>	<b>2,8 %</b>	<b>46,5 %</b>	<b>36,8 %</b>

## Entwicklung der Wertminderungen

Entwicklung der Wertminderungen auf Forderungen und Schuldverschreibungen der Bewertungskategorie finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost, der Bewertungskategorie finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income sowie auf sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten:

	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
<b>Stand 1.1.2026</b>	<b>342</b>	<b>464</b>	<b>1.430</b>	<b>65</b>	<b>2.301</b>
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	54	14	3	0	72
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-12	-19	-34	-5	-70
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-15	13	124	3	124
Änderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchungen (Netto)	0	0	-1	0	-1
Verminderung aufgrund von Abschreibungen (Write-offs)	0	0	-23	-1	-24
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0
Wechselkurse und andere	-1	1	1	1	1
<b>Stand 31.3.2026</b>	<b>368</b>	<b>472</b>	<b>1.501</b>	<b>63</b>	<b>2.403</b>
davon Fair Value Through Other Comprehensive Income	69	1	4	0	74
davon sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten	0	0	0	0	0

	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
<b>Stand 1.1.2025</b>	<b>407</b>	<b>529</b>	<b>1.854</b>	<b>81</b>	<b>2.871</b>
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	74	11	2	0	87
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-28	-19	-98	-3	-148
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-51	49	116	-2	112
Änderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchungen (Netto)	0	0	-1	0	-1
Verminderung aufgrund von Abschreibungen (Write-offs)	0	0	-277	-1	-278
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0
Wechselkurse und andere	-3	30	30	0	56
<b>Stand 31.3.2025</b>	<b>399</b>	<b>601</b>	<b>1.626</b>	<b>75</b>	<b>2.700</b>
davon Fair Value Through Other Comprehensive Income	62	2	3	0	67
davon sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten	0	0	1	0	1

## Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost nach Rating-Kategorien und Stages

Die Kreditwürdigkeitsanalyse von finanziellen Vermögenswerten ist eine zeitliche Beurteilung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Vermögenswerte.

- Exzellent sind Risikopositionen, die eine starke Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit vernachlässigbarer oder keiner Ausfallwahrscheinlichkeit aufweisen (Non-Retail PD-Skala  $>0,0000 \leq 0,0300$  Prozent und Retail PD-Skala  $>0,00 \leq 0,17$  Prozent).
- Sehr gute Risikopositionen weisen eine starke Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen auf, wobei die Ausfallwahrscheinlichkeit vernachlässigbar oder gering ist (Non-Retail PD-Skala  $>0,0300 \leq 0,1878$  Prozent und Retail PD-Skala  $>0,17 \leq 0,35$  Prozent).
- Gut sind Risikopositionen, die eine gute Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit geringem Ausfallrisiko aufweisen (Non-Retail PD-Skala  $>0,1878 \leq 1,1735$  Prozent und Retail PD-Skala  $>0,35 \leq 1,37$  Prozent).
- Zufriedenstellend sind Risikopositionen, die einer genaueren Überwachung bedürfen und eine durchschnittliche bis angemessene Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit einem moderaten Ausfallrisiko aufweisen (Non-Retail PD-Skala  $>1,1735 \leq 7,3344$  Prozent und Retail PD-Skala  $>1,37 \leq 7,28$  Prozent).
- Unterdurchschnittlich sind Risikopositionen, die unterschiedliche Stärken spezieller Aufmerksamkeit erfordern und ein besorgniserregendes Ausfallrisiko aufweisen (Non-Retail PD-Skala  $>7,3344 < 100,0$  Prozent und Retail PD-Skala  $>7,28 < 100,0$  Prozent).

- Beeinträchtigte Bonität haben Risikopositionen, die als wertgemindert eingestuft werden (PD-Skala 100,0 Prozent sowohl für Non-Retail als auch für Retail).

Die folgende Tabelle zeigt den Zusammenhang zwischen Rating-Kategorien und Stages nach IFRS 9. Dabei ist zu beachten, dass es bei finanziellen Vermögenswerten in Stage 1 und Stage 2 aufgrund des relativen Charakters einer erheblichen Erhöhung des Kreditrisikos nicht zwingend erforderlich ist, dass Vermögenswerte der Stage 2 eine niedrigere Bonität besitzen als Stage 1, obwohl dies in der Regel der Fall ist.

31.3.2026	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellent	28.542	176	0	0	28.719
Sehr gut	44.312	1.987	0	1	46.299
Gut	51.494	4.483	0	6	55.982
Zufriedenstellend	18.271	6.181	0	15	24.466
Unterdurchschnittlich	1.777	2.037	0	9	3.822
Wertgemindert	0	0	2.949	131	3.080
Nicht geratet	1.732	2.156	98	12	3.998
<b>Bruttobuchwert</b>	<b>146.128</b>	<b>17.019</b>	<b>3.047</b>	<b>173</b>	<b>166.367</b>
Kumulierte Wertminderungen	-298	-471	-1.497	-63	-2.328
<b>Buchwert</b>	<b>145.829</b>	<b>16.548</b>	<b>1.550</b>	<b>110</b>	<b>164.038</b>

31.12.2025	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellent	25.021	210	0	0	25.231
Sehr gut	42.135	2.043	0	1	44.178
Gut	49.592	4.548	0	5	54.145
Zufriedenstellend	17.658	5.586	0	15	23.259
Unterdurchschnittlich	1.740	2.131	0	9	3.880
Wertgemindert	0	0	2.965	132	3.097
Nicht geratet	1.812	2.023	101	13	3.949
<b>Bruttobuchwert</b>	<b>137.958</b>	<b>16.540</b>	<b>3.066</b>	<b>176</b>	<b>157.739</b>
Kumulierte Wertminderungen	-278	-463	-1.426	-65	-2.231
<b>Buchwert</b>	<b>137.680</b>	<b>16.077</b>	<b>1.640</b>	<b>111</b>	<b>155.508</b>

Die Kategorie nicht geratet beinhaltet vor allem finanzielle Vermögenswerte für Haushalte, für die noch keine Ratings verfügbar sind und deren Einstufung daher auf qualitativen Faktoren basiert sowie Zahlungen von Emittenten lokaler Schuldtitel, die derzeit aufgrund der bestehenden US- und EU-Sanktionen nicht an ausländische Investoren weitergeleitet werden können, und daher bei der russischen Agentur für Einlagensicherung (Deposit Insurance Agency) in Russland deponiert werden müssen.

## (14) Modifizierte Vermögenswerte

31.3.2026	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen					
Netto-Modifikationseffekt aus finanziellen Vermögenswerten	0	0	0	0	0
Fortgeführte Anschaffungskosten vor Modifikation von finanziellen Vermögenswerten	571	12	96	-5	674
Bruttobuchwert zum 31.3. der modifizierten Vermögenswerte, die während des Jahres zu Stage 1 zurückwechselten	0	0	0	0	0

31.12.2025	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen					
Netto-Modifikationseffekt aus finanziellen Vermögenswerten	-26	-4	-3	0	-33
Fortgeführte Anschaffungskosten vor Modifikation von finanziellen Vermögenswerten	1.199	328	327	2	1.856
Bruttobuchwert zum 31.12. der modifizierten Vermögenswerte, die während des Jahres zu Stage 1 zurückwechselten	0	19	0	0	19

## (15) Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	<b>22.955</b>	<b>20.660</b>
Kurzfristige Beträge/Tagesgeldeinlagen	15.078	12.668
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	6.690	6.542
Rückkaufvereinbarung	1.187	1.450
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>	<b>133.060</b>	<b>127.551</b>
Kurzfristige Beträge/Tagesgeldeinlagen	87.910	88.481
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	37.574	37.629
Rückkaufvereinbarung	7.577	1.441
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>	<b>20.580</b>	<b>21.088</b>
Gedeckte Schuldverschreibungen	5.646	6.169
Hybride Verträge	736	732
Sonstige verbiefte Verbindlichkeiten	14.198	14.188
davon wandelbare zusammengesetzte Finanzinstrumente	861	814
davon nicht wandelbar	13.336	13.374
<b>Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten</b>	<b>1.609</b>	<b>1.288</b>
<b>Gesamt</b>	<b>178.204</b>	<b>170.588</b>
davon nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	2.078	2.110
davon Leasingverbindlichkeiten	359	363

Im Bereich der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich die kurzfristigen Beträge/Tagesgeldeinlagen, insbesondere in der Konzernzentrale, um € 2.214 Millionen.

Die kurzfristigen Beträge/Tagesgeldeinlagen gegenüber Kunden verzeichneten in der Slowakei einen größeren Rückgang in Höhe von € 703 Millionen, wobei die Reduktion bei Einlagen von Nicht-Finanzunternehmen am deutlichsten ausfiel. Im Gegensatz dazu erhöhten sich die Rückkaufvereinbarungen besonders stark in Tschechien (Anstieg: € 3.474 Millionen) und in der Konzernzentrale (Anstieg: € 2.652 Millionen).

Die gedeckten Schuldverschreibungen verringerten sich in der Konzernzentrale um € 528 Millionen aufgrund ausgelaufener Emissionen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden nach Asset-Klassen:

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
Zentralbanken	460	419
Regierungen	7.354	3.755
Kreditinstitute	22.495	20.241
Sonstige Finanzunternehmen	14.748	11.978
Nicht-Finanzunternehmen	44.427	46.163
Haushalte	66.532	65.656
<b>Gesamt</b>	<b>156.016</b>	<b>148.212</b>

## (16) Fair Value von Finanzinstrumenten, die nicht zum Fair Value ausgewiesen werden

31.3.2026						
in € Millionen	Level I	Level II	Level III	Fair Value	Buchwert	Differenz
<b>Aktiva</b>						
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	0	34.727	0	34.727	34.727	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	34.342	1.852	127.234	163.429	164.038	-610
Schuldverschreibungen	34.342	1.852	2.663	38.858	39.208	-350
Kredite und Forderungen	0	0	124.571	124.571	124.830	-259
<b>Passiva</b>						
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	1.350	18.215	158.881	178.445	177.845	600
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden <sup>1</sup>	0	0	155.912	155.912	155.657	255
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.350	18.215	1.360	20.924	20.580	345
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	1.609	1.609	1.609	0

<sup>1</sup> Gemäß IFRS 7 sind Leasingverbindlichkeiten nicht enthalten.  
Level I Notierte Marktpreise  
Level II Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden  
Level III Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

31.12.2025						
in € Millionen	Level I	Level II	Level III	Fair Value	Buchwert	Differenz
<b>Aktiva</b>						
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	0	35.340	0	35.340	35.340	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	33.449	1.947	119.632	155.028	155.508	-481
Schuldverschreibungen	33.449	1.947	2.631	38.026	38.150	-124
Kredite und Forderungen	0	0	117.002	117.002	117.358	-356
<b>Passiva</b>						
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	1.145	18.952	150.990	171.086	170.225	861
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden <sup>1</sup>	0	0	148.328	148.328	147.849	479
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.145	18.952	1.375	21.471	21.088	382
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	1.288	1.288	1.288	0

<sup>1</sup> Gemäß IFRS 7 sind Leasingverbindlichkeiten nicht enthalten.  
Level I Notierte Marktpreise  
Level II Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden  
Level III Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

## Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente

### (17) Finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income

31.3.2026				
in € Millionen	Bruttobuchwert	Kumulierte Wertminderungen	Kumuliertes sonstiges Ergebnis	Buchwert
<b>Eigenkapitalinstrumente</b>	<b>230</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>230</b>
Kreditinstitute	5	-	-	5
Sonstige Finanzunternehmen	150	-	-	150
Nicht-Finanzunternehmen	76	-	-	76
<b>Schuldverschreibungen</b>	<b>4.243</b>	<b>-74</b>	<b>57</b>	<b>4.226</b>
Zentralbanken	0	0	0	0
Regierungen	3.484	-70	59	3.473
Kreditinstitute	615	0	-2	612
Sonstige Finanzunternehmen	8	0	0	8
Nicht-Finanzunternehmen	137	-4	1	133
<b>Gesamt</b>	<b>4.474</b>	<b>-74</b>	<b>57</b>	<b>4.457</b>

31.12.2025		Kumulierte	Kumuliertes sonstiges	
in € Millionen	Bruttobuchwert	Wertminderungen	Ergebnis	Buchwert
<b>Eigenkapitalinstrumente</b>	<b>231</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>231</b>
Kreditinstitute	4	-	-	4
Sonstige Finanzunternehmen	153	-	-	153
Nicht-Finanzunternehmen	73	-	-	73
<b>Schuldverschreibungen</b>	<b>4.275</b>	<b>-70</b>	<b>50</b>	<b>4.255</b>
Zentralbanken	26	0	0	26
Regierungen	3.532	-65	50	3.517
Kreditinstitute	573	0	-1	572
Sonstige Finanzunternehmen	8	0	0	8
Nicht-Finanzunternehmen	136	-4	1	133
<b>Gesamt</b>	<b>4.506</b>	<b>-70</b>	<b>50</b>	<b>4.486</b>

### Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income ohne Eigenkapitalinstrumente nach Rating-Kategorien und Stages:

31.3.2026	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellente	435	0	0	0	435
Sehr gut	1.113	0	0	0	1.113
Gut	1.990	46	0	0	2.036
Zufriedenstellend	35	3	0	0	37
Unterdurchschnittlich	611	5	0	0	616
Wertgemindert	0	0	5	0	5
Nicht geratet	0	0	0	0	0
<b>Bruttobuchwert</b>	<b>4.184</b>	<b>54</b>	<b>5</b>	<b>0</b>	<b>4.243</b>
Kumulierte Wertminderungen	-69	-1	-4	0	-74
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	55	1	1	0	57
<b>Buchwert</b>	<b>4.170</b>	<b>54</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>4.226</b>

31.12.2025	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellente	589	0	0	0	589
Sehr gut	914	0	0	0	914
Gut	2.106	44	0	0	2.149
Zufriedenstellend	34	3	0	0	37
Unterdurchschnittlich	576	5	0	0	581
Wertgemindert	0	0	5	0	5
Nicht geratet	0	0	0	0	0
<b>Bruttobuchwert</b>	<b>4.219</b>	<b>51</b>	<b>5</b>	<b>0</b>	<b>4.275</b>
Kumulierte Wertminderungen	-65	-1	-4	0	-70
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	47	2	1	0	50
<b>Buchwert</b>	<b>4.201</b>	<b>52</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>4.255</b>

## (18) Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
<b>Eigenkapitalinstrumente</b>	<b>3</b>	<b>4</b>
Sonstige Finanzunternehmen	3	4
Nicht-Finanzunternehmen	0	0
<b>Schuldverschreibungen</b>	<b>427</b>	<b>410</b>
Regierungen	209	198
Kreditinstitute	15	12
Sonstige Finanzunternehmen	197	196
Nicht-Finanzunternehmen	6	4
<b>Kredite und Forderungen</b>	<b>1.022</b>	<b>934</b>
Regierungen	1	1
Kreditinstitute	2	2
Sonstige Finanzunternehmen	18	18
Nicht-Finanzunternehmen	282	277
Haushalte	719	636
<b>Gesamt</b>	<b>1.452</b>	<b>1.347</b>

## (19) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten – Designated Fair Value Through Profit/Loss

### Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
<b>Schuldverschreibungen</b>	<b>196</b>	<b>208</b>
Regierungen	186	193
Kreditinstitute	5	9
Nicht-Finanzunternehmen	6	6
<b>Gesamt</b>	<b>196</b>	<b>208</b>

### Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	<b>12</b>	<b>16</b>
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	12	16
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>	<b>23</b>	<b>24</b>
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	23	24
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>	<b>934</b>	<b>1.020</b>
Sonstige verbrieftete Verbindlichkeiten	934	1.020
davon nicht wandelbar	934	1.020
<b>Gesamt</b>	<b>969</b>	<b>1.061</b>
davon nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0

## (20) Finanzielle Vermögenswerte – Held For Trading

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
<b>Derivate</b>	<b>3.480</b>	<b>3.377</b>
Zinssatzverträge	2.306	2.286
Eigenkapitalverträge	561	590
Wechselkurs- und Goldverträge	481	440
Kreditverträge	89	27
Waretermingeschäfte	0	0
Andere	44	35
<b>Eigenkapitalinstrumente</b>	<b>544</b>	<b>523</b>
Kreditinstitute	73	88
Sonstige Finanzunternehmen	134	137
Nicht-Finanzunternehmen	337	299
<b>Schuldverschreibungen</b>	<b>3.003</b>	<b>3.330</b>
Zentralbanken	0	5
Regierungen	2.555	2.827
Kreditinstitute	387	411
Sonstige Finanzunternehmen	11	9
Nicht-Finanzunternehmen	49	78
<b>Gesamt</b>	<b>7.027</b>	<b>7.230</b>

Innerhalb des Postens finanzielle Vermögenswerte – Held for Trading betragen die als Sicherheit gestellten Wertpapiere, zu deren Verkauf oder Verpfändung der Empfänger berechtigt ist, € 270 Millionen (Vorjahr: € 64 Millionen). Der Rückgang der Schuldverschreibungen ist im Wesentlichen auf Handelsaktivitäten sowie auf Marktbewertungen von Staatsanleihen in der Konzernzentrale zurückzuführen.

### Derivative Finanzinstrumente

31.3.2026 in € Millionen	Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva
<b>Handelsbuch</b>	<b>220.866</b>	<b>3.331</b>	<b>-2.962</b>
Zinssatzverträge	151.468	2.184	-2.262
Eigenkapitalverträge	4.827	561	-220
Wechselkurs- und Goldverträge	56.881	453	-372
Kreditverträge	4.589	89	-105
Waretermingeschäfte	29	0	0
Andere	3.071	44	-2
<b>Bankbuch</b>	<b>22.879</b>	<b>150</b>	<b>-106</b>
Zinssatzverträge	18.338	122	-42
Wechselkurs- und Goldverträge	4.541	27	-64
Kreditverträge	0	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>243.745</b>	<b>3.480</b>	<b>-3.068</b>
OTC-Produkte	241.512	3.466	-3.032
Börsengehandelte Produkte	2.233	14	-36

31.12.2025 in € Millionen	Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva
<b>Handelsbuch</b>	<b>199.602</b>	<b>3.203</b>	<b>-2.701</b>
Zinssatzverträge	141.690	2.149	-2.195
Eigenkapitalverträge	4.858	590	-142
Wechselkurs- und Goldverträge	48.265	402	-317
Kreditverträge	1.626	27	-41
Waretermingeschäfte	25	0	-1
Andere	3.139	35	-5
<b>Bankbuch</b>	<b>18.142</b>	<b>175</b>	<b>-85</b>
Zinssatzverträge	13.136	137	-56
Wechselkurs- und Goldverträge	5.006	37	-28
Kreditverträge	0	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>217.744</b>	<b>3.377</b>	<b>-2.785</b>
OTC-Produkte	215.803	3.369	-2.759
Börsengehandelte Produkte	1.941	8	-26

**(21) Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading**

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
<b>Derivate</b>	<b>3.068</b>	<b>2.785</b>
Zinssatzverträge	2.304	2.251
Eigenkapitalverträge	220	142
Wechselkurs- und Goldverträge	436	346
Kreditverträge	105	41
Warentermingeschäfte	0	1
Andere	2	5
<b>Short-Positionen</b>	<b>1.289</b>	<b>1.310</b>
Eigenkapitalinstrumente	4	0
Schuldverschreibungen	1.284	1.310
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>	<b>7.061</b>	<b>6.986</b>
Hybride Verträge	6.988	6.986
Sonstige verbiefte Verbindlichkeiten	73	0
davon nicht wandelbar	73	0
<b>Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten</b>	<b>1</b>	<b>1</b>
<b>Gesamt</b>	<b>11.419</b>	<b>11.082</b>

**(22) Hedge Accounting und Fair-Value Anpassungen aus Portfolio-Fair-Value-Hedges**

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
<b>Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Fair-Value-Hedge</b>	<b>495</b>	<b>438</b>
Zinssatzverträge	495	438
<b>Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Cash-Flow-Hedge</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Zinssatzverträge	0	0
<b>Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Net Investment Hedge</b>	<b>3</b>	<b>0</b>
<b>Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Portfolio Hedge</b>	<b>690</b>	<b>660</b>
Cash-Flow Hedge	134	125
Fair Value Hedge	555	535
<b>Gesamt</b>	<b>1.188</b>	<b>1.098</b>

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	-573	-372
<b>Gesamt</b>	<b>-573</b>	<b>-372</b>

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
<b>Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Fair-Value-Hedge</b>	<b>272</b>	<b>293</b>
Zinssatzverträge	272	293
<b>Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Cash-Flow-Hedge</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Zinssatzverträge	0	0
<b>Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Net Investment Hedge</b>	<b>5</b>	<b>17</b>
<b>Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Portfolio Hedge</b>	<b>690</b>	<b>632</b>
Cash-Flow Hedge	65	72
Fair Value Hedge	625	560
<b>Gesamt</b>	<b>968</b>	<b>942</b>

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	-568	-343
<b>Gesamt</b>	<b>-568</b>	<b>-343</b>

31.3.2026 in € Millionen	Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva
<b>Absicherungsinstrumente</b>	<b>85.714</b>	<b>1.188</b>	<b>-968</b>
Zinssatzverträge	84.357	1.184	-960
Wechselkurs- und Goldverträge	1.357	4	-8
<b>Gesamt</b>	<b>85.714</b>	<b>1.188</b>	<b>-968</b>

31.12.2025 in € Millionen	Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva
<b>Absicherungsinstrumente</b>	<b>83.642</b>	<b>1.098</b>	<b>-942</b>
Zinssatzverträge	82.271	1.095	-923
Wechselkurs- und Goldverträge	1.371	3	-19
<b>Gesamt</b>	<b>83.642</b>	<b>1.098</b>	<b>-942</b>

## (23) Erläuterungen Fair Value von Finanzinstrumenten

Die in der Bilanz zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente werden in den folgenden Tabellen nach Bilanzposten gegliedert dargestellt.

Aktiva in € Millionen	31.3.2026			31.12.2025		
	Level I	Level II	Level III	Level I	Level II	Level III
<b>Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading</b>	<b>3.376</b>	<b>3.631</b>	<b>20</b>	<b>3.685</b>	<b>3.524</b>	<b>21</b>
Derivate	6	3.475	0	2	3.376	0
Eigenkapitalinstrumente	524	2	18	502	1	20
Schuldverschreibungen	2.846	155	2	3.181	147	2
<b>Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss</b>	<b>372</b>	<b>10</b>	<b>1.070</b>	<b>357</b>	<b>12</b>	<b>979</b>
Eigenkapitalinstrumente	1	2	0	1	3	0
Schuldverschreibungen	371	8	48	356	9	44
Kredite und Forderungen	0	0	1.022	0	0	934
<b>Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss</b>	<b>188</b>	<b>9</b>	<b>0</b>	<b>198</b>	<b>10</b>	<b>0</b>
Schuldverschreibungen	188	9	0	198	10	0
<b>Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income</b>	<b>3.450</b>	<b>724</b>	<b>283</b>	<b>3.350</b>	<b>854</b>	<b>281</b>
Eigenkapitalinstrumente	30	1	200	33	1	197
Schuldverschreibungen	3.420	723	83	3.317	854	84
<b>Hedge Accounting</b>	<b>0</b>	<b>1.188</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1.098</b>	<b>0</b>

Passiva in € Millionen	31.3.2026			31.12.2025		
	Level I	Level II	Level III	Level I	Level II	Level III
<b>Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading</b>	<b>1.263</b>	<b>10.156</b>	<b>0</b>	<b>1.309</b>	<b>9.774</b>	<b>0</b>
Derivate	2	3.067	0	3	2.782	0
Short-Positionen	1.260	29	0	1.305	6	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	7.061	0	0	6.986	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	1	0	0	1	0	0
<b>Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss</b>	<b>0</b>	<b>969</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1.061</b>	<b>0</b>
Einlagen	0	35	0	0	40	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	934	0	0	1.020	0
<b>Hedge Accounting</b>	<b>0</b>	<b>968</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>942</b>	<b>0</b>

## Bewegungen von zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten zwischen Level I und Level II

Bei den Verschiebungen von Level II zu Level I handelte es sich um Schuldverschreibungen in Höhe von € 90 Millionen, für die zum Stichtag Marktwerte zur Verfügung standen. Zum Beispiel wurde anstelle des BVAL-Wertes (Bloomberg Evaluation) der BGN-Wert (Bloomberg Generic Price) herangezogen. Es kam zu keinen wesentlichen Verschiebungen von Level I zu Level II.

## Bewegungen von zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten in Level III

Der Gesamtbestand an Level-III-Vermögenswerten erhöhte sich in der Berichtsperiode um netto € 92 Millionen. Bei den Finanzinstrumenten, die verpflichtend zum Fair Value bilanziert werden müssen, kam es zu einer Erhöhung um netto € 91 Millionen, im Wesentlichen durch Neuzugänge in Ungarn.

Aktiva in € Millionen	Stand 1.1.2026	Änderung Konsolidierungskreis	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	21	0	0	13	-15
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	979	0	0	115	-13
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	281	0	0	0	-1
<b>Gesamt</b>	<b>1.281</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>128</b>	<b>-29</b>

Aktiva in € Millionen	Erfolg in GuV	davon unrealisierte Erträge/Aufwendungen in der Erfolgsrechnung	Erfolg im sonstigen Ergebnis	Transfer in Level III	Transfer aus Level III	Stand 31.3.2026
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	0	0	0	0	0	20
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	-10	-13	0	0	0	1.070
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	0	0	3	0	0	283
<b>Gesamt</b>	<b>-10</b>	<b>-13</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1.373</b>

## Qualitative Informationen zur Bewertung von Level-III-Finanzinstrumenten

Aktiva	Marktwert in € Millionen <sup>1</sup>	Bewertungsmethode	Wesentliche nicht beobachtbare Input-Faktoren	Umfang der nicht beobachtbaren Input-Faktoren
<b>31.3.2026</b>				
<b>Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading</b>	<b>20</b>			
Eigenkapitalanlagen, Mezzanine-Kapital, Ergänzungskapital	18	Indicative Prices (Richtpreise), Alternative Anlagen	-	-
Staatsanleihen, festverzinsliche Anleihen	2	DCF-Verfahren	Credit Spread; (Auktions-) Zinskurve	2,36 - 13,41 %
Devisentermingeschäfte	0	DCF-Verfahren	Zinskurve	10 - 30 %
<b>Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss</b>	<b>1.070</b>			
Sonstige Beteiligungen	0	Vereinfachte Kapitalwertmethode	-	-
Schuldverschreibungen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	48	Nettovermögenswert Marktpreisindikation	(Auktions-) Preis	-
		Retail: DCF-Verfahren (Black-Scholes, Vorfälligkeitsoptionen, Widerrufsmöglichkeit usw.)	Spread (Neugeschäft)	1,22 - 3,58 % über alle Währungen
		Non-Retail: DCF-Verfahren/ Optionsbewertung	Funding-Kurven (Liquiditätskosten)	-0,04 - 2,35 % über alle Währungen
		(Black-Scholes (shifted) Model; Hull-White Trinominal Tree)	Kreditrisikoprämie (CDS-Kurven)	0,11 - 8,06 % (abhängig vom Rating: von A bis CCC)
Kredite	1.022			
<b>Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income</b>	<b>283</b>			
Sonstige Beteiligungen	69	Dividend Discount Model Vereinfachte Ertragswertmethode DCF-Verfahren	Credit Spread Cash-Flow Diskontierungszinssatz Dividenden Beta-Faktor	-
Sonstige Beteiligungen	60	Adjusted Net Asset Value Methode	Angepasstes Eigenkapital	-
Sonstige Beteiligungen	71	Multiplikatormethode Transaktionspreis Anschaffungskosten Kostenannäherung Bewertungsgutachten Kostenansatz abzüglich Wertminderung	-	-
Staatsanleihen, Kommunalschuldverschreibungen	83	DCF-Verfahren	Zinskurve	-
<b>Gesamt</b>	<b>1.373</b>			

<sup>1</sup> Werte, die mit 0 angegeben werden, enthalten Marktwerte unter einer halben Million €.

# Sonstige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie Eigenkapital

## (24) Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
Anteile an verbundenen Unternehmen	214	222
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	702	721
<b>Gesamt</b>	<b>916</b>	<b>944</b>

## (25) Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
<b>Sachanlagen</b>	<b>1.744</b>	<b>1.729</b>
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	479	484
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	367	370
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	368	336
Sonstige vermietete Leasinganlagen	158	161
Nutzungsrechte	372	378
<b>Immaterielle Vermögenswerte</b>	<b>1.113</b>	<b>1.108</b>
Software	1.018	1.011
Firmenwerte	38	38
Marke	1	1
Kundenbeziehungen	6	7
Kerneinlagen	36	38
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	14	13
<b>Gesamt</b>	<b>2.857</b>	<b>2.837</b>

## (26) Sonstige Aktiva

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
Rechnungsabgrenzungen	426	395
Vorräte und Aufwendungen für noch nicht abrechenbare Leistungen	252	168
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	3	4
Übrige Aktiva	1.100	781
<b>Gesamt</b>	<b>1.781</b>	<b>1.348</b>

## (27) Rückstellungen

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
<b>Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken</b>	<b>224</b>	<b>219</b>
Sonstige erteilte Zusagen und Garantien gemäß IFRS 9	222	219
Sonstige erteilte Zusagen und Garantien gemäß IAS 37	2	0
<b>Personalrückstellungen</b>	<b>433</b>	<b>525</b>
Pensionen und andere Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	144	145
Andere langfristig fällige Leistungen an Mitarbeiter	38	38
Bonuszahlungen	244	336
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	7	7
<b>Andere Rückstellungen</b>	<b>1.606</b>	<b>1.930</b>
Anhängige Rechts- und Steuerfälle	1.401	1.716
Restrukturierung	1	3
Belastende Verträge	56	57
Sonstige Rückstellungen	148	154
<b>Gesamt</b>	<b>2.263</b>	<b>2.675</b>

Der Rückgang im Posten Anhängige Rechts- und Steuerfälle resultierte aus dem beinahe vollständigen Verbrauch der im Jahr 2025 gebildeten Rückstellung in Höhe von € 339 Millionen, für den zweiten Rechtsstreit von Rasperia gegen STRABAG SE und

deren österreichische Kernaktionäre. Details zu den Rückstellungen für anhängige Rechts- und Steuerfälle sind unter Punkt (38) Offene Rechtsfälle ersichtlich.

## (28) Sonstige Passiva

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
Verbindlichkeiten für unverbrauchte Urlaube	88	73
Verbindlichkeiten aus Versicherungsaktivitäten	272	261
Rechnungsabgrenzungsposten	533	547
Übrige Passiva	894	713
<b>Gesamt</b>	<b>1.787</b>	<b>1.594</b>

## (29) Eigenkapital und nicht beherrschende Anteile

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
Konzern-Eigenkapital	19.895	19.452
Gezeichnetes Kapital	1.001	1.001
Kapitalrücklagen	4.987	4.986
Gewinnrücklagen	17.592	17.127
davon Konzernergebnis	470	1.371
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	-3.685	-3.661
Kapital nicht beherrschender Anteile	1.326	1.386
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	1.890	1.625
<b>Gesamt</b>	<b>23.110</b>	<b>22.463</b>

Zum 31. März 2026 betrug das Grundkapital der RBI AG gemäß Satzung € 1.003 Millionen und bestand aus 328.939.621 nennwertlosen Stückaktien (Inhaberaktien). Nach Abzug der im Eigenbestand befindlichen 602.031 Aktien betrug das ausgewiesene gezeichnete Kapital € 1.001 Millionen.

# Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

## (30) Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
Erteilte Kreditzusagen	43.515	42.664
Erteilte Finanzgarantien	10.235	10.034
Sonstige erteilte Zusagen	6.048	5.609
<b>Gesamt</b>	<b>59.798</b>	<b>58.307</b>
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-222	-219

Zusätzlich zu den dargestellten Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9 wurden Rückstellungen für sonstige erteilte Zusagen gemäß IAS 37 in Höhe von € 2 Millionen gebildet (Vorjahr: € 1 Million).

Nominalwert und Rückstellungen für die außerbilanziellen Verbindlichkeiten aus Zusagen und Finanzgarantien nach IFRS 9 nach Gegenparteien und Stages – in Übereinstimmung mit § 51 Abs 13 BWG:

in € Millionen	Nominalwert			Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9			ECL Coverage Ratio		
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	-	-	-
Regierungen	733	55	0	-1	0	0	0,1 %	0,7 %	95,0 %
Kreditinstitute	2.955	98	0	0	0	0	0,0 %	0,1 %	-
Sonstige Finanzunternehmen	7.148	538	6	-5	-4	-2	0,1 %	0,8 %	40,9 %
Nicht-Finanzunternehmen	34.373	5.627	184	-57	-95	-25	0,2 %	1,7 %	13,7 %
Haushalte	7.124	939	19	-11	-8	-13	0,2 %	0,8 %	70,9 %
<b>Gesamt</b>	<b>52.333</b>	<b>7.257</b>	<b>208</b>	<b>-74</b>	<b>-107</b>	<b>-41</b>	<b>0,1 %</b>	<b>1,5 %</b>	<b>19,6 %</b>

in € Millionen	Nominalwert			Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9			ECL Coverage Ratio		
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	-	-	-
Regierungen	535	54	0	0	0	0	0,1 %	0,5 %	95,1 %
Kreditinstitute	2.637	136	0	0	0	0	0,0 %	0,1 %	-
Sonstige Finanzunternehmen	7.063	531	4	-4	-5	0	0,1 %	0,9 %	0,1 %
Nicht-Finanzunternehmen	34.466	4.888	128	-56	-86	-36	0,2 %	1,8 %	28,2 %
Haushalte	6.959	887	20	-11	-6	-14	0,2 %	0,7 %	69,6 %
<b>Gesamt</b>	<b>51.660</b>	<b>6.496</b>	<b>151</b>	<b>-72</b>	<b>-97</b>	<b>-50</b>	<b>0,1 %</b>	<b>1,5 %</b>	<b>33,0 %</b>

## Entwicklung der Rückstellungen auf erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen:

in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
<b>Stand 1.1.2026</b>	<b>72</b>	<b>97</b>	<b>50</b>	<b>219</b>
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	12	3	2	17
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-4	-4	-4	-11
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-6	11	-7	-2
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Wechselkurse und andere	0	0	0	0
<b>Stand 31.3.2026</b>	<b>74</b>	<b>107</b>	<b>41</b>	<b>222</b>

	Stage 1 Erwarteter 12- Monats-Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
<b>in € Millionen</b>				
<b>Stand 1.1.2025</b>	<b>70</b>	<b>56</b>	<b>56</b>	<b>182</b>
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	16	4	2	21
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-7	-4	-4	-14
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-10	-1	-5	-15
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Wechselkurse und andere	0	1	2	3
<b>Stand 31.3.2025</b>	<b>69</b>	<b>57</b>	<b>51</b>	<b>178</b>

## Nominalwerte der außerbilanziellen Verpflichtungen nach Rating-Kategorien und Stages:

31.3.2026	Stage 1 Erwarteter 12- Monats-Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
<b>in € Millionen</b>				
Exzellent	1.783	205	0	1.988
Sehr gut	17.659	1.069	0	18.728
Gut	24.621	3.068	0	27.689
Zufriedenstellend	7.291	2.434	0	9.725
Unterdurchschnittlich	395	241	0	636
Wertgemindert	0	0	207	207
Nicht geratet	584	240	1	825
<b>Nominalwert</b>	<b>52.333</b>	<b>7.257</b>	<b>208</b>	<b>59.798</b>
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-74	-107	-41	-222
<b>Nominalwert nach Rückstellungen</b>	<b>52.259</b>	<b>7.150</b>	<b>168</b>	<b>59.576</b>

31.12.2025	Stage 1 Erwarteter 12- Monats-Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
<b>in € Millionen</b>				
Exzellent	837	218	0	1.055
Sehr gut	17.625	1.167	0	18.792
Gut	25.035	2.349	0	27.384
Zufriedenstellend	7.083	2.231	0	9.315
Unterdurchschnittlich	397	325	0	722
Wertgemindert	0	0	150	150
Nicht geratet	683	205	1	889
<b>Nominalwert</b>	<b>51.660</b>	<b>6.496</b>	<b>151</b>	<b>58.307</b>
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-72	-97	-50	-219
<b>Nominalwert nach Rückstellungen</b>	<b>51.589</b>	<b>6.399</b>	<b>101</b>	<b>58.088</b>

Die Kategorie nicht geratet beinhaltet außerbilanzielle Verpflichtungen für einige Privatkund:innen, für die keine Ratings verfügbar sind und die Einstufung daher auf qualitativen Faktoren basiert.

## (31) Zukunftsorientierte Informationen

Nachstehend sind die wichtigsten makroökonomischen Annahmen der wesentlichsten Länder, die für Schätzungen der erwarteten Kreditverluste am Ende des Quartals verwendet wurden, angegeben. (Quelle: Raiffeisen Research, Februar 2026, exklusive Ukraine)

		Reales BIP			Arbeitslosigkeit		
		2026	2027	2028	2026	2027	2028
Kroatien	Positives Szenario	4,0 %	3,7 %	3,4 %	4,0 %	4,1 %	4,2 %
	Basis	2,6 %	2,5 %	2,5 %	4,8 %	4,8 %	4,7 %
	Negatives Szenario	0,3 %	0,5 %	1,1 %	6,6 %	6,4 %	5,8 %
Österreich	Positives Szenario	1,8 %	2,0 %	1,5 %	5,4 %	5,2 %	4,9 %
	Basis	1,0 %	1,3 %	1,0 %	5,5 %	5,3 %	5,0 %
	Negatives Szenario	-0,3 %	0,2 %	0,2 %	5,8 %	5,6 %	5,2 %
Polen	Positives Szenario	4,2 %	3,7 %	3,3 %	4,5 %	4,5 %	4,4 %
	Basis	3,5 %	3,1 %	2,9 %	5,5 %	5,4 %	5,0 %
	Negatives Szenario	2,4 %	2,1 %	2,2 %	7,8 %	7,4 %	6,4 %
Russland	Positives Szenario	2,2 %	2,0 %	1,7 %	3,1 %	3,2 %	3,3 %
	Basis	0,9 %	0,9 %	0,9 %	3,5 %	3,5 %	3,5 %
	Negatives Szenario	-1,2 %	-1,0 %	-0,4 %	4,4 %	4,3 %	4,0 %
Rumänien	Positives Szenario	2,5 %	3,6 %	3,5 %	5,5 %	5,2 %	4,8 %
	Basis	1,3 %	2,5 %	2,7 %	5,8 %	5,4 %	5,0 %
	Negatives Szenario	-0,8 %	0,7 %	1,4 %	6,4 %	5,9 %	5,4 %
Serbien	Positives Szenario	3,7 %	3,9 %	4,1 %	8,1 %	7,7 %	7,9 %
	Basis	2,8 %	3,0 %	3,5 %	9,0 %	8,5 %	8,5 %
	Negatives Szenario	1,1 %	1,6 %	2,5 %	11,1 %	10,3 %	9,8 %
Slowakei	Positives Szenario	2,6 %	2,6 %	2,7 %	4,9 %	5,0 %	5,1 %
	Basis	1,5 %	1,7 %	2,0 %	5,5 %	5,5 %	5,5 %
	Negatives Szenario	-0,3 %	0,1 %	0,9 %	7,1 %	6,9 %	6,5 %
Tschechien	Positives Szenario	3,1 %	3,4 %	3,0 %	4,3 %	4,2 %	4,2 %
	Basis	2,2 %	2,6 %	2,4 %	4,6 %	4,5 %	4,4 %
	Negatives Szenario	0,6 %	1,2 %	1,4 %	5,3 %	5,1 %	4,9 %
Ungarn	Positives Szenario	2,8 %	3,2 %	2,8 %	4,1 %	4,4 %	4,4 %
	Basis	1,8 %	2,3 %	2,2 %	4,6 %	4,8 %	4,7 %
	Negatives Szenario	0,1 %	0,8 %	1,1 %	5,7 %	5,8 %	5,4 %

		Langfristiger Anleihezinssatz			Immobilienpreise		
		2026	2027	2028	2026	2027	2028
Kroatien	Positives Szenario	2,4 %	2,6 %	2,9 %	7,6 %	6,8 %	5,4 %
	Basis	3,3 %	3,4 %	3,3 %	3,0 %	2,8 %	2,5 %
	Negatives Szenario	4,3 %	4,2 %	3,9 %	0,9 %	0,9 %	1,2 %
Österreich	Positives Szenario	2,3 %	2,5 %	2,7 %	4,9 %	5,1 %	4,5 %
	Basis	3,2 %	3,3 %	3,3 %	2,5 %	3,0 %	3,0 %
	Negatives Szenario	4,1 %	4,1 %	3,8 %	1,4 %	2,0 %	2,3 %
Polen	Positives Szenario	3,3 %	2,7 %	3,0 %	5,9 %	6,1 %	3,4 %
	Basis	4,6 %	3,8 %	3,8 %	2,3 %	3,0 %	1,2 %
	Negatives Szenario	5,8 %	4,9 %	4,5 %	0,6 %	1,5 %	0,1 %
Russland	Positives Szenario	11,5 %	9,5 %	9,5 %	23,1 %	13,8 %	11,3 %
	Basis	12,8 %	10,6 %	10,3 %	13,0 %	5,0 %	5,0 %
	Negatives Szenario	13,9 %	11,7 %	11,0 %	8,3 %	0,9 %	2,1 %
Rumänien	Positives Szenario	5,4 %	4,7 %	4,2 %	7,5 %	7,1 %	6,2 %
	Basis	6,5 %	5,7 %	4,9 %	4,0 %	4,0 %	4,0 %
	Negatives Szenario	7,6 %	6,6 %	5,6 %	2,4 %	2,6 %	3,0 %
Serbien	Positives Szenario	4,0 %	3,9 %	3,9 %	10,3 %	9,6 %	7,6 %
	Basis	4,7 %	4,5 %	4,4 %	4,5 %	4,5 %	4,0 %
	Negatives Szenario	5,3 %	5,0 %	4,7 %	1,8 %	2,1 %	2,3 %
Slowakei	Positives Szenario	2,5 %	2,5 %	2,6 %	14,6 %	9,9 %	7,5 %
	Basis	3,1 %	3,0 %	2,9 %	9,0 %	5,0 %	4,0 %
	Negatives Szenario	4,5 %	4,2 %	3,9 %	6,4 %	2,7 %	2,4 %
Tschechien	Positives Szenario	3,9 %	4,0 %	4,1 %	12,8 %	8,7 %	7,7 %
	Basis	4,8 %	4,8 %	4,7 %	8,5 %	5,0 %	5,0 %
	Negatives Szenario	5,7 %	5,6 %	5,3 %	6,5 %	3,3 %	3,8 %
Ungarn	Positives Szenario	5,1 %	4,9 %	4,9 %	11,3 %	9,2 %	7,8 %
	Basis	6,3 %	6,0 %	5,7 %	6,0 %	4,5 %	4,5 %
	Negatives Szenario	7,3 %	6,9 %	6,3 %	3,5 %	2,3 %	3,0 %

		Verbraucherpreisindex			Kurzfristiger Zinssatz		
		2026	2027	2028	2026	2027	2028
Kroatien	Positives Szenario	2,2 %	1,6 %	1,5 %	1,7 %	1,9 %	2,1 %
	Basis	3,0 %	2,3 %	2,0 %	2,1 %	2,3 %	2,3 %
	Negatives Szenario	3,9 %	3,1 %	2,6 %	2,8 %	2,9 %	2,8 %
Österreich	Positives Szenario	1,9 %	1,8 %	1,8 %	1,7 %	1,9 %	2,1 %
	Basis	2,5 %	2,3 %	2,2 %	2,1 %	2,3 %	2,3 %
	Negatives Szenario	3,2 %	2,9 %	2,6 %	2,8 %	2,9 %	2,8 %
Polen	Positives Szenario	1,7 %	1,8 %	2,0 %	2,4 %	2,3 %	2,4 %
	Basis	2,8 %	2,7 %	2,7 %	3,3 %	3,1 %	3,0 %
	Negatives Szenario	4,1 %	4,5 %	4,7 %	5,1 %	4,7 %	4,1 %
Russland	Positives Szenario	3,9 %	2,9 %	3,0 %	12,2 %	7,9 %	7,6 %
	Basis	5,4 %	4,2 %	4,0 %	13,2 %	8,7 %	8,2 %
	Negatives Szenario	7,3 %	5,8 %	5,2 %	15,0 %	10,3 %	9,3 %
Rumänien	Positives Szenario	5,8 %	2,3 %	2,0 %	4,9 %	4,1 %	3,4 %
	Basis	6,9 %	3,3 %	2,7 %	5,7 %	4,7 %	3,9 %
	Negatives Szenario	8,2 %	4,5 %	3,5 %	7,2 %	6,0 %	4,8 %
Serbien	Positives Szenario	2,4 %	2,5 %	2,0 %	3,4 %	3,4 %	3,2 %
	Basis	3,6 %	3,6 %	2,8 %	4,7 %	4,5 %	4,0 %
	Negatives Szenario	5,1 %	4,9 %	3,7 %	7,3 %	6,7 %	5,6 %
Slowakei	Positives Szenario	2,6 %	2,4 %	1,6 %	1,7 %	1,9 %	2,1 %
	Basis	3,7 %	3,4 %	2,3 %	2,1 %	2,3 %	2,3 %
	Negatives Szenario	5,0 %	4,6 %	3,1 %	2,8 %	2,9 %	2,8 %
Tschechien	Positives Szenario	1,1 %	1,5 %	2,0 %	3,0 %	3,0 %	2,9 %
	Basis	2,1 %	2,4 %	2,6 %	3,6 %	3,9 %	4,0 %
	Negatives Szenario	3,3 %	3,4 %	3,3 %	4,4 %	4,6 %	4,5 %
Ungarn	Positives Szenario	2,2 %	2,4 %	1,7 %	5,0 %	4,3 %	3,9 %
	Basis	3,4 %	3,5 %	2,5 %	5,9 %	5,0 %	4,5 %
	Negatives Szenario	4,9 %	4,8 %	3,4 %	7,6 %	6,6 %	5,6 %

Den einzelnen Szenarien wurden per Quartalsende folgende Gewichtungen zugeteilt: Positives Szenario 25 Prozent, Basis-Szenario 50 Prozent, negatives Szenario 25 Prozent.

Aufgrund des andauernden Krieges wurde für die Ukraine das optimistische Szenario nicht miteinbezogen. Des weiteren basiert das pessimistische Szenario nicht auf dem mathematischen Ansatz, der von Raiffeisen Research veröffentlicht wird, sondern auf einer narrativen Darstellung und wird mit 50 Prozent gewichtet. Da für die Ukraine historische Daten nicht repräsentativ sind beziehungsweise aufgrund der aktuellen Umstände teilweise nicht zur Verfügung stehen, wurden in die ukrainische ECL-Berechnung ein abgeleitetes reales BIP und ein abgeleiteter kurzfristiger Zinssatz als makroökonomische Inputparameter einbezogen.

		Reales BIP			Kurzfristiger Zinssatz		
		2026	2027	2028	2026	2027	2028
Ukraine	Positives Szenario	–	–	–	–	–	–
	Basis	3,0 %	4,5 %	4,0 %	14,4 %	11,1 %	8,8 %
	Negatives Szenario	-13,2 %	-8,6 %	-3,0 %	25,0 %	22,0 %	17,0 %

## Management Overlays

In Situationen, in denen die bestehenden Input-Parameter, Annahmen und Modellierungen nicht alle relevanten neuartigen Risikofaktoren abdecken, stellen Management Overlays eine praktikable Lösung dar, um eine angemessene Risikovorsorge trotz unzureichender historischer Daten sicherzustellen. Dies ist grundsätzlich dann der Fall, wenn vorübergehende Umstände, zeitliche Engpässe, um relevante neue Informationen angemessen in das Rating einzubeziehen, vorliegen und wenn sich einzelne Kredite innerhalb eines Kreditportfolios anders als ursprünglich erwartet entwickeln. Durch die gegebene Situation, insbesondere dem Krieg in der Ukraine, und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Verwerfungen ist es notwendig, zusätzliche Risiken in den Wertminderungen abzubilden. All diese Anpassungen werden lokal von den Tochterunternehmen beschlossen und zentral durch das Group Risk Committee (GRC) freigegeben. Es kommt zu portfoliospezifischen Anpassungen aufgrund des Kriegs und der damit einhergehenden Sanktionen, die in der Kategorie geopolitisches Risiko dargestellt werden. Ihre Anwendungsdauer ist zeitlich begrenzt, oft für die Dauer spezifischer wirtschaftlicher Krisen oder bis Modelle angepasst werden. Ihre Anwendung wird quartalsweise geprüft.

Für die zentralen Modelle im Bereich der Firmenkunden wird das zusätzliche Risiko durch die Anwendung von In-Model Adjustments (Parameteranpassungen innerhalb des Modells) berücksichtigt. Diese Anpassungen können an verschiedenen Modellparametern vorgenommen werden, wie z. B. den IFRS 9 PD-Kurven, künftigen Exposure-Profilen, der LGD etc. Die Bestimmungen für die Anwendung von In-Model Adjustments sind klar geregelt und umfassen, unter anderem, erweiterte Anforderungen an den Nachweis des neuartigen Risikofaktors, eine Analyse potenzieller Überschneidungen mit bestehenden IFRS 9-Parametern und dem Kreditrisiko-Rating, eine detaillierte Dokumentation und eine starke Governance. Falls das In-Model Adjustments die angewandte PD erhöht, wird dieser höhere Wert auch für die Staging-Entscheidung herangezogen. Die Modellanpassungen unterliegen regelmäßigen Überprüfungen, mindestens jedoch auf vierteljährlicher Basis. Ein In-Model Adjustments bleibt so lange in Kraft, wie der identifizierte neuartige Risikofaktor fortbesteht und durch die bestehenden Modelle nicht vollständig abgebildet wird.

Im Retail Segment wurden ebenfalls In-Model Adjustments implementiert, sofern diese als geeignet angesehen wurden. Dennoch blieben Post-Model Adjustments der vorherrschende Ansatz zur Adressierung neu auftretender Risiken. Diese Overlays werden zusätzlich zu den bestehenden Modellen angewandt, um die erwarteten Kreditverluste zu berechnen. Obwohl Post-Model Adjustments als temporäre Maßnahmen betrachtet werden - mit einer üblichen Gültigkeit von ein bis zwei Jahren -, dienen sie als Schutzmaßnahme gegen potenzielle Verzerrungen. Sofern die identifizierten Risiken über einen längeren Horizont fortbestehen, werden sie durch Modellaktualisierungen oder Anpassungen der Modell-Inputs (einschließlich In-Model Adjustments) adressiert. Damit wird sichergestellt, dass die Modelle das sich entwickelnde Risikoprofil angemessen erfassen.

Die Overlays sind in nachfolgender Tabelle nach den relevanten Kategorien dargestellt.

31.3.2026	Modellierter ECL	Non-Retail Overlays		Retail Overlays		Gesamt
		Makroökonomisches Risiko	Geopolitisches Risiko	Makroökonomisches Risiko	Geopolitisches Risiko	
in € Millionen						
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0
Regierungen	90	0	9	0	0	99
Kreditinstitute	2	0	0	0	0	2
Sonstige Finanzunternehmen	18	11	0	0	0	29
Nicht-Finanzunternehmen	240	220	73	10	2	545
Haushalte	267	1	0	70	8	346
<b>Gesamt</b>	<b>618</b>	<b>232</b>	<b>81</b>	<b>81</b>	<b>9</b>	<b>1.021</b>

31.12.2025	Modellierter ECL	Non-Retail Overlays		Retail Overlays		Gesamt
		Makroökonomisches Risiko	Geopolitisches Risiko	Makroökonomisches Risiko	Geopolitisches Risiko	
in € Millionen						
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0
Regierungen	80	0	8	0	0	89
Kreditinstitute	2	0	0	0	0	2
Sonstige Finanzunternehmen	19	8	0	0	0	26
Nicht-Finanzunternehmen	215	226	73	10	1	524
Haushalte	247	1	0	79	7	335
<b>Gesamt</b>	<b>563</b>	<b>235</b>	<b>81</b>	<b>89</b>	<b>8</b>	<b>976</b>

Zusätzlich zu dem modellierten ECL (vor In-Model Adjustments) wurden Overlays in Stage 1 und Stage 2 in Höhe von € 403 Millionen (Vorjahr: € 413 Millionen) berücksichtigt. Davon entfielen € 90 Millionen (Vorjahr: € 89 Millionen) auf die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und € 313 Millionen (Vorjahr: € 324 Millionen) auf makroökonomische Risiken (Spill-Over-Effekte und sonstige).

In den Spill-Over Effekten wurde ein Betrag in Höhe von € 19 Millionen (Vorjahr: € 18 Millionen) aufgrund von Klimarisiken gebucht. Davon betreffen € 14 Millionen (Vorjahr: € 14 Millionen) Firmenkunden und € 5 Millionen (Vorjahr: € 4 Millionen) Retail-Kunden.

## Non-Retail Overlays

Für Firmenkunden wurden zusätzliche Wertminderungen in Höhe von € 232 Millionen (Vorjahr: € 235 Millionen) für makroökonomische Effekte gebildet. Sie bilden Risiken ab, die über die länderspezifische Branchenmatrix hinausgehen. Unter diesen subsumieren sich sowohl globale wirtschaftspolitische Risiken wie zum Beispiel Zölle und Gegenzölle, als auch erwartete Herabstufungen von Unternehmen z. B. aufgrund höherer Energiepreise, einer erhöhten Inflation, von Engpässen in Lieferketten sowie geringerer Umsätze und höherer Kosten als Folge erhöhter Energiepreise.

In der Ukraine wurden für die Auswirkungen des Krieges € 81 Millionen (Vorjahr: € 81 Millionen) zusätzlich in Form von Management Overlays vorgesorgt. Diese zusätzlich gebildeten Vorsorgen ergaben sich aus der Modellierung einer anhaltenden Zerstörung der Infrastruktur sowie durch die fortgesetzte Bombardierung der betroffenen Gebiete.

Um Klima- und Umweltrisiken zu berücksichtigen wurde für Firmenkunden die Möglichkeit eines kurzfristigen außerplanmäßigen Szenarios in Betracht gezogen, in dem CO<sub>2</sub> Emissionen teurer werden und die Preise für fossile Energieträger höher sind. Bei einem diversifizierten Portfolio, wie dem der RBI, gleichen sich die Auswirkungen zwar weitgehend aus, in einigen Sektoren besteht jedoch ein erhöhtes Risiko. Dabei handelt es sich um Sektoren mit Kund:innen, die ein niedriges Umwelt Score in den ESG Scoring Modellen aufweisen, wie z. B. die Öl- und Gasindustrie und das Baugewerbe. Höhere Ausfallwahrscheinlichkeiten in diesen Sektoren führen zu einem Anstieg der erwarteten Kreditverluste.

## Retail Overlays

Während der letzten Jahre waren die Retail-Kund:innen einem zunehmenden Inflationsdruck ausgesetzt, der ihre Fähigkeit zur Deckung ihrer Kreditverpflichtungen beeinträchtigt hatte. Als Teil der IFRS-9-Regelungen gibt es sowohl auf Länder- als auch auf Produktebene, PD- und LGD-Modelle, die der Notwendigkeit dienen, diese hohen Risiken, die sich aus dem makroökonomischen Umfeld ergeben, zu adressieren. Für bestimmte Länder und Portfolios, bei denen die makroökonomischen Modelle den wichtigsten makroökonomischen Variablen (Inflation, Zinssätze, Arbeitslosigkeit usw.) entweder hinterherhinken oder die nicht Teil des Modells sind, werden für bestimmte Kundengruppen mit hohem Risiko zusätzliche Post-Model-Adjustments gebildet. Diese beinhalten eine qualitative Beurteilung der Kreditobligos im Hinblick auf einen signifikanten Anstieg des Kreditrisikos und ihre Übertragung von Stage 1 auf Stage 2, sowie in bestimmten Fällen eine Erhöhung der PD- und/oder LGD-Schätzungen. Die Kriterien für die Identifizierung solcher Kreditobligos basieren auf Informationen des Kreditantrags sowie des historischen Zahlungsverhaltens und werden in weiterer Folge durch gestresste makroökonomische Variablen verfeinert. Die Auflösung der Post-Model-Adjustments erfolgt entweder nach Materialisierung der Risiken durch Transfer der betroffenen Forderungen nach Stage 3 oder dem Nichteintritt der erwarteten Risiken.

Für das ukrainische Retail-Kundenportfolio, das seit Kriegsbeginn größtenteils in Stage 2 verschoben wurde, basiert die Bildung der Wertminderungen auf dem Urteil lokaler Experten, welches aus dem regelmäßigen Kontakt mit den einzelnen Kund:innen durch die Inkassoabteilung gewonnen wird. Des Weiteren finden strukturierte Kundengespräche statt, um über die Bedürfnisse und potenzielle Probleme, die die Rückzahlungsfähigkeit der Kund:innen beeinflussen könnten, auf dem Laufenden zu bleiben. Für Vermögenswerte und Kund:innen aus besetzten Regionen oder Gebieten, welche einem hohen Risiko von Feindseligkeiten oder Besetzungen ausgesetzt sind, wurden die Risikoparameter weiter nach oben angepasst, um die erwarteten künftigen Verluste auf der Grundlage der oben angeführten Erhebungen zu berücksichtigen.

## Sensitivitätsanalyse

Um eine Bandbreite für potenzielle Schätzungsänderungen und daraus geänderte Wertminderungen zu simulieren, wurden folgende Sensitivitätsanalysen der wichtigsten Annahmen, die sich auf die erwarteten Wertminderungen auswirken, wie folgt durchgeführt.

Die Sensitivitätsanalyse wurde durchgeführt, indem die Wertminderungen für erwartete Kreditverluste in den vorhandenen Modellen neu berechnet wurden. Die Risikofaktoren und Post-Model-Adjustments sind, bis auf die Stage-1-Simulationen, in allen Szenarien in vollem Umfang inkludiert und unterliegen keinen weiteren Anpassungen. Aufgrund der Komplexität des Modells schließen sich viele Treiber nicht gegenseitig aus.

Die nachstehende Tabelle zeigt einen Vergleich zwischen den ausgewiesenen kumulierten Wertminderungen für erwartete Kreditverluste für finanzielle Vermögenswerte in Stage 1 und Stage 2 (gewichtet mit 25 Prozent optimistischen, 50 Prozent Basis und 25 Prozent pessimistischen Szenarien) und den jeweils mit 100 Prozent gewichteten Szenarien. Optimistisches und pessimistisches Szenario stellen keine Extremfälle aus dem Ergebnisraum der 25 Prozent optimistischsten und pessimistischsten Szenarien dar, sondern einen ökonomisch plausiblen Repräsentanten daraus. Das bedeutet, dass sich diese Szenarien auf der Verteilungskurve um circa 25 Prozent respektive 75 Prozent befinden. Grundsätzlich werden bei den IFRS-9-spezifischen Schätzungen der Risikoparameter neben historischen Ausfallinformationen auch das aktuelle wirtschaftliche Umfeld berücksichtigt. Die Auswirkungen der Schätzungen aufgrund von makroökonomischen Prognosen werden in der zukunftsbezogenen Komponente dargestellt. Die Informationen dienen der Veranschaulichung.

31.3.2026		Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)		
in € Millionen	Simuliertes Szenario	Point-in-Time-Komponente	Zukunftsbezogene Komponente	
100 % Optimistisch	950	981	-32	
100 % Basis	984	981	3	
100 % Pessimistisch	1.156	981	175	
<b>Gewichteter Durchschnitt (25/50/25 %)</b>	<b>1.021</b>	<b>981</b>	<b>40</b>	

31.12.2025		Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)		
in € Millionen	Simuliertes Szenario	Point-in-Time-Komponente	Zukunftsbezogene Komponente	
100 % Optimistisch	904	993	-90	
100 % Basis	954	993	-39	
100 % Pessimistisch	1.080	993	87	
<b>Gewichteter Durchschnitt (25/50/25 %)</b>	<b>976</b>	<b>993</b>	<b>-18</b>	

Insgesamt sind die makroökonomischen Szenarien im Moment schlechter als der langjährige Durchschnitt, was zu einer Erhöhung der zukunftsbezogenen Komponente um € 40 Millionen führt.

Das positive Szenario, welches in der unten folgenden Tabelle dargestellt wird, folgt der Prämisse, dass alle Forderungen als Stage 1 klassifiziert werden und alle makroökonomischen und geopolitischen Risiken nicht relevant sind.

Anbei werden die Auswirkungen des Stage-Transfers auf die kumulierte Wertminderung für finanzielle Vermögenswerte unter der Annahme, dass alle kumulierten Wertminderungen auf der Grundlage der erwarteten Zwölf-Monats-Verluste bewertet werden (Stage 1), ausgewiesen.

in € Millionen	Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)	
	31.3.2026	31.12.2025
Kumulierte Wertminderungen wenn 100 % in Stage 1	577	514
Gewichteter Durchschnitt (25/50/25 %)	1.021	976
Zusätzliche Beträge in Stage 2 aufgrund von Staging und Overlays	444	461

Die Darstellung des Negativ-Szenarios geht davon aus, dass alle Forderungen als Stage 2 eingestuft werden. Folglich werden alle makroökonomischen und geopolitischen Risiken in dieser Analyse berücksichtigt.

In der folgenden Tabelle werden die Auswirkungen des Stage-Transfers auf die kumulierte Wertminderung für finanzielle Vermögenswerte unter der Annahme, dass alle kumulierten Wertminderungen auf der Grundlage der gesamten Restlaufzeit bewertet werden (Stage 2), ausgewiesen.

in € Millionen	Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)	
	31.3.2026	31.12.2025
Kumulierte Wertminderungen wenn 100 % in Stage 2	2.136	2.063
Gewichteter Durchschnitt (25/50/25 %)	1.021	976
Zusätzliche Beträge in Stage 2	1.116	1.088

Die folgende Tabelle zeigt einen Vergleich zwischen der ausgewiesenen kumulierten Wertminderung für erwartete Kreditverluste für finanzielle Vermögenswerte in Stage 3 und dem pessimistischen Szenario gewichtet mit 100 Prozent. Das pessimistische Szenario stellt keinen Extremfall aus dem Ergebnisraum der 25 Prozent pessimistischsten Szenarien dar, sondern einen ökonomisch plausiblen Repräsentanten daraus.

in € Millionen	Kumulierte Wertminderungen (Stage 3)	
	31.3.2026	31.12.2025
Pessimistisches Szenario	1.768	1.801
Gewichteter Durchschnitt	1.541	1.480
Erhöhung der Wertminderungen im pessimistischen Szenario	227	321

Die folgende Tabelle zeigt den Betrag des Bruttobuchwerts und der Wertminderungen jener finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost und finanziellen Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income, die sich in der Berichtsperiode von erwarteten Zwölf-Monats-Verlusten (Stage 1) hin zu erwarteten Verlusten über die Restlaufzeit (Stage 2 und 3) oder umgekehrt bewegt haben:

31.3.2026 in € Millionen	Bruttobuchwert		Wertminderungen		ECL Coverage Ratio	
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit
<b>Bewegung vom erwarteten 12-Monats-Verlust zum erwarteten Verlust über die Restlaufzeit</b>	<b>-2.945</b>	<b>2.945</b>	<b>-20</b>	<b>100</b>	<b>0,7 %</b>	<b>3,4 %</b>
Zentralbanken	0	0	0	0	-	-
Regierungen	-22	22	0	0	0,4 %	1,6 %
Kreditinstitute	-11	11	0	0	0,0 %	0,1 %
Sonstige Finanzunternehmen	-90	90	0	1	0,5 %	1,5 %
Nicht-Finanzunternehmen	-1.464	1.464	-12	40	0,8 %	2,7 %
Haushalte	-1.357	1.357	-8	59	0,6 %	4,3 %
<b>Bewegung vom erwarteten Verlust über die Restlaufzeit zum erwarteten 12-Monats-Verlust</b>	<b>3.213</b>	<b>-3.213</b>	<b>7</b>	<b>-41</b>	<b>0,2 %</b>	<b>1,3 %</b>
Zentralbanken	0	0	0	0	-	-
Regierungen	13	-13	0	0	– %	0,1 %
Kreditinstitute	79	-79	0	0	– %	0,5 %
Sonstige Finanzunternehmen	45	-45	0	0	– %	– %
Nicht-Finanzunternehmen	510	-510	3	-9	0,7 %	1,8 %
Haushalte	2.567	-2.567	3	-32	0,1 %	1,2 %

Der Anstieg der Wertminderungen aus der Bewegung vom erwarteten Zwölf-Monats-Kreditverlust zum erwarteten Verlust über die Restlaufzeit betrug € 80 Millionen (Vorjahr: € 287 Millionen). Der Rückgang der Wertminderungen aus der Bewegung vom erwarteten Verlust über die Restlaufzeit zum erwarteten Zwölf-Monats-Kreditverlust betrug € 35 Millionen (Vorjahr: € 237 Millionen).

31.12.2025 in € Millionen	Bruttobuchwert		Wertminderungen		ECL Coverage Ratio	
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit
<b>Bewegung vom erwarteten 12-Monats-Verlust zum erwarteten Verlust über die Restlaufzeit</b>	<b>-6.461</b>	<b>6.461</b>	<b>-55</b>	<b>342</b>	<b>0,8 %</b>	<b>5,3 %</b>
Zentralbanken	-60	60	0	0	0,0 %	0,0 %
Regierungen	-139	139	0	1	0,1 %	0,6 %
Kreditinstitute	-38	38	0	0	0,0 %	0,6 %
Sonstige Finanzunternehmen	-257	257	-2	20	0,6 %	7,9 %
Nicht-Finanzunternehmen	-3.643	3.643	-36	158	1,0 %	4,3 %
Haushalte	-2.323	2.323	-17	163	0,7 %	7,0 %
<b>Bewegung vom erwarteten Verlust über die Restlaufzeit zum erwarteten 12-Monats-Verlust</b>	<b>6.364</b>	<b>-6.364</b>	<b>22</b>	<b>-258</b>	<b>0,3 %</b>	<b>4,1 %</b>
Zentralbanken	0	0	0	0	-	-
Regierungen	29	-29	0	-3	1,2 %	10,3 %
Kreditinstitute	295	-295	0	-1	0,0 %	0,4 %
Sonstige Finanzunternehmen	589	-589	1	-13	0,2 %	2,2 %
Nicht-Finanzunternehmen	2.205	-2.205	15	-171	0,7 %	7,7 %
Haushalte	3.245	-3.245	5	-70	0,2 %	2,2 %

## (32) Sicherheiten und maximales Kreditrisiko

Die folgende Tabelle enthält Angaben zum maximalen Obligo als Grundlage für die nachfolgenden Angaben zu Sicherheiten:

31.3.2026	Maximales Kreditrisikovolumen		
	Den Wertminderungs- vorschriften nicht unterliegend	Den Wertminderungs- vorschriften unterliegend	davon Kredite und Forderungen ohne Handelsabsicht sowie Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen
in € Millionen			
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	0	166.367	127.127
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income <sup>1</sup>	0	4.243	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	1.449	0	1.022
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	196	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	6.483	0	0
<b>Bilanzposten</b>	<b>8.128</b>	<b>170.610</b>	<b>128.148</b>
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	0	59.798	59.798
<b>Gesamt</b>	<b>8.128</b>	<b>230.408</b>	<b>187.947</b>

<sup>1</sup> Der Bruttobuchwert folgt der Definition nach FINREP in Annex V 1,34(b).

31.12.2025	Maximales Kreditrisikovolumen		
	Den Wertminderungs- vorschriften nicht unterliegend	Den Wertminderungs- vorschriften unterliegend	davon Kredite und Forderungen ohne Handelsabsicht sowie Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen
in € Millionen			
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	0	157.739	119.563
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income <sup>1</sup>	0	4.275	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	1.344	0	934
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	208	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	6.707	0	0
<b>Bilanzposten</b>	<b>8.259</b>	<b>162.015</b>	<b>120.497</b>
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	0	58.307	58.307
<b>Gesamt</b>	<b>8.259</b>	<b>220.322</b>	<b>178.804</b>

<sup>1</sup> Der Bruttobuchwert folgt der Definition nach FINREP in Annex V 1,34(b).

Um das Kreditrisiko zu mindern, wendet die RBI eine Reihe von Verfahren an, deren häufigstes die Hereinnahme von Sicherheiten im Kreditgeschäft ist. Beim Kreditvergabeprozess wird eine Bewertung der Sicherheiten vorgenommen, die dann in regelmäßigen Abständen mit verschiedenen Validierungsverfahren überprüft wird. Die wichtigsten Arten von Sicherheiten, die im Konzern akzeptiert werden, sind Wohn- und Gewerbeimmobilien, Finanzsicherheiten, Garantien und bewegliche Güter. Langfristige Finanzierungen sind im Allgemeinen besichert, während revolvingende Kreditfazilitäten üblicherweise nicht besichert sind. Schuldtitel sind überwiegend nicht besichert. Derivate können mit Barmitteln oder Aufrechnungsrahmenvereinbarungen besichert sein. Sicherheiten aus dem Leasinggeschäft betreffen vorwiegend den Wert des Leasingobjekts. Positionen, die unter den Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten ausgewiesen sind, haben ein vernachlässigbares Kreditrisiko. Die Berücksichtigung von Sicherheiten erfolgt einheitlich auf Basis konzernweit angewendeten Richtlinien. Die Konzernrichtlinien für die Erlangung von Sicherheiten wurden während des Berichtszeitraums nicht wesentlich verändert, werden aber jährlich aktualisiert.

Die in den Tabellen ausgewiesenen Sicherheiten sind jeweils auf den Höchstbetrag des Bruttobuchwerts des finanziellen Vermögenswerts begrenzt. Die nachstehenden Tabellen zeigen Kredite und Forderungen ohne Handelsabsicht sowie Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen, die einer Wertminderung unterliegen:

31.3.2026	Maximales Kreditrisikovolumen	Fair Value der Sicherheiten	Obligo abzüglich Fair Value der Sicherheiten
in € Millionen			
Zentralbanken	12.121	11.278	844
Regierungen	4.656	558	4.098
Kreditinstitute	4.612	2.482	2.130
Sonstige Finanzunternehmen	10.971	5.637	5.333
Nicht-Finanzunternehmen	49.823	22.688	27.135
Haushalte	45.965	29.336	16.629
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	59.798	5.930	53.868
<b>Gesamt</b>	<b>187.947</b>	<b>77.909</b>	<b>110.037</b>

31.12.2025 in € Millionen	Maximales Kreditrisikovolumen	Fair Value der Sicherheiten	Obligo abzüglich Fair Value der Sicherheiten
Zentralbanken	8.431	7.851	580
Regierungen	3.918	587	3.331
Kreditinstitute	4.253	1.825	2.428
Sonstige Finanzunternehmen	10.038	4.582	5.456
Nicht-Finanzunternehmen	48.791	22.134	26.657
Haushalte	45.066	28.833	16.232
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	58.307	5.464	52.843
<b>Gesamt</b>	<b>178.804</b>	<b>71.276</b>	<b>107.528</b>

Mehr als die Hälfte der Sicherheiten, die von der RBI berücksichtigt werden können, betreffen die Besicherung von Krediten durch Immobilien, von denen rund 70 Prozent Wohnimmobilien sind. Zusätzliche Sicherheiten stammen im Wesentlichen aus erhaltenen Garantien, welche unter anderem Reverse-Repo- und Wertpapierleihgeschäfte umfassen.

### (33) Übertragene Vermögenswerte

Buchwerte der übertragenen, aber nicht ausgebuchten Finanzinstrumente:

31.3.2026 in € Millionen	Übertragene Vermögenswerte			Erhaltene Sicherheitsleistungen		
	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkauf- vereinbarung	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkauf- vereinbarung
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	8	0	8	8	0	8
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	6.732	0	6.732	6.722	0	6.722
<b>Gesamt</b>	<b>6.741</b>	<b>0</b>	<b>6.741</b>	<b>6.731</b>	<b>0</b>	<b>6.731</b>

31.12.2025 in € Millionen	Übertragene Vermögenswerte			Erhaltene Sicherheitsleistungen		
	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkauf- vereinbarung	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkauf- vereinbarung
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	49	0	49	49	0	49
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	2.698	0	2.698	2.592	0	2.592
<b>Gesamt</b>	<b>2.748</b>	<b>0</b>	<b>2.748</b>	<b>2.641</b>	<b>0</b>	<b>2.641</b>

### (34) Als Sicherheit verpfändete und erheblich beschränkte Vermögenswerte

Erhebliche Beschränkungen bezüglich des Zugangs zu oder der Nutzung von Vermögenswerten:

in € Millionen	31.3.2026		31.12.2025	
	Verpfändet	Ansonsten mit Verbindlichkeiten beschränkt	Verpfändet	Ansonsten mit Verbindlichkeiten beschränkt
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	270	0	73	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	61	0	43	0
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	186	0	193	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	498	0	537	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	21.741	1.306	20.501	1.373
<b>Gesamt</b>	<b>22.756</b>	<b>1.306</b>	<b>21.347</b>	<b>1.373</b>

Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden:

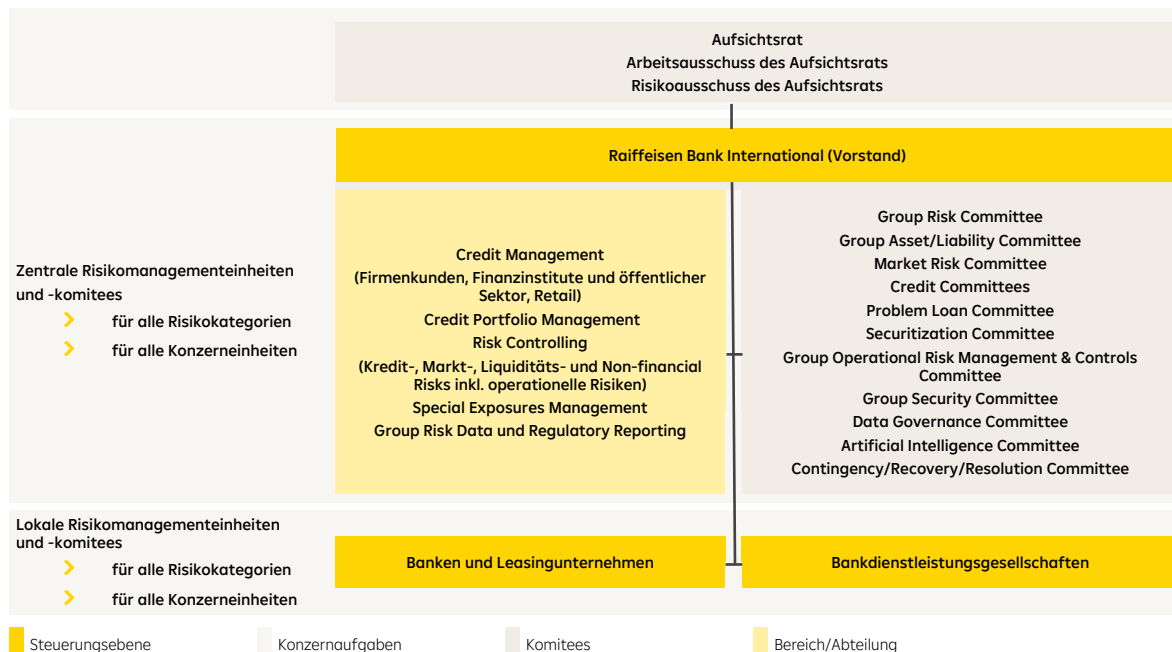
in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden	22.299	16.825
davon verkaufte oder verpfändete Sicherheiten	9.371	4.458

Der Konzern hat Sicherheiten erhalten, deren Verkauf oder Weiterverpfändung zulässig ist, wenn im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften, Wertpapierleih-, Derivat- oder sonstigen Transaktionen kein Ausfall eintritt.

# Risikobericht

Aktives Risikomanagement ist eine Kernkompetenz der RBI. Um Risiken effektiv zu erkennen, einzustufen und zu steuern, entwickelt der Konzern sein umfassendes Risikomanagement permanent weiter. Die Steuerung der ESG-Risiken (Umwelt, Soziales, Unternehmensführung) ist bereichsübergreifend implementiert und umfasst alle Risikobereiche. Für nähere Details zu den ESG-Risiken wird auf das Kapitel Konsolidierte nichtfinanzielle Erklärung im Geschäftsbericht 2025 verwiesen. Das Risikomanagement ist ein integraler Bestandteil der Gesamtbanksteuerung und berücksichtigt neben den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen insbesondere die Art, den Umfang und die Komplexität der Geschäfte sowie die daraus resultierenden Risiken.

Betreffend die Grundsätze und die Organisation des Risikomanagements wird auf die gleichnamigen Kapitel im Geschäftsbericht 2025 verwiesen.



Eine robuste Risikokultur, einschließlich effizienter Risikodatenaggregation und Datenqualität gemäß den BCBS 239-Prinzipien (RDARR), hat eine hohe Priorität für die RBI. Die Anforderungen zur RDARR-Compliance werden in einem bereichsübergreifenden Projekt konzernweit implementiert. Die Risikomanagementfunktion strebt kontinuierlich danach, interne Prozesse an die komplexen Datenanforderungen anzupassen und zu verbessern, die beispielsweise durch steigende ESG-Anforderungen und Digitalisierung voran getrieben werden.

Die nachfolgenden Werte beziehen sich auf den aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis nach CRR, welcher unwesentlich vom Konsolidierungskreis nach IFRS abweicht. Die darin nicht enthaltenen Unternehmen des IFRS-Konsolidierungskreises sind risikomäßig im Beteiligungsrisiko abgedeckt.

## Potenzieller Einfluss aus dem Iran-Krieg

Aufgrund des Iran-Kriegs kam es im ersten Quartal 2026 zu keinen wesentlichen Ratingherabstufungen. Die RBI hat ihr Kundenportfolio auf weitere potenzielle Auswirkungen untersucht. Im Firmenkundenbereich wurden im Rahmen eines Deep-Dives rund 500 Unternehmen mit wesentlichen Abhängigkeiten von Öl- und Gaspreisentwicklungen identifiziert, rund 16 Prozent dieser Unternehmen wurden im Zuge dieser Analyse als "mit einem erhöhten Risiko behaftet" eingestuft. Insbesondere waren die folgenden Branchen betroffen, Rohstoffe, Automobilindustrie und Chemie. Darüber hinaus wurde eine gruppenweite Ratingüberprüfung initiiert, welche Ende April abgeschlossen wurde. Je nach Dauer und Intensität des Konflikts kann es zu Ratingherabstufungen kommen.

Das Exposure von lokal betroffenen Kreditinstituten wurde unter Berücksichtigung des Länder- und Gegenparteienrisikos analysiert. Aufgrund der möglichen indirekten Auswirkungen auf die betroffenen Portfolios wurden 13 Kunden auf eine erweiterte Beobachtungsliste gesetzt.

Zusätzlich wurde im ersten Quartal 2026 ein interner Ad-Hoc Stresstest durchgeführt, welcher potenzielle weitere nachteilige Entwicklungen des Kriegs im Nahen Osten abbildete.

## Potenzieller Einfluss geopolitischer Spannungen und höherer Zölle der USA

Im Geschäftsjahr 2025 wurden die Auswirkungen geopolitischer Spannungen und erhöhter US-Zölle auf die betroffenen Kundengruppen und Branchen einer umfassenden Analyse unterzogen. Im Zuge dessen wurde das Zollrisiko als wesentliches Risiko in den Ratingprozess integriert. Im ersten Quartal 2026 führte das Zollrisiko zu keinen wesentlichen Ratingverschlechterungen.

## Ökonomische Perspektive – Ökonomischer Kapitalansatz

Darin werden Risiken durch das ökonomische Kapital gemessen, das eine vergleichbare Risikokennzahl für alle Risikoarten darstellt. Das ökonomische Kapital wird als die Summe von unerwarteten Verlusten aus den Geschäften aller Konzerneinheiten in den unterschiedlichen Risikokategorien berechnet. Zusätzlich fließt ein allgemeiner Puffer für Risikoarten ein, die nicht explizit quantifiziert werden.

Der Konzern wendet zur Berechnung des ökonomischen Kapitals ein Konfidenzniveau von 99,90 Prozent an. Das ökonomische Kapital stieg gegenüber dem Jahresende 2025 auf € 10.089 Millionen. Dafür waren Anstiege des Kreditrisikos gegenüber dem öffentlichen Sektor, bedingt durch einen starken Exposureanstieg, sowie das Marktrisiko und das operationelle Risiko verantwortlich. In der regionalen Aufteilung des ökonomischen Kapitals verzeichnete Zentraleuropa den stärksten Anstieg.

Anteile der einzelnen Risikoarten am ökonomischen Kapital:

in € Millionen	31.3.2026	Anteil	31.12.2025	Anteil
Kreditrisiko öffentlicher Sektor	2.057	20,4 %	1.892	19,6 %
Kreditrisiko Retail-Kunden	1.645	16,3 %	1.672	17,4 %
Währungsrisiko der Kapitalposition	1.297	12,9 %	1.290	13,4 %
Marktrisiko	1.292	12,8 %	1.122	11,6 %
Kreditrisiko Firmenkunden	1.112	11,0 %	1.125	11,7 %
Operationelles Risiko	893	8,9 %	809	8,4 %
Beteiligungsrisiko	828	8,2 %	823	8,5 %
Risiko sonstige Sachanlagen	273	2,7 %	246	2,6 %
Kreditrisiko Kreditinstitute	181	1,8 %	169	1,8 %
CVA-Risiko	32	0,3 %	26	0,3 %
Liquiditätsrisiko	0	– %	0	– %
Risikopuffer	480	4,8 %	459	4,8 %
<b>Gesamt</b>	<b>10.089</b>	<b>100,0 %</b>	<b>9.633</b>	<b>100,0 %</b>

Regionale Allokation des ökonomischen Kapitals nach Sitz der Konzerneinheit:

in € Millionen	31.3.2026	Anteil	31.12.2025	Anteil
Südosteuropa	2.663	26,4 %	2.584	26,8 %
Zentraleuropa	2.521	25,0 %	2.387	24,8 %
Österreich	2.270	22,5 %	2.167	22,5 %
Russland	2.048	20,3 %	1.926	20,0 %
Ukraine	587	5,8 %	569	5,9 %
<b>Gesamt</b>	<b>10.089</b>	<b>100,0 %</b>	<b>9.633</b>	<b>100,0 %</b>

## (35) Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist das größte Risiko im Geschäft des Konzerns. Das Kreditrisiko ist das Risiko, finanzielle Verluste zu erleiden, wenn ein Kunde oder eine Gegenpartei des Konzerns seine bzw. ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Konzern nicht erfüllt. Das Kreditrisiko entsteht hauptsächlich im Zusammenhang mit Forderungen an Banken, Forderungen an Kunden sowie Kreditzusagen und Finanzgarantien. Der Konzern ist auch anderen Kreditrisiken ausgesetzt, die sich aus Veranlagungen in Schuldtiteln und anderen Engagements im Zusammenhang mit Handelsaktivitäten, Derivaten, Vergleichsvereinbarungen und Reverse-Repo-Geschäften ergeben.

## Überleitung der Zahlen aus dem IFRS-Konzernabschluss zum Kreditobligo (nach CRR)

Die folgende Tabelle zeigt eine Überleitung von den Bruttobuchwerten der Bilanzposten zum Kreditobligo (Bank- und Handelsbuchbestände), das für die Portfoliosteuerung herangezogen wird. Dieses umfasst sowohl das bilanzielle als auch außerbilanzielle Kreditobligo vor Anwendung von Gewichtungsfaktoren und stellt somit den maximalen Forderungswert dar. Nicht enthalten sind Effekte der Kreditrisikominderung, wie z. B. persönliche und dingliche Sicherheiten, die in der Gesamtbeurteilung des Kreditrisikos ebenfalls berücksichtigt werden. Dieser Forderungsbegriff wird auch – sofern nicht explizit anders angegeben – in den nachfolgenden Tabellen des Risikoberichts verwendet. Die Ursachen für Unterschiede zwischen den Größen der internen Portfoliosteuerung und der externen Rechnungslegung liegen in abweichenden Konsolidierungskreisen (regulatorisch versus IFRS), unterschiedlichen Abgrenzungen des Kreditvolumens sowie der unterschiedlichen Darstellung des Kreditvolumens, vor allem bei Repo-Geschäften sowie bei Derivaten, insbesondere SA-CCR (Standardansatz im Kontrahentenrisiko). Vertragliche Vereinbarungen, die alle Bedingungen des CRR Artikels 5, Punkte (10) (a) bis (e) erfüllen, werden intern überwacht, sind jedoch von dem Kreditobligo im Risikobericht ausgenommen, da für sie weder Wertminderungen noch risikogewichtete Aktiva berechnet werden.

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	31.698	32.053
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	166.367	157.739
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	4.243	4.275
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	1.449	1.344
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	196	208
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	6.483	6.707
Hedge Accounting	615	726
Laufende Steuerforderungen	113	124
Latente Steuerforderungen	181	167
Sonstige Aktiva	1.526	1.176
Erteilte Kreditzusagen	43.515	42.664
Erteilte Finanzgarantien	10.235	10.034
Sonstige erteilte Zusagen	6.048	5.609
Überleitungsdifferenz	-6.793	-7.406
<b>Kreditobligo</b>	<b>265.877</b>	<b>255.421</b>

Rund € 2,1 Milliarden der Überleitungsdifferenz sind auf das SA-CCR-Netting zurückzuführen.

Die detaillierte Analyse des Kreditportfolios erfolgt anhand der Unterteilung in Ratingstufen. Das Kundenrating erfolgt dabei für die unterschiedlichen Forderungsklassen getrennt. Für die Bonitätsbeurteilung werden dafür jeweils interne Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoring-Modelle) eingesetzt, die auch zentral validiert werden. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten für unterschiedliche Ratingstufen werden nach Geschäftssegmenten getrennt ermittelt. Durch die Verwendung einer Masterskala wird jedoch eine Vergleichbarkeit der Ratingstufen auch über Geschäftssegmente hinweg erzielt.

Die Ratingmodelle in den Non-Retail-Segmenten Firmenkunden, Kreditinstitute und öffentlicher Sektor sind konzernweit einheitlich und sehen 27 Bonitätsstufen der Masterskala vor. Scorecards für Retail-Forderungsklassen werden länderspezifisch nach konzernweit einheitlichen Richtlinien erstellt. Sowohl für die Raterstellung als auch für die Validierung stehen entsprechende Instrumente (z. B. Unternehmensbewertung, Rating- und Ausfalldatenbank) zur Verfügung.

Kreditobligo nach Asset-Klassen (Ratingmodellen):

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
Firmenkunden	93.830	90.764
Projektfinanzierung	11.686	11.606
Retail-Kunden	55.854	54.639
Kreditinstitute	27.912	27.014
Öffentlicher Sektor	76.595	71.398
<b>Gesamt</b>	<b>265.877</b>	<b>255.421</b>

## Kreditportfolio – Firmenkunden

Die nachstehende Tabelle zeigt das Kreditobligo nach internem Rating für Firmenkunden (Großkunden, mittelgroße und kleine Firmenkunden). Zur besseren Lesbarkeit wurden die einzelnen Stufen der Ratingskala allerdings auf die zugrunde liegenden neun Hauptstufen zusammengefasst.

in € Millionen		Untere PD-Skala in %	Obere PD-Skala in %	31.3.2026	Anteil	31.12.2025	Anteil
1	Minimales Risiko	> 0,0000%	≤ 0,0300%	2.642	2,8 %	2.609	2,9 %
2	Exzellente Kreditwürdigkeit	> 0,0300%	≤ 0,0751%	8.554	9,1 %	6.996	7,7 %
3	Sehr gute Kreditwürdigkeit	> 0,0751%	≤ 0,1878%	19.270	20,5 %	18.841	20,8 %
4	Gute Kreditwürdigkeit	> 0,1878%	≤ 0,4694%	24.145	25,7 %	23.835	26,3 %
5	Intakte Kreditwürdigkeit	> 0,4694%	≤ 1,1735%	19.116	20,4 %	18.862	20,8 %
6	Akzeptable Kreditwürdigkeit	> 1,1735%	≤ 2,9338%	12.803	13,6 %	12.449	13,7 %
7	Knappe Kreditwürdigkeit	> 2,9338%	≤ 7,3344%	3.495	3,7 %	3.359	3,7 %
8	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	> 7,3344%	≤ 18,3360%	1.404	1,5 %	1.355	1,5 %
9	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	> 18,3360%	< 100%	893	1,0 %	1.060	1,2 %
10	Ausfall	100%	100%	1.440	1,5 %	1.328	1,5 %
NR	Nicht geratet			68	0,1 %	70	0,1 %
<b>Gesamt</b>				<b>93.830</b>	<b>100,0 %</b>	<b>90.764</b>	<b>100,0 %</b>

Das Kreditobligo gegenüber Firmenkunden stieg im Vergleich zum Jahresende 2025 um € 3.067 Millionen auf € 93.830 Millionen. Die höchsten Anstiege wurden in Deutschland (€ 1.718 Millionen), Rumänien (€ 290 Millionen), Singapur (€ 267 Millionen) und in Tschechien (€ 224 Millionen) vorwiegend in den Rating-Klassen 2, 3 und 6 verzeichnet, welche teilweise durch Rückgänge in Russland (€ 354 Millionen) vorwiegend in den Rating-Klassen 4 und 5 kompensiert wurden.

Das fünfstufige Rating-Modell für Projektfinanzierungen basiert auf den Slotting-Kriterien gemäß EBA/RTS/2016/02.

in € Millionen	31.3.2026	Anteil	31.12.2025	Anteil
6,1 Ausgezeichnete Projektbonität – sehr geringes Risiko	6.545	56,0 %	6.498	56,0 %
6,2 Gute Projektbonität – geringes Risiko	4.200	35,9 %	4.063	35,0 %
6,3 Ausreichende Projektbonität – mittleres Risiko	230	2,0 %	223	1,9 %
6,4 Schwache Projektbonität – hohes Risiko	75	0,6 %	89	0,8 %
6,5 Ausfall	636	5,4 %	733	6,3 %
NR Nicht geratet	0	0,0 %	0	0,0 %
<b>Gesamt</b>	<b>11.686</b>	<b>100,0 %</b>	<b>11.606</b>	<b>100,0 %</b>

Der Anstieg des Kreditobligos für Projektfinanzierungen um € 79 Millionen wurde vor allem durch Anstiege in Tschechien, Ungarn und Rumänien im Immobilienbereich begründet.

Kreditobligo für Firmenkunden und Projektfinanzierungen nach dem Risikoland unter Berücksichtigung des Garantiegebers nach Regionen:

in € Millionen	31.3.2026	Anteil	31.12.2025 <sup>1</sup>	Anteil
Zentraleuropa	30.027	28,5 %	29.655	29,0 %
Westeuropa	27.219	25,8 %	25.101	24,5 %
Südosteuropa	18.992	18,0 %	18.368	17,9 %
Österreich	18.765	17,8 %	18.994	18,6 %
Russland	2.864	2,7 %	3.222	3,1 %
Ukraine	2.662	2,5 %	2.625	2,6 %
Asien	2.434	2,3 %	2.025	2,0 %
Sonstige	2.553	2,4 %	2.381	2,3 %
<b>Gesamt</b>	<b>105.516</b>	<b>100,0 %</b>	<b>102.370</b>	<b>100,0 %</b>

<sup>1</sup> Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung

Der größte Anstieg war in Westeuropa und resultierte aus dem Anstieg von Repo-Geschäften in Deutschland sowie gegebenen Garantien in Deutschland und der Schweiz. Der Anstieg in Südosteuropa war auf höhere Kredite und Forderungen in Rumänien, Serbien und Kroatien zurückzuführen. In Asien begründete sich der Anstieg vor allem durch Repo-Geschäfte in Singapur. In Zentraleuropa war der Anstieg durch die Zunahme von Krediten und Forderungen in Tschechien und der Slowakei begründet.

Im ersten Quartal erfolgte eine umfassende Aktualisierung der NACE Codes auf die Version NACE Rev. 2.1., indem neue Geschäftstätigkeiten abgebildet und bestehende NACE-Codes stärker differenziert wurden. Die Vorjahreswerte wurden, um eine bessere Vergleichbarkeit zu gewährleisten, entsprechend angepasst.

Kreditobligo für Firmenkunden und Projektfinanzierungen nach Branchenzugehörigkeit der Erstkunden:

in € Millionen	31.3.2026	Anteil	31.12.2025	Anteil
Fertigung/Produktion	25.167	23,9 %	24.998	24,4 %
Groß- und Einzelhandel	20.817	19,7 %	20.591	20,1 %
Grundstücks- und Wohnungswesen	14.490	13,7 %	14.277	13,9 %
Kredit- und Versicherungsgewerbe	11.070	10,5 %	9.341	9,1 %
Energieversorgung	7.144	6,8 %	7.366	7,2 %
Bauwesen	6.081	5,8 %	5.965	5,8 %
Transport, Lagerung und Verkehr	4.669	4,4 %	4.606	4,5 %
Telekommunikation	3.833	3,6 %	3.712	3,6 %
Erbringung von wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	3.198	3,0 %	2.797	2,7 %
Sonstige Branchen	9.048	8,6 %	8.715	8,5 %
<b>Gesamt</b>	<b>105.516</b>	<b>100,0 %</b>	<b>102.370</b>	<b>100,0 %</b>

## Kreditportfolio – Retail-Kunden

Die Asset-Klasse Retail-Kunden unterteilt sich in Privatpersonen sowie Klein- und Mittelbetriebe (KMU). Für Retail-Kunden wird ein duales Scoring-System eingesetzt, das eine Erst- und Ad-hoc-Analyse anhand der Kundendaten und eine Verhaltensanalyse anhand der Kontendaten umfasst.

in € Millionen	31.3.2026	Anteil	31.12.2025	Anteil
Retail-Kunden – Privatpersonen	52.023	93,1 %	50.942	93,2 %
Retail-Kunden – Klein- und Mittelbetriebe	3.830	6,9 %	3.697	6,8 %
<b>Gesamt</b>	<b>55.854</b>	<b>100,0 %</b>	<b>54.639</b>	<b>100,0 %</b>

Kreditobligo für Retail-Kunden nach internem Rating:

in € Millionen	Untere PD-Skala in %	Obere PD-Skala in %	31.3.2026	Anteil	31.12.2025	Anteil
0,5 Minimales Risiko	> 0,00%	≤ 0,17%	6.071	10,9 %	6.098	11,2 %
1,0 Exzellente Kreditwürdigkeit	> 0,17%	≤ 0,35%	11.007	19,7 %	11.014	20,2 %
1,5 Sehr gute Kreditwürdigkeit	> 0,35%	≤ 0,69%	11.249	20,1 %	10.860	19,9 %
2,0 Gute Kreditwürdigkeit	> 0,69%	≤ 1,37%	10.052	18,0 %	9.823	18,0 %
2,5 Intakte Kreditwürdigkeit	> 1,37%	≤ 2,70%	6.914	12,4 %	6.678	12,2 %
3,0 Akzeptable Kreditwürdigkeit	> 2,70%	≤ 5,26%	3.595	6,4 %	3.419	6,3 %
3,5 Knappe Kreditwürdigkeit	> 5,26%	≤ 10,00%	1.769	3,2 %	1.678	3,1 %
4,0 Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	> 10,00%	≤ 18,18%	967	1,7 %	986	1,8 %
4,5 Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	> 18,18%	< 100%	974	1,7 %	963	1,8 %
5,0 Ausfall	100%	100%	1.199	2,1 %	1.184	2,2 %
NR Nicht geratet			2.056	3,7 %	1.936	3,5 %
<b>Gesamt</b>			<b>55.854</b>	<b>100,0 %</b>	<b>54.639</b>	<b>100,0 %</b>

Das nicht geratete Kreditobligo umfasst unter anderem Kreditkartengeschäfte in Österreich, Leasing-Unternehmen sowie Retail-Kunden in Ungarn, Kroatien und Kosovo. Diese Kunden verfügen entweder noch über kein internes Rating, oder es handelt sich um Portfolios, die dem permanent partial use unterliegen oder Portfolios, für die ein PD-Modell implementiert wird. Für Leasing-Unternehmen wird die Kreditwürdigkeit auf Scorecard-Modellen basierend beurteilt.

Retail-Forderungen nach Segmenten:

31.3.2026					Group Corporates & Markets
in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Russland	Ukraine	
Retail-Kunden – Privatpersonen	26.108	12.268	2.495	428	10.724
Retail-Kunden – Klein- und Mittelbetriebe	2.205	1.360	4	126	134
<b>Gesamt</b>	<b>28.314</b>	<b>13.628</b>	<b>2.499</b>	<b>555</b>	<b>10.858</b>
davon notleidendes Obligo	548	396	147	18	105

31.12.2025					Group Corporates & Markets
in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Russland	Ukraine	
Retail-Kunden – Privatpersonen	25.338	11.935	2.614	414	10.641
Retail-Kunden – Klein- und Mittelbetriebe	2.177	1.349	4	103	64
<b>Gesamt</b>	<b>27.515</b>	<b>13.283</b>	<b>2.618</b>	<b>517</b>	<b>10.706</b>
davon notleidendes Obligo	540	387	145	19	106

Mit Wirkung zum 1. Jänner 2026 wurde das Segment Osteuropa in Russland umbenannt.

Das Kreditobligo gegenüber Retail-Kunden stieg im ersten Quartal 2026 um € 1.215 Millionen. Der größte Anstieg in Höhe von € 799 Millionen in Zentraleuropa resultierte aus erhöhten Verbraucher- und Hypothekarkrediten in Tschechien und der Slowakei sowie Rahmenfinanzierungen in Tschechien. Der Anstieg in Südosteuropa in Höhe von € 345 Millionen resultierte aus erhöhten Verbraucher- und Hypothekarkrediten in Rumänien, Serbien und Kroatien. Im Segment Group Corporates & Markets wurde ein Anstieg in Höhe von € 152 Millionen verzeichnet, vorwiegend aufgrund des gestiegenen Kreditkartengeschäfts in der Konzernzentrale. In Russland wurde das Retail-Kundenportfolio weiter reduziert.

Kreditobligo gegenüber Retail-Kunden nach Produkten:

in € Millionen	31.3.2026	Anteil	31.12.2025	Anteil
Hypothekarkredite	31.317	56,1 %	30.721	56,2 %
Verbrauchercredite	12.303	22,0 %	12.029	22,0 %
Kreditkarten	6.993	12,5 %	6.794	12,4 %
SME-Finanzierung	2.967	5,3 %	3.084	5,6 %
Überziehungen	1.482	2,7 %	1.442	2,6 %
Autokredite	791	1,4 %	569	1,0 %
<b>Gesamt</b>	<b>55.854</b>	<b>100,0 %</b>	<b>54.639</b>	<b>100,0 %</b>

## Kreditportfolio – Kreditinstitute

Die nachfolgende Tabelle stellt das Kreditobligo an Kreditinstitute (ohne Zentralbanken) nach dem internen Rating dar. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten in dieser Asset-Klasse werden aufgrund der geringen Anzahl an Kunden (bzw. an beobachtbaren Ausfällen) in den einzelnen Rating-Stufen durch eine Kombination interner und externer Daten ermittelt. Die Verschiebungen innerhalb der einzelnen Ratingklassen ergaben sich zum Teil aus der regelmäßigen Rekalibrierung der Ratingmodelle für Kreditinstitute.

in € Millionen	Untere PD-Skala in %	Obere PD-Skala in %	31.3.2026	Anteil	31.12.2025	Anteil
1 Minimales Risiko	> 0,0000%	≤ 0,0300%	5.175	18,5 %	5.420	20,1 %
2 Exzellente Kreditwürdigkeit	> 0,0300%	≤ 0,0751%	2.821	10,1 %	3.570	13,2 %
3 Sehr gute Kreditwürdigkeit	> 0,0751%	≤ 0,1878%	13.703	49,1 %	13.057	48,3 %
4 Gute Kreditwürdigkeit	> 0,1878%	≤ 0,4694%	5.245	18,8 %	4.175	15,5 %
5 Intakte Kreditwürdigkeit	> 0,4694%	≤ 1,1735%	343	1,2 %	341	1,3 %
6 Akzeptable Kreditwürdigkeit	> 1,1735%	≤ 2,9338%	119	0,4 %	130	0,5 %
7 Knappe Kreditwürdigkeit	> 2,9338%	≤ 7,3344%	27	0,1 %	124	0,5 %
8 Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	> 7,3344%	≤ 18,3360%	125	0,4 %	102	0,4 %
9 Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	> 18,3360%	< 100%	353	1,3 %	85	0,3 %
10 Ausfall	100%	100%	1	0,0 %	1	0,0 %
NR Nicht geratet			1	0,0 %	11	0,0 %
<b>Gesamt</b>			<b>27.912</b>	<b>100,0 %</b>	<b>27.014</b>	<b>100,0 %</b>

Das Kreditobligo gegenüber Kreditinstitute erhöhte sich vor allem aufgrund des Anstiegs von Repo-Geschäften (€ 1.905 Millionen), vorwiegend in Frankreich, Schweden, Deutschland, (teilweise aufgrund Ratingverschlechterung von Rating-Klasse 3 auf 4), Großbritannien und Singapur in den Rating-Klassen 3 und 4, welcher teilweise durch Rückgänge bei Krediten und Forderungen (€ 735 Millionen) in den USA und China in Rating-Klassen 2 und 3 kompensiert wurde.

Kreditobligo an Kreditinstitute (ohne Zentralbanken) nach Produkten:

in € Millionen	31.3.2026	Anteil	31.12.2025	Anteil
Repo-Geschäfte	10.508	37,6 %	8.603	31,8 %
Kredite und Forderungen	7.579	27,2 %	8.261	30,6 %
Anleihen	6.163	22,1 %	6.359	23,5 %
Geldmarkt	2.415	8,7 %	2.579	9,5 %
Derivate	700	2,5 %	618	2,3 %
Sonstige	547	2,0 %	593	2,2 %
<b>Gesamt</b>	<b>27.912</b>	<b>100,0 %</b>	<b>27.014</b>	<b>100,0 %</b>

## Kreditportfolio – Öffentlicher Sektor

Eine weitere Kundengruppe stellen souveräne Staaten, Zentralbanken sowie regionale Gebietskörperschaften und andere staatenähnliche Organisationen dar. Das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor inkludiert lokale und regionale Regierungen.

Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) nach dem internen Rating:

in € Millionen	Untere PD-Skala in %	Obere PD-Skala in %	31.3.2026	Anteil	31.12.2025	Anteil
1 Ausgezeichnete Bonität	> 0,0000%	≤ 0,0300%	15.711	20,5 %	12.405	17,4 %
2 Sehr gute Bonität	> 0,0300%	≤ 0,0751%	23.328	30,5 %	22.699	31,8 %
3 Gute Bonität	> 0,0751%	≤ 0,1878%	13.099	17,1 %	12.992	18,2 %
4 Solide Bonität	> 0,1878%	≤ 0,4694%	10.019	13,1 %	9.706	13,6 %
5 Zufriedenstellende Bonität	> 0,4694%	≤ 1,1735%	2.862	3,7 %	2.785	3,9 %
6 Adäquate Bonität	> 1,1735%	≤ 2,9338%	589	0,8 %	620	0,9 %
7 Fragliche Bonität	> 2,9338%	≤ 7,3344%	9.467	12,4 %	8.741	12,2 %
8 Höchst fragliche Bonität	> 7,3344%	≤ 18,3360%	0	0,0 %	0	0,0 %
9 Ausfallgefährdet	> 18,3360%	< 100%	1.511	2,0 %	1.442	2,0 %
10 Ausfall	100%	100%	8	0,0 %	8	0,0 %
NR Nicht geratet			0	0,0 %	0	0,0 %
<b>Gesamt</b>			<b>76.595</b>	<b>100,0 %</b>	<b>71.398</b>	<b>100,0 %</b>

Das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor stieg vor allem aufgrund höherer Repo-Geschäfte (€ 3.557 Millionen) vorwiegend mit der tschechischen Nationalbank in Rating-Klasse 1. Der Anstieg bei den Anleihen resultierte aus erhöhten Anleihenbeständen (€ 967 Millionen) in Zentral- und Südosteuropa sowie Westeuropa in Rating-Klassen 2 und 4. Die Geldmarktgeschäfte erhöhten sich um € 848 Millionen vor allem in Russland in Rating-Klasse 7 und in Kroatien in Rating-Klasse 3.

Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) nach Produkten:

in € Millionen	31.3.2026	Anteil	31.12.2025	Anteil
Anleihen	38.447	50,2 %	37.480	52,5 %
Kredite und Forderungen	15.477	20,2 %	15.656	21,9 %
Repo-Geschäfte	11.596	15,1 %	8.039	11,3 %
Geldmarkt	10.965	14,3 %	10.116	14,2 %
Derivate	60	0,1 %	59	0,1 %
Sonstige	50	0,1 %	48	0,1 %
<b>Gesamt</b>	<b>76.595</b>	<b>100,0 %</b>	<b>71.398</b>	<b>100,0 %</b>

Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor im Bereich Non Investment Grade (Rating 5 und darunter):

in € Millionen	31.3.2026	Anteil	31.12.2025	Anteil
Russland	9.524	66,0 %	8.797	64,7 %
Serbien	1.714	11,9 %	1.808	13,3 %
Ukraine	1.412	9,8 %	1.343	9,9 %
Albanien	731	5,1 %	553	4,1 %
Bosnien und Herzegowina	567	3,9 %	610	4,5 %
Sonstige	489	3,4 %	484	3,6 %
<b>Gesamt</b>	<b>14.437</b>	<b>100,0 %</b>	<b>13.596</b>	<b>100,0 %</b>

Das Obligo umfasst vor allem Einlagen der Konzerneinheiten bei lokalen Zentralbanken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa, die der Erfüllung der jeweiligen Mindestreservvorschriften und der kurzfristigen Veranlagung von überschüssiger Liquidität dienen und daher untrennbar mit der Geschäftstätigkeit in diesen Ländern verbunden sind sowie russische und ukrainische Staatsanleihen.

## Konzentrationsrisiko

Das Kreditportfolio des Konzerns ist sowohl nach Regionen als auch nach Branchen gut diversifiziert. Auch Einzelkreditkonzentrationen werden auf Basis von Gruppen verbundener Kunden aktiv über die Limitvergabe und regelmäßiges Reporting gesteuert, sodass die Granularität des Portfolios entsprechend gut ist. Die geografische Aufgliederung der Forderungen spiegelt die breite Diversifikation des Kreditgeschäfts in den europäischen Märkten des Konzerns wider.

Kreditobligo aller Forderungsklassen gegliedert nach dem Risikoland des Kreditnehmers und gruppiert nach Regionen:

in € Millionen	31.3.2026	Anteil	31.12.2025 <sup>1</sup>	Anteil
<b>Zentraleuropa</b>	<b>89.145</b>	<b>33,5 %</b>	<b>83.300</b>	<b>32,6 %</b>
Tschechien	45.497	17,1 %	40.935	16,0 %
Slowakei	25.396	9,6 %	25.568	10,0 %
Ungarn	14.629	5,5 %	13.083	5,1 %
Polen	2.456	0,9 %	2.596	1,0 %
Slowenien	665	0,3 %	594	0,2 %
Sonstige	502	0,2 %	525	0,2 %
<b>Österreich</b>	<b>46.544</b>	<b>17,5 %</b>	<b>46.453</b>	<b>18,2 %</b>
<b>Westeuropa</b>	<b>49.299</b>	<b>18,5 %</b>	<b>45.879</b>	<b>18,0 %</b>
Deutschland	17.314	6,5 %	15.044	5,9 %
Frankreich	7.135	2,7 %	6.230	2,4 %
Großbritannien	4.181	1,6 %	3.742	1,5 %
Schweiz	3.892	1,5 %	3.861	1,5 %
Spanien	2.420	0,9 %	2.451	1,0 %
Niederlande	2.395	0,9 %	2.988	1,2 %
Belgien	2.012	0,8 %	2.051	0,8 %
Luxemburg	1.979	0,7 %	1.938	0,8 %
Italien	1.966	0,7 %	2.007	0,8 %
Irland	1.031	0,4 %	1.065	0,4 %
Sonstige	4.974	1,9 %	4.502	1,8 %
<b>Südosteuropa</b>	<b>47.167</b>	<b>17,7 %</b>	<b>46.364</b>	<b>18,2 %</b>
Rumänien	22.249	8,4 %	22.206	8,7 %
Kroatien	9.257	3,5 %	8.907	3,5 %
Serbien	7.636	2,9 %	7.477	2,9 %
Bosnien und Herzegowina	2.897	1,1 %	2.879	1,1 %
Albanien	2.644	1,0 %	2.406	0,9 %
Bulgarien	879	0,3 %	942	0,4 %
Sonstige	1.605	0,6 %	1.547	0,6 %
<b>Russland</b>	<b>15.353</b>	<b>5,8 %</b>	<b>14.820</b>	<b>5,8 %</b>
<b>Ukraine</b>	<b>4.806</b>	<b>1,8 %</b>	<b>4.655</b>	<b>1,8 %</b>
<b>Asien</b>	<b>5.031</b>	<b>1,9 %</b>	<b>5.072</b>	<b>2,0 %</b>
<b>Nordamerika</b>	<b>4.557</b>	<b>1,7 %</b>	<b>4.946</b>	<b>1,9 %</b>
<b>Restliche Welt</b>	<b>3.976</b>	<b>1,5 %</b>	<b>3.931</b>	<b>1,5 %</b>
<b>Gesamt</b>	<b>265.877</b>	<b>100,0 %</b>	<b>255.421</b>	<b>100,0 %</b>

<sup>1</sup> Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung

Der größte Anstieg wurde in Zentraleuropa verzeichnet und resultierte im Wesentlichen aus erhöhten Repo-Geschäften in Tschechien, Krediten und Forderungen in Ungarn sowie Anleihen in Tschechien. In Westeuropa begründete sich der Anstieg durch erhöhte Repo-Geschäfte in Deutschland, Frankreich und Großbritannien sowie Anleihen in Deutschland und Frankreich. In Südosteuropa begründete sich der Anstieg durch einen höheren Anleihenbestand und erhöhte Geldmarktgeschäfte in Kroatien und Albanien sowie Verbraucher- und Hypothekarkredite in Serbien.

Kreditobligo des Konzerns nach Branchenzugehörigkeit:

in € Millionen	31.3.2026	Anteil	31.12.2025	Anteil
Kredit- und Versicherungsgewerbe	70.507	26,5 %	64.101	25,1 %
Private Haushalte	52.197	19,6 %	51.021	20,0 %
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherungen	38.868	14,6 %	37.713	14,8 %
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	19.588	7,4 %	19.612	7,7 %
Großhandel Kraftfahrzeughandel	15.986	6,0 %	15.653	6,1 %
Grundstücks- und Wohnungswesen	14.693	5,5 %	14.478	5,7 %
Energieversorgung	7.298	2,7 %	7.496	2,9 %
Baugewerbe	6.847	2,6 %	6.714	2,6 %
Einzelhandel Kraftfahrzeughandel	6.309	2,4 %	6.411	2,5 %
Telekommunikation	3.976	1,5 %	3.841	1,5 %
Erbringung von wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	3.787	1,4 %	3.321	1,3 %
Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen	3.381	1,3 %	3.380	1,3 %
Ernährungsgewerbe	3.288	1,2 %	3.114	1,2 %
Maschinenbau	2.249	0,8 %	2.204	0,9 %
Sonstiges Transportgewerbe	1.928	0,7 %	1.870	0,7 %
Metallerzeugung und -bearbeitung	1.629	0,6 %	1.591	0,6 %
Gewinnung von Erdöl und Erdgas	648	0,2 %	655	0,3 %
Sonstige Branchen	12.698	4,8 %	12.246	4,8 %
<b>Gesamt</b>	<b>265.877</b>	<b>100,0 %</b>	<b>255.421</b>	<b>100,0 %</b>

## Notleidendes Exposure (NPE)

Die RBI wendet die Ausfalldefinition der CRR sowie die dazugehörigen Anforderungen der EBA (EBA/GL/2016/07) an.

Notleidendes Obligo nach der gültigen CRR Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standard (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing exposures):

in € Millionen	NPE		NPE Ratio		NPE Coverage Ratio	
	31.3.2026	31.12.2025	31.3.2026	31.12.2025	31.3.2026	31.12.2025
Regierungen	136	144	2,9 %	3,7 %	4,2 %	4,0 %
Kreditinstitute	1	1	0,0 %	0,0 %	93,2 %	99,6 %
Sonstige Finanzunternehmen	106	129	1,0 %	1,3 %	44,8 %	28,0 %
Nicht-Finanzunternehmen	1.965	1.958	3,9 %	4,0 %	45,0 %	42,9 %
Haushalte	1.077	1.056	2,3 %	2,3 %	61,3 %	61,2 %
<b>Kredite und Forderungen</b>	<b>3.285</b>	<b>3.288</b>	<b>2,1 %</b>	<b>2,2 %</b>	<b>48,7 %</b>	<b>46,5 %</b>
<b>Anleihen</b>	<b>9</b>	<b>9</b>	<b>0,0 %</b>	<b>0,0 %</b>	<b>59,7 %</b>	<b>58,3 %</b>
<b>Gesamt</b>	<b>3.294</b>	<b>3.297</b>	<b>1,6 %</b>	<b>1,7 %</b>	<b>48,7 %</b>	<b>46,5 %</b>

Das Volumen des notleidenden Obligos blieb gegenüber dem Jahresende mit € 3.294 Millionen beinahe unverändert. Organisch ergab sich ein geringer Anstieg von € 7 Millionen, Zentraleuropa stieg um € 32 Millionen, Russland um € 10 Millionen, wohingegen es in Group Corporates & Markets zu einem Rückgang von € 20 Millionen und in Südosteuropa von € 15 Millionen kam. Die NPE Ratio verringerte sich gegenüber dem Jahresende 2025 um 0,1 Prozentpunkte auf 1,6 Prozent vor allem aufgrund des gestiegenen Kreditvolumens, die Coverage Ratio erhöhte sich um 2,2 Prozentpunkte auf 48,7 Prozent.

Entwicklung des notleidenden Obligos nach Asset-Klassen (ohne außerbilanzielle Geschäfte):

in € Millionen	Stand 1.1.2026	Änderung		Zugänge	Abgänge	Stand 31.3.2026
		Konsolidierungskreis	Währung			
Regierungen	144	0	0	0	-8	136
Kreditinstitute	1	0	0	0	0	1
Sonstige Finanzunternehmen	129	0	0	2	-25	106
Nicht-Finanzunternehmen	1.958	0	2	194	-189	1.965
Haushalte	1.056	0	-3	137	-114	1.077
<b>Kredite und Forderungen (NPL)</b>	<b>3.288</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>333</b>	<b>-335</b>	<b>3.285</b>
Anleihen	9	0	-9	9	0	9
<b>Gesamt (NPE)</b>	<b>3.297</b>	<b>0</b>	<b>-9</b>	<b>342</b>	<b>-335</b>	<b>3.294</b>

in € Millionen	Stand 1.1.2025	Änderung		Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2025
		Konsolidierungskreis	Währung			
Regierungen	163	0	0	0	-18	144
Kreditinstitute	1	0	0	0	0	1
Sonstige Finanzunternehmen	333	0	0	83	-287	129
Nicht-Finanzunternehmen	2.293	0	-15	914	-1.233	1.958
Haushalte	1.048	0	17	447	-456	1.056
<b>Kredite und Forderungen (NPL)</b>	<b>3.837</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>1.444</b>	<b>-1.994</b>	<b>3.288</b>
Anleihen	8	0	1	1	-1	9
<b>Gesamt (NPE)</b>	<b>3.845</b>	<b>0</b>	<b>2</b>	<b>1.445</b>	<b>-1.995</b>	<b>3.297</b>

Anteil des notleidenden Obligos (NPE) nach Segmenten (ohne außerbilanzielle Geschäfte):

in € Millionen	NPE		NPE Ratio		NPE Coverage Ratio	
	31.3.2026	31.12.2025	31.3.2026	31.12.2025	31.3.2026	31.12.2025
Zentraleuropa	755	736	1,0 %	1,0 %	58,2 %	58,5 %
Südosteuropa	599	613	1,6 %	1,6 %	66,7 %	65,4 %
Russland	229	219	1,3 %	1,2 %	79,1 %	78,8 %
Ukraine	145	144	3,1 %	3,1 %	83,1 %	82,3 %
Group Corporates & Markets	1.566	1.584	2,8 %	2,9 %	29,5 %	25,9 %
Corporate Center	0	0	0,0 %	0,0 %	100,0 %	100,0 %
<b>Gesamt</b>	<b>3.294</b>	<b>3.297</b>	<b>1,6 %</b>	<b>1,7 %</b>	<b>48,7 %</b>	<b>46,5 %</b>

Mit Wirkung zum 1. Jänner 2026 wurde das Segment Osteuropa in Russland umbenannt.

Zur leichten Reduktion des notleidenden Obligos trug einerseits das Segment Group Corporates & Markets mit € 19 Millionen auf € 1.566 Millionen bei, dafür hauptverantwortlich waren Rückzahlungen in der Höhe von € 147 Millionen hauptsächlich von Nicht-Finanzunternehmen Kunden. Dem gegenüber standen neue Ausfälle hauptsächlich bei Krediten an Nicht-Finanzunternehmen, die NPE Ratio verringerte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 2,8 Prozent, die Coverage Ratio erhöhte sich um 3,6 Prozentpunkte auf 29,5 Prozent.

Die notleidenden Obligos im Segment Südosteuropa verringerten sich um € 15 Millionen, bedingt durch Rückgänge in beinahe allen Ländern. Das Segment Zentraleuropa erhöhte sich um € 20 Millionen, vor allem durch die Slowakei. In Russland kam es zu einem Anstieg um € 11 Millionen.

Notleidendes Obligo mit Restrukturierungsmaßnahmen:

in € Millionen	Refinanzierung		Instrumente mit geänderten Laufzeiten und Konditionen		Gesamt	
	31.3.2026	31.12.2025	31.3.2026	31.12.2025	31.3.2026	31.12.2025
Regierungen	0	0	0	0	0	0
Kreditinstitute	0	0	0	0	0	0
Sonstige Finanzunternehmen	47	4	36	102	83	106
Nicht-Finanzunternehmen	226	187	746	710	971	897
Haushalte	9	8	215	214	224	222
<b>Gesamt</b>	<b>281</b>	<b>199</b>	<b>997</b>	<b>1.025</b>	<b>1.279</b>	<b>1.225</b>

Notleidendes Obligo mit Restrukturierungsmaßnahmen nach Segmenten:

in € Millionen	31.3.2026	Anteil	31.12.2025 <sup>1</sup>	Anteil
Zentraleuropa	201	15,8 %	195	15,9 %
Südosteuropa	146	11,4 %	146	11,9 %
Russland	65	5,1 %	66	5,4 %
Ukraine	126	9,9 %	127	10,4 %
Group Corporates & Markets	740	57,9 %	691	56,4 %
<b>Gesamt</b>	<b>1.279</b>	<b>100,0 %</b>	<b>1.225</b>	<b>100,0 %</b>

## (36) Marktrisiko

Das Marktrisikomanagement basiert auf einem dualen Steuerungsansatz. Für das Gesamtportfolio inklusive des Bankbuchs wird ein Modell verwendet, das auf einer historischen Simulation beruht und für die längerfristige Steuerung der Marktrisiken aus den Bankbüchern geeignet ist (Modell ALL). Für alle Marktrisiken mit unmittelbarer Auswirkung auf die Erfolgsrechnung wird ein Modell verwendet, das die kurzfristige Volatilität gut prognostiziert (Modell IFRS-P&L). Dieser Modellansatz ist von der österreichischen Finanzmarktaufsicht als internes Modell für die Messung des Eigenmittelerfordernisses für Marktrisiken des Handelsbuchs der Konzernzentrale zugelassen. Beide Modelle berechnen Value-At-Risk-Kennzahlen für die Veränderungen der Risikofaktoren Fremdwährungen, Zinsentwicklung, Credit Spreads, implizite Volatilität, Aktienindizes und Basis-Spreads. In den nachstehenden Tabellen ist eine Übersicht der Risikokennzahlen beider Modelle (ALL und IFRS-P&L) sowie die Entwicklung je Risikoart dargestellt.

Modell IFRS-P&L Gesamt VaR (99%, 1d) in € Millionen	VaR per 31.3.2026	Durchschnitts-VaR	Minimum-VaR	Maximum-VaR	VaR per 31.12.2025
Währungsrisiko	1	2	1	6	3
Zinsrisiko	1	1	0	2	2
Credit-Spread-Risiko	5	3	2	5	3
Aktienpreisrisiko	1	1	1	2	1
<b>Gesamt</b>	<b>6</b>	<b>6</b>	<b>5</b>	<b>13</b>	<b>6</b>

Im ersten Quartal 2026 blieb der Gesamt-VaR im IFRS-P&L-Modell im Vergleich zum Jahresende 2025 stabil. Während der VaR des Credit-Spread-Risikos aufgrund der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anstieg, verringerte sich der VaR des Währungs- und Zinsrisikos.

Modell ALL Gesamt VaR (99%, 20d) in € Millionen	VaR per 31.3.2026	Durchschnitts-VaR	Minimum-VaR	Maximum-VaR	VaR per 31.12.2025
<b>Ökonomisches Kapital ALL</b>	<b>543</b>	<b>559</b>	<b>499</b>	<b>643</b>	<b>549</b>
<b>Gesamt ALL (Risikokategorien)</b>					
Währungsrisiko	562	554	500	623	538
Zinsrisiko	275	275	202	349	260
Credit-Spread-Risiko	53	61	53	77	61
<b>Bankbuch (99%, 20d)</b>					
Zinsrisiko im Bankbuch	268	263	200	336	250

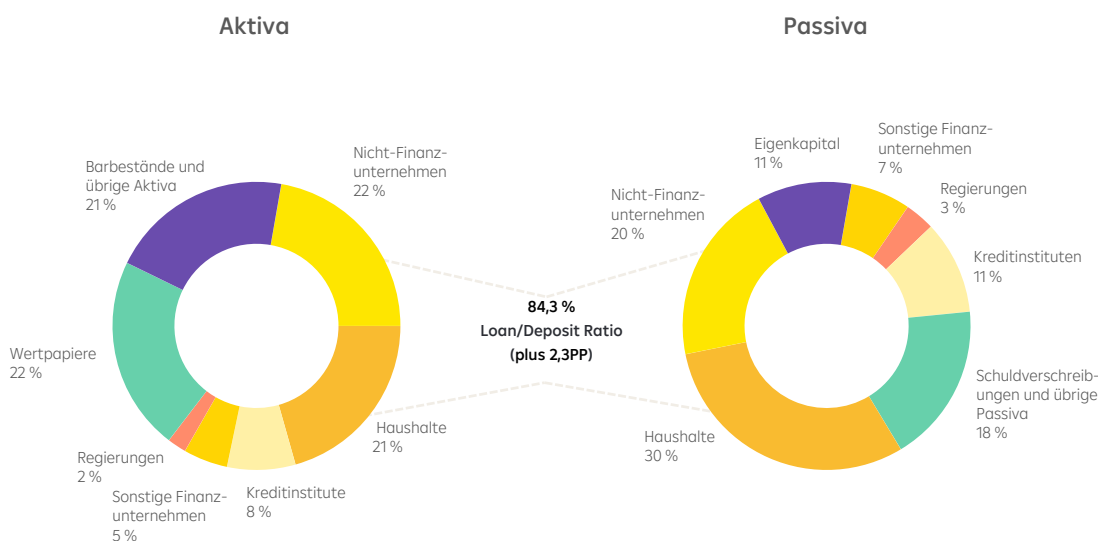
Die Marktrisiko-Steuerung erfolgt auf Basis einer täglichen Überwachung von Marktbewegungen und Positionsänderungen für die Konzernzentrale und -einheiten. Zudem wird die Entwicklung auf den lokalen Märkten täglich aktualisiert und das Risikomanagement aktiv gesteuert, um schnell auf Veränderungen reagieren zu können.

### (37) Liquiditätsmanagement

Die RBI beweist mit ihrer starken Liquiditätsposition und den bewährten Prozessen zur Steuerung des Liquiditätsrisikos kontinuierlich ihre hohe Anpassungsfähigkeit. Der ILAAP-Rahmen und die Governance erwiesen sich erneut als solide und funktionieren auch in Krisenzeiten. Die tägliche Überwachung der Liquiditätsposition mit Hilfe von dynamischen Dashboards zeigte, dass die Infrastruktur und das Monitoring effektiv sind und schnelle Reaktionen in Krisenzeiten unterstützen.

#### Funding-Struktur

Die Funding-Struktur des Konzerns basiert auf einer starken Ausrichtung auf das Retail-Geschäft in Zentral- und Südosteuropa. Darüber hinaus profitiert der Konzern aufgrund der starken Präsenz der österreichischen Raiffeisengruppe im lokalen Markt auch vom Funding durch die Raiffeisenlandesbanken. Gemäß dem Prinzip der Diversifikation werden verschiedene Finanzierungsquellen erschlossen. Diese umfassen die Ausgabe von internationalen Anleihen durch die RBI AG, die Ausgabe von lokalen Anleihen durch die Tochterbanken sowie die Nutzung von Finanzierungsdarlehen von Dritten (inklusive supranationaler Institutionen). Die Tochterbanken nutzen auch Kredite mit Drittbanken, teils aufgrund knapper Länderlimits und teils aufgrund vorteilhafter Preisgestaltung.



#### Liquiditätsposition

Der Going-Concern-Bericht weist die strukturelle Liquiditätsposition aus und deckt dabei alle wesentlichen Risikotreiber ab, die den Konzern in einem normalen Geschäftsmodell (Business as Usual) belasten könnten. Die Ergebnisse des Going-Concern-Szenarios sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Sie veranschaulichen den Liquiditätsüberhang und das Verhältnis von erwarteten Kapitalzuflüssen und der Ausgleichskapazität zu Kapitalabflüssen (Liquiditätsquote) für ausgewählte Laufzeiten auf kumulativer Basis. Die Kapitalflüsse basieren auf Annahmen anhand von Expertenmeinungen, statistischen Analysen und Länderbesonderheiten. Diese Berechnung umfasst zudem Schätzungen zur Beständigkeit von Kundeneinlagen, zu Abflüssen von außerbilanziellen Positionen und zu Marktabschwüngen bei Positionen, die in die Ausgleichskapazität einfließen.

Der Going-Concern-Bericht wurde durch die Ausbuchung der erwarteten Erlöse aus der Vollstreckung der Ansprüche der RBI in die österreichischen Vermögenswerte von Rasperia Trading Limited nicht beeinträchtigt.

in € Millionen	31.3.2026		31.12.2025	
	1 Monat	1 Jahr	1 Monat	1 Jahr
Liquiditätsüberhang	15.455	19.348	15.635	18.779
Liquiditätsquote	192 %	151 %	201 %	156 %

## Liquidity Coverage Ratio (LCR)

Die kurzfristige Belastbarkeit von Banken erfordert eine entsprechende Liquiditätsdeckung in Form einer Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR). Dabei müssen Letztere angemessene Bestände an unbelasteten erstklassigen liquiden Aktiva (High Quality Liquid Assets, HQLA) sicherstellen, um potenzielle Abflüsse durch Verbindlichkeiten, die in Krisenzeiten anfallen können, decken zu können. HQLAs können in Cash umgewandelt werden, um den Liquiditätsbedarf im Rahmen eines Liquiditätsstress-Szenarios für mindestens 30 Kalendertage zu decken.

Die Berechnung der erwarteten Mittelzu- und abflüsse sowie der HQLAs basiert auf regulatorischen Vorgaben. Das regulatorische LCR-Limit beträgt 100 Prozent.

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
Durchschnittliche liquide Aktiva	40.196	41.227
Netto-Abflüsse	29.777	29.232
Zuflüsse	14.933	12.147
Abflüsse	44.710	41.379
<b>Liquidity Coverage Ratio</b>	<b>135 %</b>	<b>141 %</b>

## Net Stable Funding Ratio (NSFR)

Die NSFR wird definiert als das Verhältnis von verfügbarer stabiler Refinanzierung zu erforderlicher stabiler Refinanzierung. Verfügbare stabile Refinanzierung wird definiert als jener Teil der Eigen- und Fremdmittel, von dem zu erwarten ist, dass er über den von der NSFR erfassten Zeithorizont von einem Jahr eine zuverlässige Mittelquelle darstellt. Die erforderliche stabile Refinanzierung einer Bank ist von den Liquiditätsmerkmalen und Restlaufzeiten der verschiedenen gehaltenen Vermögenswerte und der außerbilanziellen Engagements abhängig. Ziel der RBI ist eine ausgewogene Funding-Position. Die erforderliche strukturelle Liquidität sowie die vorhandene strukturelle Liquidität basieren auf regulatorischen Vorgaben. Das regulatorische NSFR-Limit ist 100 Prozent.

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
Erforderliche strukturelle Liquidität	121.275	119.239
Vorhandene strukturelle Liquidität	169.295	169.043
<b>Net Stable Funding Ratio</b>	<b>140 %</b>	<b>142 %</b>

# Sonstige Angaben

## (38) Offene Rechtsfälle

Details zu Gerichts-, Behörden- oder Schiedsverfahren, an denen die RBI beteiligt ist, sind im Geschäftsbericht 2025, im Kapitel Sonstige Angaben unter Punkt (45) Offene Rechtsfälle, ersichtlich. Im Folgenden werden die wesentlichsten Verfahren beschrieben, an denen die RBI derzeit beteiligt ist. Generell können in Verfahren (Verzugs-) Zinsbeträge anfallen, die je nach Dauer des jeweiligen Verfahrens gleich hoch oder höher sein können als die jeweiligen Streitwerte.

Eine Rückstellung wird nur dann gebildet, wenn eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung aufgrund eines vergangenen Ereignisses entstanden ist, die Zahlung wahrscheinlich ist und der Betrag zuverlässig geschätzt werden kann. Eine Eventualverbindlichkeit, die aufgrund eines vergangenen Ereignisses entstanden ist, wird offengelegt, es sei denn die Zahlungen sind höchst unwahrscheinlich. Eine Eventualforderung aufgrund eines vergangenen Ereignisses wird angesetzt, wenn ein Zufluss so gut wie sicher ist. In der nachfolgenden Beschreibung wird in jenen Fällen kein Betrag genannt, in denen in Übereinstimmung mit IAS 37, dies schwerwiegend nachteilig wäre. Die Berechnung der Rückstellung findet in bestimmten Fällen auf einer Portfoliobasis statt, weil die Schätzung der Verpflichtung damit eine höhere Verlässlichkeit aufweist. Die RBI hat ihre Rückstellungen, Eventualforderungen und -verbindlichkeiten in die Gruppen Konsumentenschutz, Bankgeschäfte, Durchsetzung durch Regulierungsbehörden und Steuerfälle eingeteilt.

### Rasperia

Im August 2024 reichte das russische Unternehmen Rasperia Trading Limited (Rasperia) eine Klage gegen die österreichische Gesellschaft STRABAG SE (STRABAG) und mehrere Großaktionäre der STRABAG (STRABAG-Aktionäre) sowie gegen die russische Tochtergesellschaft der RBI, AO Raiffeisenbank, beim russischen Gericht der Region Kaliningrad ein. Rasperia, die 28.500.000 STRABAG-Stammaktien und eine Namensaktie hält, behauptet, dass ihr Aktionärsrechte entzogen worden seien. Insbesondere dürfe sie nicht an Hauptversammlungen teilnehmen oder Mitglieder des Aufsichtsrats der STRABAG ernennen, ihr seien für die vergangenen Jahre keine Dividenden gezahlt worden, und der Anteil von Rasperia an STRABAG wurde 2023 ohne ihre Zustimmung und ohne Abfindung verwässert. Nach Angaben von Rasperia sind durch den Verlust sämtlicher Aktionärsrechte Verluste in Höhe von rund € 1,983 Milliarden entstanden, die sich aus dem Marktwert von Rasperias Anteil an STRABAG sowie aus nicht gezahlten Dividenden und aus Zinsen auf beide Beträge zusammensetzen.

Die AO Raiffeisenbank wird in der Klage als mit den anderen Beklagten in Verbindung stehend erwähnt, ihr wird jedoch kein eigenes Fehlverhalten vorgeworfen. Die RBI AG ist an diesem Verfahren nicht beteiligt.

Rasperia hat die Ansprüche gegen STRABAG und die STRABAG-Aktionäre von den Ansprüchen gegen die AO Raiffeisenbank getrennt:

(i) Der Anspruch gegen STRABAG und die STRABAG-Aktionäre lautet auf Schadenersatz in Höhe von circa € 1,983 Milliarden zuzüglich Zinsen bis zur Urteilsvollstreckung (geforderter Betrag).

(ii) Die Klage gegen die AO Raiffeisenbank soll die Vollstreckung des unter Punkt (i) genannten Urteils in Russland sicherstellen und umfasst daher die Zwangsvollstreckung in die Barmittel der AO Raiffeisenbank (insbesondere hinsichtlich ihrer nicht ausgeschütteten Gewinne) zur Abgeltung des Rasperia zuerkannten Betrags und im Gegenzug die Anerkennung des Eigentums der AO Raiffeisenbank an den von Rasperia gehaltenen 28.500.000 STRABAG-Stammaktien und einer Namensaktie ab dem Tag der Vollstreckung des Urteils gegen die AO Raiffeisenbank.

In der vorbereitenden Tagsatzung am 16. Oktober 2024 wurde der geforderte Betrag von circa € 1,983 Milliarden auf circa € 2,043 Milliarden erhöht.

Am 20. Jänner 2025 hat das russische Gericht in Kaliningrad sein Urteil verkündet und entschieden, dass die STRABAG und die STRABAG-Aktionäre € 2,044 Milliarden an Rasperia zahlen müssen und das Urteil gegen Vermögenswerte der AO Raiffeisenbank vollstreckt werden kann.

In seinem Urteil ist das russische Gericht auch dem Antrag von Rasperia gefolgt, wonach die Eigentumsrechte an den von Rasperia gehaltenen Aktien der STRABAG an die AO Raiffeisenbank übertragen werden sollen. Russische Urteile haben jedoch in Österreich keine bindende Wirkung, weshalb die Übertragung der Aktien nicht durchsetzbar ist. Darüber hinaus sind die STRABAG-Aktien der Rasperia aufgrund von EU-Sanktionen eingefroren, was ihre Übertragung derzeit ebenfalls verhindert.

Am 21. Februar legte die AO Raiffeisenbank gegen dieses Urteil Berufung mit aufschiebender Wirkung ein. Am 24. April 2025 bestätigte das russische Berufungsgericht in St. Petersburg das erstinstanzliche Urteil des russischen Gerichts der Region Kaliningrad. Aufgrund der Entscheidung des St. Petersburger Berufungsgerichts muss die AO Raiffeisenbank den vom russischen Gericht der Region Kaliningrad zugesprochenen Schadenersatz von € 2,044 Milliarden zahlen. Am 25. April 2025 hat die AO Raiffeisenbank gegen das Urteil des Berufungsgerichts ein weiteres Rechtsmittel bei der nächsten russischen Instanz, dem Kassationsgericht in St. Petersburg, eingebracht. Dem Rechtsmittel an das Kassationsgericht war auch ein Antrag auf Aufschub der Vollstreckung des zweitinstanzlichen Urteils angeschlossen, der allerdings bereits vom Kassationsgericht

abgewiesen wurde. In der Gerichtsverhandlung am 4. August 2025 wies das Kassationsgericht in St. Petersburg die Kassationsbeschwerde der AO Raiffeisenbank gegen das Urteil ab. AO Raiffeisenbank hat von der Einlegung eines außerordentlichen Rechtsmittels beim Obersten Gerichtshof der Russischen Föderation abgesehen, um weitere finanzielle Risiken zu minimieren.

Am 30. April 2025 beantragte Rasperia bei der russischen Zentralbank (CBR) die Vollstreckung des Urteils durch Belastung eines Korrespondenzkontos der AO Raiffeisenbank bei der CBR mit dem RUB-Äquivalent von € 1,870 Milliarden (dies entspricht dem Rasperia vom russischen Gericht der Region Kaliningrad zugesprochenen Schadenersatz ohne Zinsen von circa € 174 Millionen). In Entsprechung dieses Antrags wurde noch am 30. April ein Betrag von RUB 174,221 Milliarden von einem CBR - Korrespondenzkonto der AO Raiffeisenbank von der CBR zugunsten von Rasperia abgezogen bzw. gepfändet. Die Rasperia vom russischen Gericht der Region Kaliningrad zugesprochenen Zinsen waren zu diesem Zeitpunkt nicht Gegenstand von Rasperias Vollstreckungsantrag an die CBR, sondern Gegenstand eines zweiten Vollstreckungsantrags vom 26. Mai 2025. Infolgedessen wurde am 27. Mai 2025 ein Betrag von circa RUB 21,599 Milliarden (entsprechend circa € 239 Millionen einschließlich inzwischen aufgelaufener Zinsen) von einem CBR-Korrespondenzkonto der AO Raiffeisenbank durch die CBR zugunsten von Rasperia abgezogen bzw. gepfändet. Dabei hat Rasperia jedoch die Zinsen für den letzten Tag des Zinslaufs nicht vollstreckt. Letztlich wurde durch Rasperia am 15. Juli 2025 mit ihrem dritten Vollstreckungsantrag ein Betrag von circa RUB 36,7 Millionen (dies entspricht circa € 400.000), der dem noch ausstehenden Zinsbetrag entspricht, von einem CBR-Korrespondenzkonto der AO Raiffeisenbank durch die CBR zugunsten von Rasperia abgezogen bzw. gepfändet.

Der RBI-Konzern ist auch weiterhin davon überzeugt, dass die gerichtliche Geltendmachung der Schadenersatzforderung gegen Rasperia in Österreich und deren Vollstreckung in die österreichischen Vermögenswerte von Rasperia auf einer starken rechtlichen Grundlage stehen. Die gerichtliche Geltendmachung des Schadenersatzanspruches gegen Rasperia kann dabei in voller Übereinstimmung mit dem EU-Sanktionsrecht erfolgen, um Schäden zu mindern, indem sie die Vollstreckung gegen die Vermögenswerte von Rasperia in Österreich anstrebt. Die rechtlichen Grundlagen für eine solche Klage sind unter anderem in den EU-Sanktionen (Artikel 11a der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 und Artikel 11b der Verordnung (EU) Nr. 833/2014) verankert, die speziell auf Fälle wie eine solche Klage gegen Rasperia abzielen. Dementsprechend wird ein positives Ergebnis einer solchen Klage unverändert als sehr wahrscheinlich angesehen.

Am 12. August 2025 wurde der AO Raiffeisenbank eine weitere Klage von Rasperia gegen STRABAG und die STRABAG-Aktionäre sowie die AO Raiffeisenbank zugestellt, die beim Schiedsgericht der Region Kaliningrad eingereicht worden war. Rasperia verlangt von STRABAG und den STRABAG-Aktionären den Rubel-Gegenwert von circa € 339 Millionen, der unter anderem Schadenersatz für den Nichterhalt der finanziellen Entschädigung im Zusammenhang mit der im Jahr 2024 durchgeführten Herabsetzung des genehmigten Kapitals von STRABAG sowie für nicht ausgezahlte Dividenden von STRABAG für 2024 und Zinsen auf diese Beträge umfasst, die bis zum Tag der vollständigen Zahlung weiter anfallen werden. Rasperia hat AO Raiffeisenbank auch in diese Klage aufgenommen, um die vollständige Vollstreckung des Urteils in die Vermögenswerte der AO Raiffeisenbank in Russland sicherzustellen. Die RBI AG ist an diesem Verfahren nicht beteiligt. Das Schiedsgericht der Region Kaliningrad hat die Hauptverhandlung für den 20. November 2025 anberaumt. Am 18. Dezember 2025 hat das Schiedsgericht der Region Kaliningrad sein Urteil verkündet und entschieden, dass STRABAG und die STRABAG-Aktionäre verpflichtet sind, an Rasperia € 339 Millionen zu zahlen, und dass das Urteil in die Vermögenswerte von AO Raiffeisenbank vollstreckt werden kann. AO Raiffeisenbank hat gegen dieses Urteil Berufung mit aufschiebender Wirkung eingelegt. AO Raiffeisenbank hat im Dezember 2025 eine Rückstellung in Höhe von € 339 Millionen gebucht. Am 12. März 2026 bestätigte das russische Berufungsgericht in St. Petersburg das erstinstanzliche Urteil des russischen Gerichts der Region Kaliningrad. Aufgrund der Entscheidung des St. Petersburger Berufungsgerichts muss die AO Raiffeisenbank den vom russischen Gericht der Region Kaliningrad zugesprochenen Schadenersatz von € 339 Millionen zahlen. AO Raiffeisenbank hat gegen das Urteil des Berufungsgerichts ein weiteres Rechtsmittel bei der nächsten russischen Instanz, dem Kassationsgericht in St. Petersburg, eingebracht und auch einen Antrag auf Aufschub der Vollstreckung des zweitinstanzlichen Urteils angeschlossen.

Am 20. März 2026 beantragte Rasperia bei der CBR die Vollstreckung des Urteils vom 18. Dezember 2025 durch Belastung eines Korrespondenzkontos der AO Raiffeisenbank bei der CBR mit dem RUB-Äquivalent von rund € 326 Millionen (dies entspricht dem Rasperia vom russischen Gericht der Region Kaliningrad zugesprochenen Schadenersatz ohne Zinsen von circa € 30 Millionen). In Entsprechung dieses Antrags wurde noch am 20. März 2026 ein Betrag von rund RUB 31,567 Milliarden von einem CBR-Korrespondenzkonto der AO Raiffeisenbank von der CBR zugunsten von Rasperia abgezogen bzw. gepfändet. Die Rasperia vom russischen Gericht der Region Kaliningrad zugesprochenen Zinsen waren zu diesem Zeitpunkt nicht Gegenstand von Rasperias Vollstreckungsantrag an die CBR.

### **Antrag auf Erlassung einer Unterlassungsverfügung (Anti-Suit-Injunction)**

Am 9. Juni 2025 hat Rasperia einen Antrag auf Erlass einer Unterlassungsverfügung (Anti-Suit Injunction; ASI) beim russischen Gericht der Region Kaliningrad eingereicht, der sich gegen die STRABAG-Aktionäre und die AO Raiffeisenbank richtet. Laut dem ASI-Antrag beantragt Rasperia (A) die Fortsetzung des in Amsterdam eingeleiteten Schiedsverfahrens der STRABAG-Aktionäre gegen Rasperia (Amsterdam Arbitration) und (B) die Einreichung von Schadenersatzklagen vor ausländischen Gerichten, die sich auf das Kaliningrader Verfahren beziehen, das zum russischen Urteil vom 20. Jänner 2025 führte, zu untersagen. Rasperia beantragt die gerichtliche Strafe in Höhe des RUB-Äquivalents von € 1,09 Milliarden gegen die AO Raiffeisenbank zu vollstrecken, für den Fall, dass einer ASI in Bezug auf das Amsterdam Arbitration nicht entsprochen wird (siehe Punkt (A) oben) und in diesem Zusammenhang behauptet, dass die AO Raiffeisenbank von einem der STRABAG-Aktionäre kontrolliert wird. Am 2. Juli 2025 ergänzte Rasperia ihren ASI-Antrag, um die RBI als Beklagte aufzunehmen, und strebt an, der RBI zu untersagen, ausländische Verfahren wegen Schadenersatzforderungen im Zusammenhang mit den Kaliningrader Verfahren einzuleiten (siehe Punkt (B) oben). Im Juli und September 2025 haben alle STRABAG-Aktionäre das Amsterdamer Schiedsverfahren

eingestellt und ihre Ansprüche unwiderruflich zurückgezogen. Im Gegenzug und zur Vorbereitung auf die mündliche Verhandlung am 13. Oktober 2025 zog Rasperia ihren ASI-Antrag im Zusammenhang mit dem Amsterdamer Schiedsverfahren und der gerichtlichen Strafe von € 1,09 Milliarden zurück (siehe Punkt (A) oben). Das Schiedsgericht der Region Kaliningrad die Verhandlung über Rasperias verbleibenden (i.e. zweiten) ASI-Antrag (siehe Punkt (B) oben) auf den 15. Juli 2026 vertagt.

### **Bewertung rechtlicher Risiken**

Die Bewertung der rechtlichen Risiken, betreffend mögliche Klagen in Österreich, blieb unverändert. Für weitere Details wird auf den Geschäftsbericht 2025 Seite 531 verwiesen.

### **Finanzielle Auswirkungen**

Im Geschäftsjahr 2025 wurde der der Rasperia zugesprochene Schadenersatz in Höhe von € 2.109 Millionen (inklusive Zinsen) vom Korrespondenzkonto der AO Raiffeisenbank durch die russische Zentralbank abgezogen bzw. gepfändet und die dafür zum Jahresende 2024 gebildete Rückstellung in Höhe von € 840 Millionen verbraucht. Aufgrund der geänderten Einschätzung des Managements wurden die erwarteten Erlöse aus der Vollstreckung von Ansprüchen in die österreichischen Vermögenswerte der Rasperia in Höhe von € 1.204 Millionen im Juni 2025 ausgebucht. Trotz der geänderten Bilanzierung bleibt die rechtliche Beurteilung der Schadenersatzforderung der RBI unverändert. Das Management ist weiterhin davon überzeugt, dass die Schadenersatzforderung gegen Rasperia in Österreich und deren Vollstreckung in die österreichischen Vermögenswerte von Rasperia auf einer starken rechtlichen Grundlage stehen.

Am 20. März 2026 beantragte Rasperia bei der CBR die Vollstreckung des Urteils vom 18. Dezember 2025 durch Belastung eines Korrespondenzkontos der AO Raiffeisenbank bei der CBR mit dem RUB-Äquivalent von rund € 326 Millionen (dies entspricht dem Rasperia vom russischen Gericht der Region Kaliningrad zugesprochenen Schadenersatz ohne Zinsen von circa € 30 Millionen).

### **Einstweilige Verfügung (Temporäres Übertragungsverbot)**

Im Zusammenhang mit dem oben genannten Gerichtsverfahren von Rasperia gegen, unter anderem, die AO Raiffeisenbank hatte ein russisches Gericht am 5. September 2024 eine einstweilige Verfügung erlassen, mit der Aktien an der AO Raiffeisenbank mit sofortiger Wirkung einem temporären Übertragungsverbot unterlagen. Das Übertragungsverbot zielte darauf ab den Status quo, bis zur Klärung der Ansprüche von Rasperia, aufrecht zu erhalten. Aufgrund dieser Gerichtsentscheidung konnte die RBI ihre Anteile an der AO Raiffeisenbank nicht übertragen, was die Bemühungen der RBI, eine Mehrheitsbeteiligung an der AO Raiffeisenbank zu verkaufen, erschwerte. Da der Antrag der AO Raiffeisenbank auf Aufhebung der einstweiligen Verfügung abgelehnt wurde, legte die AO Raiffeisenbank am 27. September 2024 ein Rechtsmittel beim zuständigen Berufungsschiedsgericht in St. Petersburg ein. Am 5. Dezember 2024 bestätigte das Berufungsschiedsgericht die einstweilige Verfügung. Die AO Raiffeisenbank legte im Jänner 2025 Berufung beim Kassationsgericht in St. Petersburg ein, die am 24. März 2025 abgewiesen wurde. Es wurde erwartet, dass die Verfügungsbeschränkung über die Aktien der AO Raiffeisenbank, die zur Sicherung der Zahlung von Schadenersatz an Rasperia auferlegt worden war, nach Zahlung des vollständigen Schadenersatzbetrages inklusive Zinsen, wie vom russischen Gericht der Region Kaliningrad der Rasperia zugesprochen, aufgehoben wird. In Folge des Abzugs des gesamten Betrags der Schadenersatzforderung einschließlich der Zinsen, die Rasperia durch das russische Urteil vom 20. Jänner 2025 zugesprochen wurden, hat die AO Raiffeisenbank am 23. Juli 2025 einen Antrag beim zuständigen russischen Gericht auf Aufhebung des temporären Übertragungsverbots gestellt. In der Gerichtsverhandlung am 4. August 2025 gab das Kassationsgericht in St. Petersburg dem Antrag der AO Raiffeisenbank auf Aufhebung der einstweiligen Verfügung statt und hob das Übertragungsverbot für die Aktien an der AO Raiffeisenbank auf.

## **Konsumentenschutz**

### **Kroatien**

In Kroatien wurden in einem von einer Konsumentenschutzorganisation gegen die Raiffeisenbank Austria, d.d., Zagreb (RBHR) und andere kroatische Banken angestregten Verfahren zwei Klauseln für nichtig befunden, die in den Jahren zwischen 2003/2004 und 2008 in Kreditverträgen mit Konsumenten verwendet wurden. Dabei handelt es sich um eine Zinsanpassungs- und eine CHF-Index-Klausel. Gegen den Entscheid über die Zinsanpassungsklausel kann kein Rechtsmittel mehr eingelegt werden. Das Urteil, wonach die CHF-Index-Klauseln unwirksam sind, wurde vom Obersten Gerichtshof des Landes und vom kroatischen Verfassungsgericht bestätigt. RBHR prüft die Möglichkeit, diese Entscheidung anzufechten und reichte im August 2021 einen Antrag beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein. Die Vergabe von CHF-indexierten Darlehen, die nach dem kroatischen Umwandlungsgesetz in Euro-indexierte Darlehen konvertiert wurden, war vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) zur Vorabentscheidung anhängig. Im Mai 2022 veröffentlichte der EuGH eine Vorabentscheidung, aber gab, wie auch der kroatische Oberste Gerichtshof in einem Musterverfahren keine Antwort darauf, ob Konsumenten von bereits konvertierten Darlehen einen Anspruch auf zusätzliche Entschädigungen haben (neben den positiven Effekten, die sich aus der Konvertierung gemäß den Bestimmungen des kroatischen Konsumentenschutzgesetzes 2015 ergaben). Daher bleibt die Frage, ob Konsumenten Anspruch auf eine zusätzliche Entschädigung (ungeachtet der Konvertierung) haben, Sache der innerstaatlichen Gerichte, in erster Linie des kroatischen Obersten Gerichtshofs. Auf Grundlage der bereits zur Unwirksamkeit der Zinsanpassungs- und/oder der CHF-Index-Klausel ergangenen Entscheidungen haben Kreditnehmer jedoch bereits jetzt Ansprüche gegen die RBHR geltend gemacht. In seiner Sitzung im Dezember 2022 vertrat der kroatische Oberste Gerichtshof die Auffassung, dass sich der Anspruch der Verbraucher auf eine zusätzliche Entschädigung nur auf einen Betrag in Höhe der Verzugszinsen auf die bis zur Konvertierung der CHF-indexierten Darlehen in EUR-indexierte Darlehen im Jahr 2015 allfällig

geleisteten Überzahlungen beschränkt. Im April 2023 teilte der Präsident des Obersten Gerichtshofs der Öffentlichkeit jedoch mit, dass die vertretene Rechtsansicht die Kontrolle durch den Registrar für die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs nicht bestanden habe. Der Registrar für die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs ist befugt, eine Entscheidung rückgängig zu machen, wenn er der Ansicht ist, dass sie nicht dem Gesetz entspricht. Inzwischen (Juli 2024) hat der EuGH in den verbundenen Rechtssachen C-554/21, C-622/21 und C-727/21 entschieden, dass eine solche Rechtspraxis (dass ein Richter/Registrar für die Rechtsprechung, der nicht am Entscheidungsprozess beteiligt war, eine endgültige Entscheidung eines anderen Richters oder Rates des Obersten Gerichtshofs stoppen kann) gegen EU-Recht verstößt. Die Harmonisierung des EuGH-Urteils mit der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs steht noch aus. Die Frage, ob Verbraucher aus konvertierten CHF-indexierten Krediten Anspruch auf eine zusätzliche Entschädigung haben, ist noch nicht geklärt. Eine mögliche Lösung (ob Verbraucher Anspruch auf eine zusätzliche Entschädigung haben oder nicht) wird voraussichtlich in den Einzelentscheidungen des kroatischen Obersten Gerichtshofs enthalten sein. Nur derartige Einzelentscheidungen können vor dem Verfassungsgerichtshof angefochten werden. Angesichts der gegenwärtigen rechtlichen Unwägbarkeiten hinsichtlich der Verjährung, der Wirksamkeit der CHF-Index-Klausel/erfolgten Konvertierung, der Berechnung der zusätzlichen Entschädigungen, der weiteren Vorgehensweise, des Ergebnisses des Vorabentscheidungsersuchens und der Anzahl der Kreditnehmer, die diese Ansprüche geltend machen, lassen sich die finanziellen Auswirkungen und der mögliche Schaden zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht endgültig beziffern. In diesem Zusammenhang wurde eine Rückstellung in Höhe von € 49 Millionen (Vorjahr: € 51 Millionen) berücksichtigt.

## Polen

In Polen ist eine erhebliche Anzahl zivilrechtlicher Klagen hinsichtlich bestimmter vertraglicher Regelungen im Zusammenhang mit Hypothekarkrediten an Konsumenten, die in Fremdwährungen denominiert oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind, anhängig. Zum 31. März 2026 lag der Gesamtstreitwert dieser Verfahren bei rund PLN 9.108 Millionen (€ 2.124 Millionen). Die Anzahl derartiger Klagen steigt weiter an.

In diesem Zusammenhang hat sich ein polnisches Gericht an den Gerichtshof der europäischen Union (EuGH) gewandt, um klären zu lassen, ob bestimmte Klauseln dieser Verträge gegen europäisches Recht verstoßen und missbräuchlich verwendet wurden. Die im Oktober 2019 dazu in einem Vorabentscheidungsverfahren ergangene Entscheidung des EuGH (C-260/18) gibt keine Antwort bezüglich einer gänzlichen oder teilweisen Nichtigkeit der Kreditverträge, sondern lediglich eine Orientierungshilfe für die Interpretation, nach welchen Grundsätzen nationale Gerichte auf Einzelfallbasis zu entscheiden haben. Demnach soll ein Kreditvertrag ohne missbräuchliche Klauseln wirksam bleiben, solange dies mit nationalem Recht im Einklang steht. Sofern der Kreditvertrag allerdings ohne die missbräuchliche Klausel nicht mehr aufrechterhalten werden kann, würde der Vertrag insgesamt unwirksam. Sollte die Unwirksamkeit des gesamten Kreditvertrags mit wesentlichen negativen Konsequenzen für den Kreditnehmer verbunden sein, so kann die missbräuchliche Klausel von polnischen Gerichten im Einklang mit nationalem Recht durch eine wirksame Klausel ersetzt werden. Die Konsequenzen einer Unwirksamkeit des Vertrags müssen sorgfältig untersucht werden, sodass der Kreditnehmer alle potenziell negativen Folgen einer Unwirksamkeit bedenken kann.

In einem anderen Verfahren, in dem die RBI involviert ist, ersuchte das Bezirksgericht Warszawa-Wola in Warschau den EuGH um Vorabentscheidung über die Ausgestaltung der vertraglichen Regelungen zur Bestimmung der An- und Verkaufskurse für eine Fremdwährung im Falle von Hypothekendarlehen für Verbraucher, die an eine Fremdwährung indexiert sind. In der Entscheidung vom 18. November 2021 in der Rechtssache C-212/20 vertrat der EuGH die Auffassung, dass der Inhalt einer Klausel eines Darlehensvertrags, die die Ankaufs- und Verkaufskurse einer Fremdwährung festlegt, an die das Darlehen gebunden ist, einem einigermaßen gut informierten und aufmerksamen Verbraucher auf der Grundlage klarer und verständlicher Kriterien ermöglichen muss, zu verstehen, wie der Wechselkurs der Fremdwährung festgelegt wird, der zur Berechnung der Höhe der Rückzahlungsraten verwendet wird. Aufgrund der in einer solchen Bestimmung angegebenen Information soll der Verbraucher in der Lage sein, jederzeit den vom Unternehmen angewendeten Wechselkurs selbst zu ermitteln. In der Begründung führte der EuGH aus, dass eine Bestimmung, die es dem Verbraucher nicht ermöglicht, den Wechselkurs selbst zu bestimmen, missbräuchlich ist. Darüber hinaus wies der EuGH darauf hin, dass das nationale Gericht, wenn die betreffende Klausel eines Verbrauchervertrags missbräuchlich ist, diese Klausel nicht auslegen darf, um ihre Missbräuchlichkeit zu beheben, selbst wenn diese Auslegung dem gemeinsamen Willen der Vertragsparteien entspricht. Nur wenn die Ungültigkeit der missbräuchlichen Klausel das nationale Gericht zur Aufhebung des gesamten Vertrags verpflichten würde, wodurch der Verbraucher besonders nachteiligen Folgen ausgesetzt wäre und damit bestraft würde, könnte das nationale Gericht diese Klausel durch eine ergänzende Bestimmung des nationalen Rechts ersetzen. Der EuGH hat es daher nicht vollständig ausgeschlossen, dass nationale Gerichte in solchen Fällen den Vertrag durch ergänzende Vorschriften des nationalen Rechts ergänzen können, aber Lücken dürfen nicht allein durch nationale Vorschriften allgemeiner Natur gefüllt werden, und ein solches Hilfsmittel darf nur in streng eingeschränkten Fällen, wie vom EuGH angegeben, angewendet werden. Die Beurteilung der Missbräuchlichkeit von Vertragsbestimmungen sowie die Entscheidung über die Vertragsergänzung nach Beseitigung missbräuchlicher Vertragsklauseln fallen jedoch weiterhin in die Zuständigkeit des nationalen Gerichts. Der EuGH hat in keiner Weise entschieden, ob infolge der vorgenannten Aktionen der gesamte Fremdwährungsvertrag nichtig erklärt werden soll.

Am 15. Juni 2023 gab der EuGH sein Urteil in der Rechtssache C-520/21 zu den Folgen der Nichtigklärung eines missbräuchlichen Klauseln enthaltenden Hypothekendarlehensvertrags bekannt. Der an den CHF gekoppelte Hypothekendarlehensvertrag war mit der Begründung für nichtig erklärt worden, dass die Umrechnungsklauseln zur Bestimmung des Wechselkurses in PLN für Zwecke der monatlichen Raten missbräuchlich seien und dass der Darlehensvertrag nach Aufhebung der missbräuchlichen Klauseln nicht fortbestehen könne. Der EuGH stellte fest, dass das EU-Recht nicht ausdrücklich die Folgen der Nichtigklärung

eines Verbrauchervertrags regelt. Die Bestimmung dieser Folgen obliegt der nationalen Gesetzgebung in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Diese nationalen Rechtsvorschriften müssen mit dem EU-Recht und den damit verfolgten Zielen vereinbar sein, insbesondere im Hinblick darauf, dass die Lage des Verbrauchers, in der er sich ohne den für nichtig erklärten Vertrag befunden hätte, wiederhergestellt wird und dass der vom EU-Recht angestrebte Abschreckungseffekt nicht gefährdet wird. Nach den Ausführungen des EuGH steht EU-Recht dem nicht entgegen, dass die Verbraucher von der Bank einen Ausgleich verlangen dürfen, der über die Erstattung der gezahlten monatlichen Raten und der zur Erfüllung des Hypothekendarlehensvertrags gezahlten Kosten sowie die Zahlung von Verzugszinsen zum gesetzlichen Satz ab dem Zeitpunkt der Zahlungsaufforderung hinausgeht. Allerdings ist es Sache der nationalen Gerichte zu beurteilen, ob der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt wird, wenn solchen Forderungen des Verbrauchers stattgegeben wird. Im Gegensatz dazu steht EU-Recht dem entgegen, dass die Bank von dem Verbraucher einen Ausgleich verlangen darf, der über die Erstattung des zur Erfüllung des Hypothekendarlehensvertrags gezahlten Kapitals sowie der Zahlung von Verzugszinsen zum gesetzlichen Satz ab dem Zeitpunkt der Zahlungsaufforderung hinausgeht.

Weitere Konkretisierungen zu den Folgen der Nichtigerklärung eines mit missbräuchlichen Klauseln behafteten Verbraucher-Hypothekendarlehensvertrags hat der EuGH in seinen Urteilen in den Rechtssachen C-756/22 vom 11. Dezember 2023 und C-488/23 vom 12. Januar 2024 und C-424/22 vom 8. Mai 2024 vorgenommen. An keinem dieser Verfahren war die RBI direkt beteiligt. In allen drei Fällen vertrat der EuGH die Auffassung, dass sich die von den vorlegenden Gerichten geforderte Auslegung des EU-Rechts eindeutig aus den früheren Urteilen, insbesondere aus dem im obigen Absatz ausführlich beschriebenen Urteil des EuGH in der Rechtssache C-520/21 vom 15. Juni 2023 ableiten lässt. In der Rechtssache C-756/22 stellte der EuGH fest, dass die Bank nicht berechtigt ist, von einem Verbraucher die Zahlung von Beträgen zu verlangen, die über das in Erfüllung des Darlehensvertrags gezahlte Kapital und die gesetzlichen Verzugszinsen ab dem Zeitpunkt der Zahlungsaufforderung hinausgehen, wenn ein Darlehensvertrag mit der Begründung nichtig erklärt wird, dass er missbräuchliche Klauseln enthält, ohne die er nicht weiter fortbestehen kann. In der Rechtssache C-488/23 stellte der EuGH fest, dass EU-Recht dem entgegensteht, dass Banken von einem Verbraucher – zusätzlich zur Erstattung der zur Vertragserfüllung gezahlten Kapitalbeträge und der gesetzlichen Verzugszinsen ab dem Zeitpunkt der Zahlungsaufforderung – einen Ausgleich verlangen, der in einer gerichtlichen Anpassung der dem gezahlten Kapitalbetrag entsprechenden Leistung im Falle einer wesentlichen Änderung der Kaufkraft der betreffenden Währung nach der Zahlung dieses Kapitals an den betreffenden Verbraucher besteht. In der Rechtssache C-424/22 vom 8. Mai 2024 stellte der EuGH fest, dass die Bank nicht berechtigt ist ein Zurückbehaltungsrecht geltend zu machen, wenn ein Kreditvertrag mit der Begründung nichtig wird, dass er missbräuchliche Klauseln enthält und die Bank daher zu Rückzahlungen an einen Verbraucher verpflichtet ist. Dies bedeutet, dass die Bank eine derartige Zahlung nicht zurückhalten darf, bis der Schuldner alle Beträge zurückgezahlt hat, die er im Rahmen des Kreditvertrags von der Bank erhalten hat.

Wie sich die zuvor genannten EuGH-Urteile auf die Entscheidungen polnischer Gerichte in einzelnen zivilrechtlichen Verfahren auswirken, kann aufgrund der Komplexität und Unterschiedlichkeit von fallspezifischen Faktoren und möglicherweise unterschiedlichen Zusammenhängen und rechtlichen Feinheiten nicht abschließend eingeschätzt werden.

Am 25. April 2024 verabschiedete die gesamte Zivilkammer des polnischen Obersten Gerichts (das OG) einen Beschluss zu rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit Darlehen, die an eine Fremdwährung gekoppelt oder in Fremdwährung denominated sind. Im Einklang mit den Urteilen des EuGH entschied das OG, dass, wenn eine Vertragsklausel, die sich auf einen Indexierungsmechanismus bezieht, als rechtswidrig und nicht bindend angesehen wird, sie nicht durch eine andere Methode zur Bestimmung des Wechselkurses ersetzt werden kann, die sich aus gesetzlichen Bestimmungen oder etablierten Gepflogenheiten ergibt und dass der Darlehensvertrag im verbleibenden Umfang nicht bindend ist. Die Entscheidung darüber, ob eine Vertragsklausel missbräuchlich ist, obliegt dem Gericht, das mit dem Fall des konkreten Darlehensvertrags befasst ist. Ist ein Darlehensvertrag aufgrund rechtswidriger Klauseln nicht bindend, haben beide Parteien einen gesonderten Anspruch auf die Rückzahlung zu Unrecht geleisteter Zahlungen: die Bank auf Rückzahlung des Kapitals und der Kreditnehmer auf Rückzahlung von Zahlungen. Das OG fand keine Rechtfertigung für eine gegenseitige Beilegung der Ansprüche der Parteien durch das Gericht während der Verhandlung des Falles. Die Verjährungsfrist für den Anspruch der Bank auf Rückzahlung der im Rahmen des Kredits gezahlten Beträge beginnt grundsätzlich mit dem Tag, der auf den Tag folgt, an dem der Kreditnehmer die bindende Wirkung des Kreditvertrags gegenüber der Bank angefochten hat. Der Beginn der Verjährungsfrist hängt somit vom Verhalten des Verbrauchers ab und sollte daher für jeden Vertrag individuell geprüft werden. Mit dieser Entscheidung wurde eine frühere Entscheidung des OG geändert, die vorsah, dass die Verjährungsfrist für den Anspruch der Bank beginnt, nachdem der Verbraucher über die möglichen Folgen einer Ungültigkeitserklärung des Kreditvertrags informiert wurde und der Verbraucher einer solchen Ungültigkeitserklärung zustimmt. Das OG schloss außerdem aus, dass eine Partei Zinsen oder eine andere Vergütung für die Verwendung ihrer Mittel in der Zeit zwischen der ungerechtfertigten Zahlung und der Verzögerung bei der Rückerstattung der Zahlung verlangen kann. Obwohl der Beschluss gefasst wurde, um die aufkommenden Auslegungsfragen im Zusammenhang mit Streitigkeiten über Kredite in Schweizer Franken zu klären, sind die daraus resultierenden Schlussfolgerungen auch auf Kredite in anderen Währungen, einschließlich Kredite in Euro, anwendbar.

Der obige Beschluss des OG in Verbindung mit dem früheren EuGH-Urteil bedeutet, dass in Polen tätige Banken die Fremdwährungsportfolien halten, darunter auch RBI, keine zusätzliche Vergütung und/oder Valorisierung im Zusammenhang mit derartigen nichtig erklärten Verträgen, wie oben dargelegt, fordern können. Banken sollen lediglich die Möglichkeit haben, die Rückzahlung des dem Kunden bei Kreditvergabe bereitgestellten Kapitals einzufordern. Dies berührt nicht die Möglichkeit, die Zahlung von Verzugszinsen zu verlangen, sofern die Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Was die Forderung der Banken auf Rückzahlung des Kapitals betrifft, könnten die im Beschluss des OG enthaltenen Leitlinien und die derzeitige Praxis durch das unten angeführte Urteil des EuGH vom 19. Juni 2025 beeinflusst werden.

Am 19. Juni 2025 erließ der EuGH ein weiteres Urteil in der Rechtssache C-396/24. Darin stellte er fest, dass die Richtlinie 93/13/EWG über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen Banken daran hindert, die vollständige Rückzahlung des ausgezahlten Nominalbetrags eines für nichtig erklärten Kreditvertrags zu verlangen, ohne vorherige Rückzahlungen des Verbrauchers zu berücksichtigen (Aufrechnungstheorie). Dieses Urteil könnte die aktuelle Rechtsprechung polnischer Gerichte beeinflussen, die gemäß dem Beschluss des Obersten Gerichtshofs Polens vom 25. April 2024 (wie oben ausführlich beschrieben) die Theorie der „zwei Forderungen“ anwendet. Danach können Banken die vollständige Rückzahlung der im Rahmen eines für nichtig erklärten Vertrags gezahlten Beträge verlangen, unabhängig von den geleisteten Rückzahlungen und dem verbleibenden geschuldeten Restbetrag. Diese Theorie diene auch als Grundlage für Banken, die ehemalige Kreditnehmer klagen um die Kapitalrückzahlung zu sichern. Darüber hinaus verbietet das Urteil die sofortige Vollstreckbarkeit von Entscheidungen zugunsten von Banken, sofern kein angemessener Verbraucherschutz besteht. Die möglichen Auswirkungen auf die polnische Rechtsprechung bleiben ungewiss. Mögliche Resultate reichen von der Annahme einer Aufrechnungstheorie bis hin zur Beibehaltung bestehender Rechtsrahmen, da die Interpretation dieses EuGH-Urteils durch die Gerichte unterschiedlich ausfallen kann.

Am 27. November 2025 erließ der EuGH ein Urteil in der Rechtssache C-746/24, mit dem nationale verfahrensrechtliche Regeln ausgeschlossen werden, die Verbraucher:innen, die sich gegen von Banken eingeleitete Restitutionsansprüche auf Kapital verteidigen, unverhältnismäßig höhere Gerichtskosten auferlegen als jene Kosten, die bei von Verbrauchern selbst geführten Klagen auf Aufhebung des Vertrags entstehen. Es wurde festgestellt, dass eine solche Diskrepanz bei den Rechtskosten die abschreckende Wirkung der Richtlinie 93/13/EWG untergräbt und Verbraucher davon abhalten kann, ihre Rechte im Rahmen des Schutzes gegen missbräuchliche Vertragsbedingungen auszuüben. Das polnische Zivilprozessrecht sieht eine Begrenzung der Höchstbeträge von Gerichtsgebühren für von Verbrauchern eingeleitete Klagen im Zusammenhang mit Bankgeschäften vor. Umgekehrt kann eine Bank, die ein Gerichtsverfahren gegen einen Verbraucher einleitet, nicht von einer solchen Vorzugsbehandlung profitieren und muss die Gerichtskosten nach allgemeinen Regeln tragen, was für das Finanzinstitut zu deutlich höheren anfänglichen Kosten führt. Ungeachtet des Urteils des EuGH behalten die polnischen Gerichte die Befugnis, spezifische nationale Verfahrensvorschriften zur Festlegung der endgültigen Kostenverteilung heranzuziehen, wobei es den Gerichten gestattet ist, von den allgemeinen Grundsätzen der Kostenteilung auf der Grundlage des Billigkeitsgrundsatzes oder des konkreten Verhaltens der Parteien abzuweichen. Folglich hängt die endgültige Auswirkung des Urteils auf die Prozesskosten der RBI von der Ermessensentscheidung der nationalen Gerichte im Einzelfall ab. Die RBI beobachtet weiterhin die juristischen Entwicklungen und kann ihre Rückstellungen für rechtliche Risiken und ihre Verfahrensstrategien anpassen, um potenzielle negative finanzielle Auswirkungen aufgrund dieser Rechtsprechung abzumildern.

Am 22. Jänner 2026 erließ der EuGH ein Urteil in der Rechtssache C-902/24 und entschied, dass nationale Gerichte einer Bank, die die Ungültigkeit eines Hypothekendarlehensvertrags, die von einem Verbraucher geltend gemacht wurde, bestreitet, gestatten können, einen bedingten Aufrechnungsanspruch basierend auf dem Darlehensbetrag zu erheben. Dies ist zulässig, sofern die Forderung der Bank nicht als fällig angesehen wird, bevor das Gericht den Vertrag für ungültig erklärt, und sofern die Zulassung einer solchen Einrede die Aufteilung der Verfahrenskosten nicht in einer Weise beeinflusst, die Verbraucher:innen davon abhalten würde, ihre Rechte gemäß der Richtlinie 93/13/EWG auszuüben. Das Urteil bestätigt, dass das Recht auf ein faires Verfahren alle Parteien, einschließlich der Banken, schützt und einen angemessenen und effektiven Rechtsschutz gewährleistet. Dieses Urteil steht im Einklang mit dem Grundsatz der Wirksamkeit des Verbraucherschutzrechts und wahrt gleichzeitig die Rechtssicherheit und Verhältnismäßigkeit. Dadurch werden Mehrfachverfahren und zusätzliche Kosten vermieden, was den Verbraucher:innen durch eine Vereinfachung der Streitbeilegung zugutekommt. Die letztendliche Auswirkung dieses Urteils auf die einzelnen Fälle hängt von der Auslegung und Anwendung durch die nationalen Gerichte ab, die die spezifischen Fakten und den rechtlichen Kontext jedes Streitfalls berücksichtigen müssen.

Polnische ordentliche Gerichte haben dem EuGH mehrere weitere Fragen zur Auslegung der Richtlinie 93/13/EWG über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen im Zusammenhang mit Fremdwährungsdarlehen vorgelegt. Zu den Fragen gehören unter anderem die Rechtmäßigkeit der Verpflichtung von Verbrauchern zur Zahlung von Rechtskosten, die Unterbrechung der Verjährungsfristen für Forderungen der Banken, die Behandlung verjährter Ansprüche, die Aufrechnungsrechte von Banken, die Erstattung von Versicherungskosten und die Gültigkeit von Vertragsanhängen. Ziel dieser Anfragen ist es, die Vereinbarkeit nationaler Gesetze mit den EU-Verbraucherschutzstandards zu klären.

Die seit 2020 eingegangenen Klagen wurden hauptsächlich durch die Entscheidung des EuGH in der Rechtssache C-260/18 und die gestiegenen Marketingaktivitäten von Anwaltskanzleien, die für Kreditnehmer tätig sind, hervorgerufen. In der laufenden Berichtsperiode verzeichnete die polnische Filiale 865 neue Klagen (Vorjahr: 1.302 neue Klagen), dabei wurden durchschnittlich 288 neue Klagen pro Monat (davon 163 Klagen für Schweizer Franken-Kredite und 129 Klagen für Euro-Kredite) eingebracht. Der Eingang neuer Fälle könnte aufgrund der steigenden Zahl von Vergleichen zwischen der polnischen Filiale der RBI und Kreditnehmern sowie der Tatsache, dass ein erheblicher Teil der Kreditportfolios bereits Gegenstand laufender Rechtsstreitigkeiten ist, was den potenziellen Zufluss neuer Ansprüche naturgemäß einschränkt, weiter zurückgehen.

Darüber hinaus haben sich polnische Gerichte mit weiteren Vorabentscheidungsersuchen in anderen zivilrechtlichen Verfahren an den EuGH gewandt. Diese Entscheidungen könnten zu weiteren Klarstellungen durch den EuGH führen und einen Einfluss darauf haben, wie gerichtsanhängige Verfahren im Zusammenhang mit Fremdwährungskrediten von nationalen polnischen Gerichten entschieden werden.

Die Folgenabschätzung für Kreditverträge, die an eine Fremdwährung gekoppelt sind oder auf eine Fremdwährung lauten, kann auch von dem Ergebnis eines laufenden verwaltungsgerichtlichen Verfahrens aufgrund eines Rechtsmittels der polnischen Filiale der RBI gegen eine Entscheidung des Präsidenten des polnischen Amts für Wettbewerb und Verbraucherschutz (UOKiK) beeinflusst werden. In der angefochtenen Entscheidung wurde behauptet, dass die polnische Niederlassung der RBI an

Praktiken beteiligt war, die kollektive Verbraucherinteressen verletzen. Dies führte zu einer Verwaltungsstrafe gegen die polnische Filiale sowie zur Verpflichtung, den Kreditnehmern Informationen über den Verstoß zur Verfügung zu stellen, falls die Verwaltungsentscheidung rechtskräftig wird. Im Juni 2025 wies das polnische Gericht für Wettbewerbs- und Verbraucherschutz (SOKIK) die Beschwerde der RBI gegen die Entscheidung vollständig ab. Im August 2025 hat die RBI gegen dieses Urteil Berufung beim Berufungsgericht in Warschau eingelegt.

Darüber hinaus leitete der polnische Finanz-Ombudsmann, der im Namen von zwei Kreditnehmern handelte, ein Zivilverfahren gegen die RBI ein, in dem die Anwendung unlauterer Geschäftspraktiken gegenüber Verbrauchern in einem Fall behauptet wird, in dem die RBI – nach Aufhebung eines Kreditvertrags – den vollen ursprünglich ausgegebenen Kreditbetrag ohne zwischenzeitlich geleistete Rückzahlungen sowie für die Verwendung von Kapital durch die Kreditnehmer fällige Beträge, aufgrund des Grundsatzes der ungerechtfertigten Bereicherung eingefordert hatte und verlangt, diese Praxis einzustellen. Im Mai 2023 wurde die Klage des Finanz-Ombudsmanns in erster Instanz abgewiesen. Der Finanz-Ombudsmann legte gegen dieses Urteil Berufung ein, die der RBI zugestellt wurde und die diese ordnungsgemäß beantwortete.

Die RBI ist zudem Klägerin in einer Anzahl laufender Zivilprozesse im Zusammenhang mit bereits beendeten Hypothekarkrediten, die in Schweizer Franken oder Euro denominated oder an diese Währungen gekoppelt waren. Der Gesamtstreitwert belief sich zum 31. März 2026 auf rund PLN 350,3 Millionen (€ 82 Millionen). Die Ansprüche der RBI beziehen sich auf Kapital und Zinsen, die aufgrund rechtlicher Einwände nicht gezahlt wurden. Die Klagen werden auf vertraglicher Grundlage oder auf der Grundlage ungerechtfertigter Bereicherung erhoben.

Darüber hinaus hat die RBI eine Reihe von Gerichtsverfahren aufgrund von Gegenforderungen auf Rückzahlung des Kapitals gegen Kreditnehmer eingeleitet, falls diese die Gültigkeit des Fremdwährungshypothekarkredits gegenüber der RBI anfechten. Die Einreichung der Klagen dient der Sicherung der Ansprüche der RBI und soll deren Verjährung verhindern. Zum 31. März 2026 belief sich der Gesamtstreitwert dieser Verfahren auf PLN 2.538 Millionen (€ 592 Millionen). Die Entscheidung über die Einreichung solcher Klagen wird in den kommenden Jahren von der endgültigen Auswirkung des oben beschriebenen EuGH-Urteils in der Rechtssache C-746/24, von der Entwicklung der nationalen Rechtsprechung und möglichen Gesetzesinitiativen abhängen.

### Themen der polnischen Gesetzgebung

Ende September 2025 verabschiedete die polnische Regierung einen Gesetzesentwurf zur Einführung besonderer Verfahren für Zivilrechtssachen im Zusammenhang mit Krediten, die in Schweizer Franken (CHF) denominated oder an diesen gekoppelt sind. Anfang Oktober 2025 wurde der Entwurf dem Sejm (dem Unterhaus des polnischen Parlaments) vorgelegt, um das Gesetzgebungsverfahren einzuleiten. Hauptziel des Gesetzesentwurfs ist es, Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit CHF-Krediten zu beschleunigen, die Belastung der Gerichte zu verringern und den Verbraucherschutz im Einklang mit der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union zu stärken. In der vorliegenden Fassung würde das Gesetz für Zivilverfahren zwischen Verbrauchern und Banken gelten, die Kredite in CHF oder an diesen gekoppelte Kredite betreffen, einschließlich jener Kredite, die per Annex in CHF-denominierte oder an diesen indexierte Verträge umgewandelt wurden. Kredite in anderen Währungen (insbesondere EUR) oder an diese gekoppelte Kredite würden nicht unter den Anwendungsbereich des Gesetzes fallen. Insgesamt stärkt das vorgeschlagene Rahmenwerk die Rechtsposition von Verbrauchern in Rechtsstreitigkeiten gegen Banken erheblich.

Mit der Zustellung der Klage oder Widerklage des Verbrauchers an die Bank werden die Kreditrückzahlungen automatisch und kraft Gesetzes ausgesetzt, bis das entsprechende Gerichtsverfahren rechtskräftig abgeschlossen ist. Die Aussetzung der Rückzahlungsverpflichtungen des Kreditnehmers stellt keinen Verzug oder eine nicht ordnungsgemäße Erfüllung des Kreditvertrags dar und darf nicht an ein Kredit- oder Schuldnerregister gemeldet werden. Zudem sind alle Einträge in diese Register, die vor der Zustellung der Klage oder Widerklage an die Bank erfolgt sind, zu löschen. In Fällen, in denen die Klage oder Widerklage des Verbrauchers vor Inkrafttreten des Gesetzes an die Bank zugestellt wurde, tritt die Aussetzung der Rückzahlungsverpflichtungen mit dem Inkrafttreten des Gesetzes in Kraft. Ab diesem Datum werden daher die Rückzahlungen aller betroffenen Kreditverträge automatisch kraft Gesetzes ausgesetzt, was möglicherweise zu einer weiteren Verringerung der Mittelzuflüsse aus dem CHF-Kreditportfolio führt. Ungeachtet dessen bleibt die Bank weiterhin verpflichtet, Zahlungen anzunehmen, wenn der vom Kreditnehmer zurückgezahlte Gesamtbetrag unter dem ausgezahlten Gesamtkreditbetrag liegt. Wesentlich ist, dass Verbraucher keine individuellen Anträge auf Aussetzung der Rückzahlung stellen müssen und Gerichte keine Entscheidungen über einstweilige Maßnahmen oder damit verbundene Rechtsmittel mehr erlassen oder überprüfen müssen.

Die im Entwurf vorgeschlagenen prozessualen Maßnahmen zielen darauf ab, die Verfahrensbearbeitung zu vereinfachen. So können Rechtssachen trotz Antrags einer Partei auf öffentliche Anhörung unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt werden, Parteien können Aussagen schriftlich einreichen und die Einvernahme von Zeugen kann mittels technischer Hilfsmittel erfolgen, auch wenn sich eine Partei dagegen ausspricht. Darüber hinaus wurde bei Gericht ein vereinfachter Prozess zur Beendigung von Verfahren nach freiwilliger Zurücknahme der Klage oder Berufung eingeführt. Um eine Einigung und gemeinsame Abstimmung zu erleichtern, ermöglicht der Entwurf dem Beklagten, bis zum Ende der Verhandlung vor dem Gericht zweiter Instanz oder – falls der Fall unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt wird – bis zur Verkündung des Urteils des Gerichts zweiter Instanz eine Aufrechnungseinrede zu erheben. Ebenso kann eine Widerklage bis zum Abschluss der erstinstanzlichen Verhandlung oder – bei Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit – bis zur Verkündung des erstinstanzlichen Urteils eingebracht werden. Der Gesetzesentwurf bietet zudem Anreize für eine gütliche Streitbeilegung, indem er vorsieht, dass bei Rücknahme einer Klage, einer Berufung oder einer Kassationsbeschwerde innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes die Hälfte der Gerichtskosten erstattet wird. Der Gesetzesentwurf sieht zudem

Einschränkungen für die Befugnis des Obersten Gerichtshofs vor, Kassationsbeschwerden in Fällen zu verhandeln, die Kredite mit CHF-Bezug betreffen.

Das Gesetz soll 14 Tage nach seiner Veröffentlichung im offiziellen Gesetzblatt in Kraft treten. Die verkürzte Legislative (vacatio legis) unterstreicht die Dringlichkeit der Maßnahme und könnte den Bankensektor bei der Umsetzung der Bestimmungen vor erhebliche Herausforderungen stellen. Neben den finanziellen Auswirkungen (geringere Mittelzuflüsse aus der Rückzahlung strittiger Kredite) könnten die vorgeschlagenen Regelungen auch die Beilegung von Gerichtsverfahren beschleunigen und damit den Mittelabfluss aus Banken aufgrund der Notwendigkeit, rechtskräftige Urteile umzusetzen, beschleunigen. Sie könnten auch Verbraucher, die noch keine Ansprüche gegen Banken geltend gemacht haben, dazu ermutigen, Klage einzureichen.

### Finanzielle Auswirkungen

Die RBI hat für die in Polen eingebrachten und erwarteten Klagen für Schweizer-Franken- und Euro-Kredite inklusive Verzugszinsen, die an Kunden zu zahlen sein werden, vorgesorgt. Da Klagen von einer Reihe von Kunden eingebracht wurden, basiert diese Rückstellung auf einem statistischen Ansatz, der sowohl statistische Daten, soweit diese relevant sind, als auch Expertenmeinungen berücksichtigt. In diesem Kapitel umfasst der Begriff Rückstellung Vorsorgen gemäß IFRS 9, bei denen der Bruttobuchwert aufgrund einer Anpassung der erwarteten zukünftigen Cashflows um den rückzustellenden Betrag reduziert wird, sowie Rückstellungen gemäß IAS 37.

Die RBI hat ein Portfolio von rund 16,1 Tausend aktiven CHF-Darlehen mit einer Gesamtaushaftung von knapp € 1,2 Milliarden und rund 10,0 Tausend CHF-Darlehen, die bereits getilgt wurden. Dies beinhaltet auch Darlehen, von welchen nicht erwartet wird, dass sie Gegenstand von Rechtsstreitigkeiten werden. Zusätzlich hat die RBI rund 8,5 Tausend in Euro vergebene Darlehen mit einem Volumen von rund € 350 Millionen ausstehend. Rund 9,4 Tausend weitere in Euro vergebene Darlehen wurden bereits zurückbezahlt.

Die sich daraus ergebende Rückstellung beträgt € 1.905 Millionen (Vorjahr: € 1.956 Millionen), davon € 1.695 Millionen für Schweizer-Franken- und € 209 Millionen für Euro-Kredite. Die Gesamthöhe der Rückstellung stellt die bestmögliche Schätzung des zukünftigen Abflusses von wirtschaftlichem Nutzen dar. Bei der Berechnung der Rückstellung für in Polen eingereichte Klagen ist es notwendig, sich eine Meinung zu Sachverhalten zu bilden, die grundsätzlich ungewiss sind, wie beispielsweise regulatorische Verlautbarungen, die Anzahl zukünftiger Klagen, der Umfang, in dem diese aufrechterhalten werden, und die Auswirkungen von Rechtsentscheidungen, die für eingegangene Klagen relevant sein können.

Es verbleiben somit eine Reihe von Risiken und Ungewissheiten. Folglich könnten die tatsächlichen Kosten von den Schätzungen der RBI und den ihnen zugrunde liegenden Annahmen abweichen. Dies könnte dazu führen, dass eine weitere Rückstellung erforderlich wird. Die wesentlichen, quantifizierbaren Unsicherheiten in Bezug auf die Berechnung der Rückstellung beziehen sich auf eine potenzielle Reduzierung der Diskontierungsperiode, einen Rückgang der Abzinsungsrate, einen Anstieg der erwarteten Klagen für ausstehende und getilgte Kredite, eine Erhöhung des durchschnittlichen Verlusts pro Kreditfall für ausstehende und getilgte Kredite sowie auf die Erfolgsquote außergerichtlicher Einigungen.

### Vergleichsprogramm

Bereits 2023 wurde ein außergerichtliches Vergleichsprogramm basierend auf dem Mustervorschlag des Vorsitzenden der polnischen Finanzaufsichtsbehörde gestartet. Das primäre Ziel des Vergleichsprogramms ist die Limitierung der erwarteten Verluste, die aus der aktuellen negativen Rechtsprechung resultieren, die meisten Hypothekarkredite gänzlich zu annullieren. Aufgrund einer verhaltenen Resonanz der Kund:innen auf dieses Programm wurde im Jahr 2024 ein verbessertes Modell zum Zweck einer höheren Akzeptanz entwickelt. Im Gegensatz zu einer Neuberechnung des ausgegeben Kreditvertrags mit angepassten Parametern orientiert sich das überarbeitete Vergleichsprogramm am Rückzahlungsbetrag an die Kund:innen im Fall einer Annullierung abzüglich eines prozentualen Abschlags. In beiden Fällen führt ein Vergleich zu einer Abschreibung eines Teils des Kreditbetrags, abhängig vom individuell ausgehandelten Vergleichsangebot. Die Vergleichsprogramme werden mittels Mediationsverfahren durch die polnische Finanzaufsichtsbehörde abgewickelt.

Die Bank hat bei der Berechnung der Vorsorgen die geschätzte Anzahl der mit Kund:innen abzuschließenden Vergleiche berücksichtigt, die das angepasste Niveau zukünftiger Verluste in diesen Vergleichsfällen widerspiegeln. Die Berücksichtigung von Vergleichen in der Rückstellungsberechnung wird von Faktoren wie dem Rückzahlungsbetrag im Falle einer Annullierung, der Entwicklung der Rechtsprechung und der Verfahrensdauer beeinflusst.

### Rumänien

Im Mai 2023 hat die rumänische Verbraucherschutzbehörde (ANPC) die Methode bestritten, wie Raten im Zusammenhang mit Verbraucher krediten berechnet werden, und behauptet, dass Rückzahlungspläne mit festen Raten, die sich zu Beginn der Rückzahlung aus einem größeren Zinsanteil und einem geringeren Kapitalanteil zusammensetzen, für Verbraucher nachteilig seien und daher zu gleichen Teilen aus Kapital und Zinsen bestehen sollten. Sie erließ eine Anordnung, diese Praxis einzustellen, aber eine Reihe von Banken, darunter die rumänische Netzwerkbank der RBI, Raiffeisen Bank SA, Bukarest, haben vor Gericht eine Aussetzung der Anwendung dieser ANPC-Maßnahme erwirkt. Da der Inhalt der Anordnung unklar ist, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht festgestellt werden, ob es zu negativen finanziellen Auswirkungen auf Raiffeisen Bank SA, Bukarest kommen wird und, wenn ja, welcher mögliche Schaden damit verbunden ist. Im Falle einer zwingenden Änderung der Rückzahlungspläne

könnten die Auswirkungen jedoch erheblich sein. Im Mai 2023 hat Raiffeisen Bank SA, Bukarest die Gültigkeit der „Feststellungen“ der ANPC vor Gericht angefochten und das Gericht hat entschieden, dass die ANPC-Maßnahme ausgesetzt werden soll, bis es eine endgültige gerichtliche Entscheidung im Anfechtungsverfahren gibt. Im Juni 2025 gewann die Raiffeisen Bank SA, Bukarest das Verfahren gegen die Feststellungen. Da diese Entscheidung rechtskräftig ist, kann der Prozess bezüglich der ANPC-Anordnung fortgesetzt werden.

Im Juni 2024 erhielt Raiffeisen Bank SA, Bukarest einen weiteren ANPC-Bericht, der im Wesentlichen auch den gesamten rumänischen Bankenmarkt betrifft und auf einer ANPC-Untersuchung darüber basiert, wie Banken der Verpflichtung zur ausreichenden Information der Kund:innen nachkommen. Basierend auf dem Vorwurf einer „betrügerischen Praxis“ der Banken verlangt der Bericht von den Banken, folgende Maßnahmen zu ergreifen: (i) Bei Verbraucherkrediten mit variablen Zinssätzen ist ANPC der Meinung, dass die Banken einen Zinssatz hätten anwenden sollen, der aus einem öffentlichen Index (wie ROBOR, EURIBOR, etc.) plus einer Marge besteht, und nicht eine Art „Marktzinssatz“ (nicht an einen öffentlichen Index gebunden). Somit müssten variable Zinssätze, die als „Marktzinssätze“ ausgestaltet sind, auch rückwirkend, neu berechnet werden, indem vom anfänglichen variablen Zinssatz der zu Beginn der ersten variablen Zinsperiode gültige öffentliche Index abgezogen wird. Die Differenz würde dann als Marge auf den öffentlichen Index angewendet, der für die jeweilige variable Zinsperiode gilt, und das Ergebnis würde den Zinssatz für diese Periode darstellen. Da sich die Ratenzahlungen aus Zins- und Tilgungszahlungen zusammensetzen, unterliegen alle Komponenten einer Neuberechnung, als ob der Index plus Marge von Anfang an angewendet worden wäre. (ii) Bei CHF-Darlehen müssten die ausstehenden Kapitalbeträge sowie die Raten neu berechnet werden, indem das CHF-Exposure zu dem zum Datum der jeweiligen Kreditverträge gültigen Wechselkurs in Euro umgerechnet wird und die Raten berechnet werden, als ob die Kredite in Euro gewährt worden wären, jedoch unter Anwendung des CHF-Zinssatzes. Beide Maßnahmen scheinen sowohl für laufende Kredite als auch für Kredite zu gelten, die in den letzten sechs Monaten vor dem Datum des ANPC-Berichts (7. Juni 2024) zurückgezahlt wurden. Raiffeisen Bank SA, Bukarest ist der Meinung, dass sie rechtskonform gehandelt hat und hat gegen den ANPC Bericht Rechtsmittel eingelegt. Beide von der ANPC beschlossenen Maßnahmen sind ausgesetzt, bis eine endgültige gerichtliche Entscheidung in der Sache vorliegt. Sollte diese Klage abgewiesen werden, wird dies infolge der beiden zuvor erwähnten Neuberechnungsmaßnahmen, zu Rückzahlungen an Kund:innen führen.

## Bankgeschäft

RBI ist in einem Rechtsstreit mit einem Unternehmen auf den Cayman Islands (Cayman Islands Gesellschaft) und anderen Gegenparteien (einschließlich mehrerer Tochterunternehmen und einem Vorstandsmitglied der Cayman Islands Gesellschaft) beteiligt, bei dem es um die Nichtzahlung unter Garantien geht, die von der früheren Muttergesellschaft der Cayman Islands Gesellschaft (Muttergesellschaft) gegeben wurden. Im August 2019 leitete die RBI ein Verfahren gegen die Cayman Islands Gesellschaft (und weitere Gegenparteien) beim Grand Court of the Cayman Islands, Financial Services Division (dem Gerichtshof der Cayman Islands) ein. In diesen Verfahren macht RBI, allgemein formuliert, geltend, dass die Muttergesellschaft durch eine Reihe betrügerischer Transfers ihrer Vermögenswerte beraubt wurde, um die Durchsetzung von Garantien zugunsten der RBI zu verhindern. Im September 2019 erwirkte die RBI eine einstweilige Verfügung gegen die Cayman Islands Gesellschaft, die die Möglichkeit, über ihr Vermögen zu verfügen, einschränkte (die Freezing Order), bis das Verfahren vor dem Gerichtshof der Cayman Islands entschieden wird. Im November 2019 reichte die Cayman Islands Gesellschaft eine Bestreitung und eine Gegenklage vor dem Gerichtshof der Cayman Islands ein, die darin enthaltene Gegenklage in Höhe von € 203 Millionen gegen die RBI. Die Cayman Islands Gesellschaft baut ihre Gegenklage dabei auf Dokumenten auf, deren Vorlage die Cayman Islands Gesellschaft bislang verweigert hat. Das Verfahren vor dem Gerichtshof der Cayman Islands wurde im Jahr 2020 um weitere Gegenparteien erweitert. Im Dezember 2021 wies das Berufungsgericht der Cayman Islands die Versuche der Cayman Island Gesellschaft und anderer Gegenparteien ab, die Freezing Order und die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Cayman Islands anzufechten. Diese Anträge wurden abgelehnt und der RBI ein Kostenersatz zugesprochen. Im Jahr 2023 änderte die RBI ihre Klage ab, nahm ein Vorstandsmitglied der Cayman Island Gesellschaft (Vorstandsmitglied) als Gegenpartei in die Verfahren vor dem Gerichtshof der Cayman Islands auf und erhöhte ihre Schadensersatzforderung von rund € 44 Millionen auf rund € 106 Millionen, zuzüglich Zinsen und Kosten. Über einen Antrag des Vorstandsmitglieds auf Anfechtung der Zuständigkeit und seine Miteinbeziehung in das Verfahren vor dem Gerichtshof der Cayman Islands wurde im Februar 2025 verhandelt und dieser Antrag im April 2025 abgewiesen, wobei RBI ein Kostenersatz zugesprochen wurde. Die Klagebeantwortung des Vorstandsmitglieds wurde im August 2025 eingebracht. Nach einer „Case Management Conference“ -Tagsatzung (iW: Festlegung des Prozesszeitplans) im September 2025 wurde angeordnet, dass das Hauptverfahren im September 2027 beginnen soll. Ebenfalls im September 2025 wurde das Verfahren um eine neue Gegenpartei (eine Tochtergesellschaft der Cayman Islands Gesellschaft) erweitert. Diese Gegenpartei gab dem Gerichtshof der Cayman Islands Verpflichtungserklärungen in im Wesentlichen derselben Form ab wie die Freezing Order, und sowohl die Cayman Islands Gesellschaft als auch die neue Gegenpartei wurden angewiesen, alle ihre Vermögenswerte im Wert von über € 3 Millionen offenzulegen, wobei weitere Informationen von den Wirtschaftsprüfern der Cayman Islands Gesellschaft bereitgestellt werden sollen, um die Überwachung der Freezing Order zu unterstützen. Weitere damit verbundene Verfahren wurden von Gegenparteien innerhalb der Unternehmensgruppe der Cayman Islands Gesellschaft gegen die RBI in Malta und British Columbia (Kanada) eingebracht. Diese Verfahren werden von RBI ausgefochten, aber nur mit dem Ziel von Feststellungen und nicht eines Schadensersatzanspruches. Das maltesische Gericht hat das Verfahren in Malta formell ausgesetzt, bis der Ausgang des Verfahrens vor dem Gerichtshof der Cayman Islands feststeht.

Im Februar 2025 wurde der Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, einer Tochtergesellschaft der RBI, eine beim Handelsgericht Wien eingebrachte Klage auf Schadensersatz in Höhe von € 50 Millionen und Feststellung der Haftung (Bewertung € 1 Million) im Zusammenhang mit Malversationen eines früheren Mitarbeiters der Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft zugestellt. Obwohl die Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft den Kläger in Höhe des von der Malversation betroffenen Betrags bereits entschädigt hatte, konnte sie mit dem Kläger keine außergerichtliche Einigung über die Höhe des damit verbundenen

hypothetischen Gewinnentgangs erzielen. Im März 2026 wurde der Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft eine Ausdehnung der Klage um weitere ca. € 85 Millionen zugestellt, davon ca. € 48 Millionen für angeblich entgangene hypothetische Gewinne einschließlich Verzugszinsen und ca. € 37 Millionen für die Kapitalertragsteuer (KESt) auf die geltend gemachten entgangenen Gewinne. Die Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft bestreitet weiterhin den geforderten Betrag, da sie nach wie vor der Ansicht ist, dass die Berechnung entgangenen hypothetischen Gewinne durch den Kläger eine fundierte Basis und Begründung vermissen lässt. Auf Initiative des Gerichts haben die Parteien parallel zum laufenden Gerichtsverfahren ein Mediationsverfahren eingeleitet, um eine außergerichtliche oder gerichtliche Einigung zu erzielen. Der geforderte Betrag ist deutlich höher als der von der Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft berechnete Betrag, der auch durch ein externes in Rechtsgutachten gestützt wird. Aufgrund der rechtlichen Einschätzung der Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft wurde eine Rückstellung in angemessener Höhe gebildet.

## Durchsetzung durch Regulierungsbehörden

Im Jänner 2023 wurde die RBI von der FMA informiert, dass ein Verwaltungsstrafverfahren wegen einer angeblichen Nichteinhaltung von bestimmten rechtlichen Vorschriften bezüglich des Know-Your-Customer Prinzips in Verbindung mit drei Kunden aus dem Korrespondenzbankgeschäft der RBI eingeleitet wurde. Die verfahrensgegenständlichen Transaktionen wurden von der RBI zwischen 2017 und 2020 abgewickelt. Gemäß der Auslegung der FMA hätte sich die RBI nicht ausreichend davon überzeugt, dass diese Banken angemessene Due-Diligence-Prozesse zu ihren eigenen Kunden aus deren eigenen Korrespondenzbankgeschäft implementiert hätten. Daher wäre es der RBI, aus Sicht der FMA, nicht gelungen, ihre Verpflichtungen aus den entsprechenden Verwaltungsvorschriften vollständig zu erfüllen. Die FMA hat allerdings nicht behauptet, dass tatsächlich Geldwäsche oder ein anderes Verbrechen stattgefunden hätte oder dass ein Verdacht auf oder in Zusammenhang mit einer anderen kriminellen Handlung vorgelegen sei. Im Juni 2024 stellte FMA das Verwaltungsstrafverfahren in Bezug auf eine Bank ohne Strafe ein, verhängte aber eine Verwaltungsstrafe von € 2,07 Millionen über RBI in Bezug auf die anderen beiden Banken. Im Juli 2024 brachte RBI ein Rechtsmittel beim Bundesverwaltungsgericht (BVwG) ein und daher ist die Verwaltungsstrafe noch nicht rechtskräftig. Das BVwG hat das Rechtsmittelverfahren vorübergehend ausgesetzt, um den EuGH um Vorabentscheidung über die Einbindung und die Behandlung von natürlichen Personen, die für eine juristische Person tätig sind, als Voraussetzung für die Bestrafung eben solcher juristischen Person zu ersuchen. Im Jänner 2026 hat der EuGH sein Urteil zu den gegenständlichen Rechtsfragen verkündet und es wird erwartet, dass das BVwG das Rechtsmittelverfahren in den kommenden Monaten fortsetzen wird.

Am 6. April 2026 erhielt die rumänische Tochtergesellschaft der RBI, die Raiffeisen Bank S.A., den vorläufigen Bericht zu der Untersuchung, die durch Beschluss Nr. 1267/24.10.2022 des Präsidenten des rumänischen Wettbewerbsrats eingeleitet wurde. Gegenstand der Untersuchung ist ein mutmaßlicher Verstoß gegen Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a des rumänischen Wettbewerbsgesetzes Nr. 21/1996 und Artikel 101 Absatz 1 Buchstabe a des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Die Untersuchung betrifft eine mögliche Absprache und/oder abgestimmte Verhaltensweise im Zusammenhang mit der koordinierten Festlegung des ROBOR-Wertes durch alle an der Ermittlung dieses rumänischen Leu-Referenzzinssatzes beteiligten Banken im Rahmen des sogenannten „Fixing“-Verfahrens. Laut Bericht schlägt der Wettbewerbsrat eine Geldbuße in Höhe des gesetzlichen Höchstbetrags von 10 Prozent des unkonsolidierten Umsatzes 2025 der Raiffeisen Bank S.A. vor. Der Bericht stellt eine Zwischenstufe im Verfahren vor den Anhörungen vor dem Wettbewerbsrat dar. Die Raiffeisen Bank S.A. hält an ihrer während der gesamten Untersuchung vertretenen Position fest, wonach ihr Verhalten stets im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen für die Funktionsweise des Geldmarkts stand. Sollte der Wettbewerbsrat eine Entscheidung erlassen, wonach die beteiligten Banken den ROBOR manipuliert haben, kann die Möglichkeit weiterer Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegen die Raiffeisen Bank S.A. nicht ausgeschlossen werden. Die Raiffeisen Bank S.A. wird alle ihr gesetzlich zur Verfügung stehenden Rechtsmittel ausschöpfen, um ihre Argumente vorzutragen und ihre Position gegenüber den zuständigen Behörden, gegebenenfalls auch vor Gerichten, zu vertreten.

## Steuerfälle

In Rumänien führte die Steuerprüfung der rumänischen Steuerbehörden für den Zeitraum 2011 bis 2016 zu einer außerordentlichen Steuerbelastung in Höhe von rund RON 158 Millionen (€ 31 Millionen) an zusätzlichen Steuern und rund RON 105 Millionen (€ 21 Millionen) an Strafzahlungen. In Verwaltungs- und Gerichtsverfahren, die zum Teil noch nicht abgeschlossen sind, konnte die außerordentliche Steuerlast bisher auf RON 235 Millionen (€ 46 Millionen) reduziert werden.

### (39) Angaben zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Unternehmen mit einem maßgeblichen Einfluss sind im Wesentlichen die Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG, Wien, als größter Einzelaktionär und ihre Muttergesellschaft, die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Wien, sowie deren vollkonsolidierte Unternehmen. Unter verbundenen Unternehmen sind wegen Unwesentlichkeit nicht konsolidierte verbundene Unternehmen dargestellt.

Die Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen beschränken sich auf Bankgeschäfte, die zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen wurden. Darüber hinaus besitzen die Vorstände Aktien der RBI AG. Detaillierte Informationen dazu sind auf der RBI-Homepage ersichtlich.

31.3.2026 in € Millionen	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen
<b>Ausgewählte finanzielle Vermögenswerte</b>	<b>101</b>	<b>475</b>	<b>1.055</b>
Eigenkapitalinstrumente	0	214	702
Schuldverschreibungen	83	0	100
Kredite und Forderungen	18	260	253
<b>Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten</b>	<b>2.790</b>	<b>207</b>	<b>4.713</b>
Einlagen	2.790	207	4.712
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	1
<b>Sonstige Posten</b>	<b>135</b>	<b>145</b>	<b>524</b>
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	107	145	494
Erhaltene Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	28	0	30
Nominalwert von Derivaten	176	0	1.038
Kumulierte Wertminderungen, kumulierte negative Veränderungen des Fair Values aufgrund von Kreditrisiken und Rückstellungen für notleidende Forderungen	0	-2	0

31.12.2025 in € Millionen	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen
<b>Ausgewählte finanzielle Vermögenswerte</b>	<b>90</b>	<b>477</b>	<b>1.091</b>
Eigenkapitalinstrumente	0	222	721
Schuldverschreibungen	62	0	110
Kredite und Forderungen	28	254	259
<b>Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten</b>	<b>2.384</b>	<b>207</b>	<b>4.718</b>
Einlagen	2.384	207	4.717
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	1
<b>Sonstige Posten</b>	<b>115</b>	<b>159</b>	<b>515</b>
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	83	159	504
Erhaltene Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	31	0	11
Nominalwert von Derivaten	174	0	1.054
Kumulierte Wertminderungen, kumulierte negative Veränderungen des Fair Values aufgrund von Kreditrisiken und Rückstellungen für notleidende Forderungen	0	-2	0

1.1.-31.3.2026 in € Millionen	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen
Zinserträge	1	2	4
Zinsaufwendungen	-12	-1	-25
Dividendenerträge	0	11	5
Provisionserträge	0	5	4
Provisionsaufwendungen	-4	0	-5
Zu-/Abnahme von Wertminderungen, Fair-Value-Änderungen aufgrund von Kreditrisiko und Rückstellungen für notleidende Forderungen	0	2	0

1.1.-31.3.2025 in € Millionen	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen
Zinserträge	0	3	3
Zinsaufwendungen	-14	-1	-30
Dividendenerträge	0	8	8
Provisionserträge	1	6	3
Provisionsaufwendungen	-3	0	-5
Zu-/Abnahme von Wertminderungen, Fair-Value-Änderungen aufgrund von Kreditrisiko und Rückstellungen für notleidende Forderungen	0	0	0

## (40) Mitarbeiter:innen

in Vollzeitäquivalenten	1.1.-31.3.2026	1.1.-31.3.2025 <sup>1</sup>
Durchschnittliche Mitarbeiteranzahl	42.298	42.862
davon Angestellte	42.182	42.708
davon Arbeiter	116	154
in Vollzeitäquivalenten	31.3.2026	31.12.2025
Stichtagsbezogene Mitarbeiteranzahl	42.154	42.425
davon Inland	5.045	5.048
davon Ausland	37.109	37.377

<sup>1</sup> Adaptierung der Vorperiode aufgrund geänderter Zuordnung

## Regulatorische Angaben

### (41) Kapitalmanagement und Eigenmittel nach CRR/CRD IV bzw. BWG

Die RBI unterliegt den Eigenmittelerfordernissen gemäß Artikel 92 CRR sowie dem kombinierten Kapitalpuffererfordernis gemäß BWG, das einen Kapitalerhaltungspuffer (§ 22 BWG), einen Systemrisikopuffer (§ 23e BWG), einen Kapitalpuffer für systemrelevante Institute (§ 23d BWG) und einen antizyklischen Kapitalpuffer (§ 23a BWG) umfasst. Seit dem 1. Juli 2025 ist die RBI zudem verpflichtet, den neu eingeführten sektoralen Systemrisikopuffer für risikogewichtete Aktiva im Bereich der gewerblichen Immobilien in Österreich einzuhalten (§ 23d (7) BWG). Eine Verletzung dieser Anforderungen könnte zu Einschränkungen bei Dividendenausschüttungen und Kuponzahlungen führen.

Das in Österreich dafür zuständige Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) hat der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) empfohlen, einen Systemrisikopuffer (SyRP) und einen Kapitalpuffer für systemrelevante Banken (O-SII-Puffer) für die RBI zu verordnen. Seit 1. Jänner 2025 beträgt der SyRP 1 Prozent auf konsolidierter und 0,5 Prozent auf unkonsolidierter Ebene, der O-SII-Puffer 1,75 Prozent sowohl auf konsolidierter als auch auf unkonsolidierter Ebene. Der Kapitalerhaltungspuffer beträgt 2,5 Prozent. Der ab dem 1. Juli 2025 neu eingeführte sektorale Systemrisikopuffer für risikogewichtete Aktiva im Bereich der gewerblichen Immobilien in Österreich beträgt 1 Prozent und ist auf konsolidierter sowie auf Einzelbasis einzuhalten. Im FMA Begutachtungsentwurf zur Änderung der Kapitalpuffer-Verordnung 2025 vom 17. Februar 2026 sieht die FMA vor, den Puffersatz schrittweise in zwei Etappen anzuheben, nämlich auf 2 Prozent mit Wirkung zum 1. Juli 2026 und auf 3,5 Prozent mit Wirkung zum 1. Juli 2027. Sie ist damit der Empfehlung des FMSG (FMSG Empfehlung FMSG/6/2025 vom 12. Dezember 2025) nachgegangen. Der antizyklische Kapitalpuffer hingegen wurde in Österreich auf 0 Prozent festgesetzt, ergibt jedoch auf Basis jener Pufferraten, die in anderen EU-Mitgliedsstaaten für Banken festgelegt werden, und der entsprechenden gewichteten Durchschnittsberechnung des Geschäfts der RBI 0,72 Prozent.

Darüber hinaus schreibt die EZB der RBI mit Wirkung 1. Jänner 2026 auf Basis des jährlich durchgeführten Supervisory Review and Evaluation Prozesses (SREP) zusätzliches Kapital (Pillar 2 Capital Requirement, P2R) in Höhe von 2,78 Prozent vor, um Risiken abzudecken, die in Säule 1 nicht ausreichend berücksichtigt sind. Diese Anforderungen gelten auf konsolidierter Ebene. Zudem erwartet die EZB die Einhaltung der Pillar 2 Guidance (P2G) in Höhe von 1 Prozent.

Die Kapitalanforderungen wurden laufend eingehalten, und zum 31. März 2026 ergab sich für die harte Kernkapitalquote (inkl. kombinierter Kapitalpuffererfordernisse) ein Erfordernis in Höhe von 12,04 Prozent, unter Berücksichtigung des P2G eine Quote in Höhe von 13,04 Prozent. Regulatorische Veränderungen werden beobachtet und in der Planung berücksichtigt.

Das Inkrafttreten der Verordnung (EU) 2024/1623 (CRR III) zum 1. Jänner 2025 führte zu wesentlichen Änderungen bei der Berechnung der risikogewichteten Aktiva und der Kapitalanforderungen, insbesondere durch die Einführung des Output Floor und überarbeiteter Standards für das Kredit- und operationelle Risiko. Diese regulatorischen Änderungen bilden die Grundlage für Verschiebungen innerhalb der einzelnen Risikopositionen einschließlich der Aufhebung oder Neudefinition einzelner Kategorien. Infolgedessen ist eine Vergleichbarkeit mit historischen Zahlen nicht mehr uneingeschränkt möglich.

## Eigenmittelrechnung

Die nachfolgend dargestellten konsolidierten Werte wurden nach den Bestimmungen der Capital Requirements Regulation (CRR) sowie weiteren gesetzlichen Bestimmungen, wie z. B. den Implementing Technical Standards (ITS) der European Banking Authority (EBA), ermittelt.

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	5.988	5.987
Einbehaltene Gewinne	17.111	15.743
Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen)	-4.202	-4.184
Minderheitsbeteiligungen (zulässiger Betrag in konsolidiertem CET1)	700	745
Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne, abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden	-537	736
<b>Hartes Kernkapital (CET1) vor regulatorischen Anpassungen</b>	<b>19.061</b>	<b>19.027</b>
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	-62	-55
Abzugsposten für neu gebildete Wertberichtigungen	-141	0
Immaterielle Vermögenswerte (verringert um eventuelle Steuerschulden) (negativer Betrag)	-700	-679
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen derjenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Absatz 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	-9	-8
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	4	8
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-29	-35
Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	2	4
Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	-20	-20
Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1250% zuzuordnen ist, wenn das Institut als Alternative jenen Forderungsbetrag vom Betrag der Posten des harten Kernkapitals abzieht	-25	-26
davon: Verbriefungspositionen (negativer Betrag)	-25	-26
Sonstige regulatorische Anpassungen	-72	-123
<b>Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals (CET1) gesamt</b>	<b>-1.052</b>	<b>-934</b>
<b>Hartes Kernkapital (CET1)</b>	<b>18.008</b>	<b>18.093</b>
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	1.817	1.669
Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 4 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das AT1 ausläuft	0	0
Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählende Instrumente des qualifizierten Kernkapitals (einschließlich nicht in Zeile 5 enthaltener Minderheitsbeteiligungen), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	47	48
<b>Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor regulatorischen Anpassungen</b>	<b>1.865</b>	<b>1.717</b>
<b>Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (AT1) insgesamt</b>	<b>-33</b>	<b>-33</b>
<b>Zusätzliches Kernkapital (AT1)</b>	<b>1.832</b>	<b>1.684</b>
<b>Kernkapital (T1 = CET1 + AT1)</b>	<b>19.840</b>	<b>19.776</b>
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	2.162	2.167
Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente (einschließlich nicht in den Zeilen 5 bzw. 34 enthaltener Minderheitsbeteiligungen und AT1-Instrumente), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	38	38
Kreditrisikoanpassungen	0	0
<b>Ergänzungskapital (T2) vor regulatorischen Anpassungen</b>	<b>2.200</b>	<b>2.204</b>
<b>Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2) insgesamt</b>	<b>-30</b>	<b>-30</b>
<b>Ergänzungskapital (T2)</b>	<b>2.170</b>	<b>2.174</b>
<b>Eigenmittel gesamt (TC = T1 + T2)</b>	<b>22.011</b>	<b>21.951</b>
<b>Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)</b>	<b>103.899</b>	<b>100.924</b>

## Eigenmittelerfordernis und risikogewichtete Aktiva

Die nachfolgende Tabelle zeigt das risikogewichtete Obligo gemäß Verordnung (EU) 2024/1624 (CRR III/Basel IV):

in € Millionen	31.3.2026		31.12.2025	
	Risikogewichtetes Obligo	Output floor - standardisiertes risikogewichtetes Obligo	Risikogewichtetes Obligo	Output floor - standardisiertes risikogewichtetes Obligo
<b>Gesamtrisikobetrag</b>	<b>103.899</b>	<b>123.977</b>	<b>100.924</b>	<b>121.613</b>
<b>Standardansatz (SA)</b>	<b>28.118</b>	<b>28.118</b>	<b>26.556</b>	<b>26.556</b>
Staaten oder Zentralbanken	12.664	12.664	11.390	11.390
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	213	213	232	232
Öffentliche Stellen	185	185	182	182
Multilaterale Entwicklungsbanken	1	1	1	1
Internationale Organisationen	0	0	0	0
Institute	134	134	132	132
Unternehmen - Sonstige	4.973	4.973	4.970	4.970
Unternehmen - Spezialfinanzierungen	96	96	89	89
Mengengeschäft	3.494	3.494	3.573	3.573
Durch Grundpfandrechte auf Immobilien besicherte und ADC-Risikopositionen	2.264	2.264	2.345	2.345
Ausgefallene Risikopositionen	247	247	207	207
Aus nachrangigen Schuldtiteln bestehende Risikopositionen	0	0	0	0
Gedeckte Schuldverschreibungen	0	0	0	0
Forderungen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	0	0	0	0
Organismen für Gemeinsame Anlagen (OGA)	10	10	11	11
Eigenkapital	2.701	2.701	2.499	2.499
Sonstige Posten	1.138	1.138	926	926
<b>Auf internen Einstufungen basierender Ansatz (IRB-Ansatz)</b>	<b>43.699</b>	<b>60.767</b>	<b>42.085</b>	<b>59.706</b>
IRB-Ansätze, wenn weder eigene Schätzungen der LGD noch Umrechnungsfaktoren genutzt werden	29.396	41.678	28.343	40.525
Institute	2.239	1.724	2.608	1.903
Unternehmen - Spezialfinanzierungen	4.880	8.751	4.679	8.474
Unternehmen - Angekaufte Forderungen	269	289	255	290
Unternehmen - Sonstige	22.009	30.914	20.801	29.858
IRB-Ansätze, wenn eigene Schätzungen der LGD bzw. Umrechnungsfaktoren genutzt werden	11.659	16.617	11.218	16.873
Unternehmen - Sonstige	0	0	0	0
Mengengeschäft - Wohnimmobilienbesichert	4.861	9.261	4.695	9.323
Mengengeschäft - Qualifiziert revolving	616	606	605	1.076
Mengengeschäft - Angekaufte Forderungen	0	0	0	0
Mengengeschäft - Sonstiges	6.182	6.750	5.918	6.473
Beteiligungen nach IRB	183	94	241	97
Organismen für Gemeinsame Anlagen (OGA)	37	35	28	32
Sonstige Aktiva, ohne Kreditverpflichtungen	2.424	2.344	2.256	2.180
<b>Verbriefungspositionen</b>	<b>2.313</b>	<b>5.322</b>	<b>2.250</b>	<b>5.318</b>
<b>Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken</b>	<b>22</b>	<b>22</b>	<b>22</b>	<b>22</b>
<b>Gesamtrisikobetrag für den Geschäftsbereich, für den ein Marktrisiko besteht</b>	<b>10.694</b>	<b>10.694</b>	<b>11.028</b>	<b>11.028</b>
Risikobetrag für den Geschäftsbereich mit Marktrisiko, der von Unternehmen berechnet wird, die ausschließlich den vereinfachten Standardansatz (SSA) anwenden	8.846	8.846	8.771	8.771
Risikopositionsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken nach internen Modellen (IM)	1.849	1.849	2.256	2.256
<b>Gesamtrisikobetrag für operationelle Risiken (OpR)</b>	<b>18.533</b>	<b>18.533</b>	<b>18.530</b>	<b>18.530</b>
<b>Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassung der Kreditbewertung (CVA)</b>	<b>396</b>	<b>396</b>	<b>331</b>	<b>331</b>
<b>Sonstige Risikopositionsbeträge</b>	<b>125</b>	<b>125</b>	<b>123</b>	<b>123</b>

## Regulatorische Kapitalquoten

in Prozent	31.3.2026	31.12.2025
Harte Kernkapitalquote (transitional)	17,3 %	17,9 %
Kernkapitalquote (transitional)	19,1 %	19,6 %
Eigenmittelquote (transitional)	21,2 %	21,7 %

## Verschuldungsquote

Die Berechnung der Verschuldungsquote (Leverage Ratio) ist im Teil 7 der CRR definiert. Auf Basis des Artikel 92 der CRR besteht zum 31. März 2026 eine verbindliche Anforderung von 3 Prozent:

in € Millionen	31.3.2026	31.12.2025
Gesamtrisikoposition	233.218	221.527
Kernkapital	19.840	19.776
<b>Verschuldungsquote in Prozent (transitional)</b>	<b>8,5 %</b>	<b>8,9 %</b>

## Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

### RBI gibt Absicht zur Unterbreitung eines freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots für sämtliche Addiko-Aktien zu einem Preis von € 23,05 je Aktie bekannt

Am 8. April 2026 gab die RBI ihre Absicht bekannt, ein freiwilliges öffentliches Übernahmeangebot für sämtliche ausgegebenen und ausstehenden Aktien der Wiener Addiko Bank AG (Addiko), die nicht von Addiko selbst gehalten werden, zu unterbreiten. Die RBI beabsichtigt, einen Barpreis von € 23,05 je Addiko-Aktie (cum Dividende 2025) zu bieten, entsprechend dem volumengewichteten durchschnittlichen Aktienkurs der 6-Monats-Periode, die am 7. April 2026 endet. Der Angebotspreis liegt laut einem von der RBI eingeholten externen Bewertungsgutachten von Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H. rund 20 Prozent über dem in diesem Gutachten ermittelten Wert des Eigenkapitals.

Das beabsichtigte Angebot unterliegt einer Mindestannahmequote von mehr als 75 Prozent sämtlicher ausgegebenen und ausstehenden Addiko-Aktien und stellt kein Delisting-Angebot im Sinne von § 38 Absatz 6 bis 8 Börsegesetz dar. Das Closing des beabsichtigten Angebots steht unter dem Vorbehalt kartellrechtlicher und regulatorischer Genehmigungen sowie weiterer Abschlussbedingungen. Nach Einreichung des freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots, dessen Prüfung durch die österreichische Übernahmekommission und Veröffentlichung der Angebotsunterlage durch die RBI wird die Annahmefrist zehn Wochen betragen.

Darüber hinaus beabsichtigt die RBI, mit der Alta Group d.o.o. (Serbien), einer Aktionärin der Addiko, eine Vereinbarung abzuschließen, die unter anderem den geplanten Verkauf (Carve-out) der Addiko Bank a.d. Beograd (Serbien), der Addiko Bank d.d. Sarajevo und der Addiko Bank d.d. Banja Luka (beide Bosnien und Herzegowina) sowie der Addiko Bank A.D. Podgorica (Montenegro) durch die Addiko Bank AG vorbehaltlich des erfolgreichen Abschlusses des freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots vorsieht. Der Verkaufspreis des Carve-outs wird zumindest dem Verkehrswert der zu veräußernden Tochtergesellschaften entsprechen. Das Closing des Carve-outs unterliegt marktüblichen Abschlussbedingungen einschließlich kartellrechtlicher und regulatorischer Genehmigungen.

Die RBI beabsichtigt, die Addiko Bank d.d. Zagreb (Kroatien), die Addiko d.d. Ljubljana (Slowenien) sowie die Addiko Bank AG (Österreich) zu behalten. Mit dieser Transaktion würde die RBI ihren Marktanteil in Kroatien stärken und gemessen an der Bilanzsumme zur viertgrößten Bank aufsteigen sowie erneut in den slowenischen Markt eintreten, wo sie insbesondere im Corporate- und Investment-Banking-Geschäft sowie im KMU-Segment Potenzial sieht.

Der erfolgreiche Abschluss des freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots hätte einen anfänglichen Effekt von rund minus 45 Basispunkten (bei einer Annahmequote von 75 Prozent) auf die harte Kernkapitalquote der RBI ohne Russland. Nach erfolgreichem Abschluss des Carve-outs wird der Effekt beider Transaktionen insgesamt voraussichtlich bei rund minus 10 Basispunkten liegen, vorbehaltlich der Eröffnungsbilanz. Vorbehaltlich der genannten Bedingungen wird der Abschluss des freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots im vierten Quartal 2026 erwartet, während das Closing des Carve-outs für die zweite Jahreshälfte 2027 erwartet wird.

### Untersuchung zur Festsetzung des rumänischen Leu-Referenzzinssatzes

2022 leitete der Wettbewerbsrat in Rumänien eine Untersuchung zur Festsetzung des ROBOR (rumänischer Leu-Referenzzinssatz) ein, da er eine Absprache zwischen den Banken vermutete. Alle elf beteiligten Banken waren Gegenstand dieser Untersuchung.

Nach zahlreichen Untersuchungen veröffentlichte die Wettbewerbsbehörde am 7. April 2026 einen Zwischenbericht, in dem festgestellt wurde, dass die Banken den ROBOR manipuliert hätten. Konkrete Anhaltspunkte für eine solche Schlussfolgerung wurden jedoch nicht angegeben. Es wurde lediglich darauf verwiesen, dass die Banken die Angebote der jeweils anderen Banken einsehen konnten. Dies bildet die Grundlage für die Vorwürfe eines Fehlverhaltens, obwohl diese Transparenz durch die Vorschriften der Nationalbank von Rumänien zur ROBOR-Festsetzung vorgegeben ist und bislang nicht beanstandet wurde. Raiffeisen Bank SA, Bukarest hält an ihrer im Laufe der Untersuchung vertretenen Position fest, wonach ihr Verhalten stets den gesetzlichen Vorschriften entsprochen hat.

Dem Bericht zufolge haben die Ermittler eine Geldbuße von bis zu 10 Prozent des unkonsolidierten Umsatzes von 2025 vorgeschlagen. Die 10 Prozent stellen den gesetzlich zulässigen Höchstsatz dar. Die betroffenen Banken haben bis zum 13. Mai 2026 Zeit, Stellungnahmen bzw. Einwände einzureichen, und sind zu einer Anhörung vor dem Plenum des Rates eingeladen. Nach Abschluss dieser beiden Schritte wird der Wettbewerbsrat eine Entscheidung erlassen. Gegen diese Entscheidung kann anschließend innerhalb von 30 Tagen Klage bei Gericht eingereicht werden. Sollte der Wettbewerbsrat eine Entscheidung erlassen, wonach die beteiligten Banken den ROBOR manipuliert haben, kann die Möglichkeit weiterer Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegen die Raiffeisen Bank S.A. nicht ausgeschlossen werden.

# Kennzahlen

## Alternative Leistungskennzahlen (Alternative Performance Measures, APM)

Der Konzern verwendet im Rahmen seiner Finanzberichterstattung auch alternative, nicht in den IFRS- oder CRR-Vorschriften definierte Leistungskennzahlen, um seine Finanz- und Ertragslage darzustellen. Sie sollten nicht isoliert, sondern als ergänzende Informationen betrachtet werden.

Diese Kennzahlen werden in der Finanzbranche häufig zur Analyse und Beschreibung der Ertrags- und Finanzlage verwendet. Die zur Berechnung verwendeten einzelnen Abschlussposten ergeben sich dabei aus der Art der Geschäftstätigkeit des Konzerns als Universalbankengruppe. Dabei ist zu beachten, dass die Definitionen von Unternehmen zu Unternehmen variieren. Daher werden die von der RBI verwendeten Kennzahlen nachfolgend definiert.

**Betriebsergebnis** – Beschreibt das operative Ergebnis einer Bank im Berichtszeitraum; errechnet sich aus den Betriebserträgen (vor Wertminderungen) abzüglich der Verwaltungsaufwendungen.

**Betriebserträge** – Sind primär Ertragsbestandteile des laufenden operativen Geschäftsbetriebs (vor Wertminderungen), sie bestehen aus Zinsüberschuss, Dividendenerträgen, laufendem Ergebnis aus assoziierten Unternehmen, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen, Ergebnis aus Hedge Accounting und dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

**Cost/Income Ratio** – Gibt die Kosten des Unternehmens in Relation zum Ertrag an und vermittelt damit ein klares Bild über die operative Effizienz. Banken verwenden diese Kennzahl zur Unternehmenssteuerung und für den Vergleich ihrer Effizienz mit denen anderer Finanzinstitute. Errechnet wird die Cost/Income Ratio als Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen (abzüglich Transaktionssteuer) zu den Betriebserträgen (abzüglich Transaktionssteuer sowie vor Wertminderungen). Die Verwaltungsaufwendungen beinhalten Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte. Die Betriebserträge bestehen aus Zinsüberschuss, Dividendenerträgen, laufendem Ergebnis aus assoziierten Unternehmen, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen, Ergebnis aus Hedge Accounting und dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

**Effektive Steuerquote** – Verhältnis von tatsächlichem Steueraufwand zum Ergebnis vor Steuern. Die effektive Steuerquote unterscheidet sich aufgrund zahlreicher Rechnungslegungsfaktoren häufig vom gesetzlichen Steuersatz und ermöglicht damit einen besseren Vergleich zwischen Unternehmen. Die effektive Steuerquote bezeichnet den Durchschnittssatz, mit dem das Vorsteuerergebnis eines Unternehmens besteuert wird. Sie berechnet sich aus dem Gesamtsteueraufwand (Steuern vom Einkommen und Ertrag) in Relation zum Ergebnis vor Steuern. Der Gesamtsteueraufwand umfasst die laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie die latenten Steuern.

**Loan/Deposit Ratio** – Wird verwendet, um die Liquidität einer Bank zu beurteilen. Sie errechnet sich aus den Forderungen an Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte in Relation zu den Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Finanzunternehmen und Haushalten.

**Nettozinsspanne** – Diese Rentabilitätskennzahl errechnet sich aus dem Zinsüberschuss in Relation zu den durchschnittlichen zinstragenden Aktiva (Gesamtkтива abzüglich Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, Sachanlagen, immaterielle Vermögenswerte, Steuerforderungen und sonstige Aktiva).

**Neubildungsquote** – Indikator für die Entwicklung der Risikokosten und die Vorsorgepolitik eines Unternehmens; berechnet sich aus den Wertminderungen und -aufholungen auf finanzielle Vermögenswerte (Kundenforderungen) in Relation zu den durchschnittlichen Kundenforderungen.

**NPE/Non-performing Exposure, notleidendes Obligo** – Beinhaltet alle notleidenden Kredite und Schuldverschreibungen nach der gültigen CRR Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standards (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing Exposures).

**NPL/Non-performing Loans, notleidende Kredite** – Beinhaltet alle notleidenden Kredite nach der gültigen CRR Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standards (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing Exposures).

**NPE Ratio** – Anteil der notleidenden Kredite und Schuldverschreibungen an den gesamten Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen. Die Kennzahl zeigt die Qualität des Kreditportfolios der Bank an und ist ein Indikator für ihre Effizienz in der Steuerung von Kreditrisiken.

**NPL Ratio** – Anteil der notleidenden Kredite an den gesamten Forderungen an Kunden und Kreditinstitute. Die Kennzahl zeigt die Qualität des Kreditportfolios der Bank an und ist ein Indikator für ihre Effizienz in der Steuerung von Kreditrisiken.

**NPE Coverage Ratio** – Zeigt an, in welchem Umfang notleidende Kredite und Schuldverschreibungen durch Wertminderungen (Stage 3) abgedeckt sind, und gibt damit auch Auskunft über die Fähigkeit der Bank, Verluste aus NPE zu verkraften; errechnet sich anhand der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen im Verhältnis zu den notleidenden Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen.

**NPL Coverage Ratio** – Zeigt an, in welchem Umfang notleidende Kredite durch Wertminderungen (Stage 3) abgedeckt sind, und gibt damit auch Auskunft über die Fähigkeit der Bank, Verluste aus NPL zu verkraften; errechnet sich anhand der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden und Kreditinstitute im Verhältnis zu den notleidenden Forderungen an Kunden und Kreditinstitute.

**Return on Assets (ROA vor/nach Steuern, Vermögensrendite)** – Rentabilitätskennzahl, die misst, wie effektiv ein Unternehmen sein Vermögen in einem gegebenen Zeitraum gewinnbringend verwalten kann; berechnet sich aus dem Ergebnis vor Steuern bzw. nach Steuern in Relation zu den durchschnittlichen Aktiva (basierend auf der Bilanzsumme, ermittelt durchschnittlich auf Monatsbasis).

**Return on Equity (ROE vor/nach Steuern, Eigenkapitalrendite)** – Rentabilitätskennzahl für Management und Investor:innen, die sich aus dem in der Erfolgsrechnung ausgewiesenen Periodenergebnis im Verhältnis zum durchschnittlichen Eigenkapital berechnet. Der ROE zeigt die Ertragskraft der Bank gemessen an dem von ihren Aktionär:innen investierten Kapital und damit den Erfolg von deren Investition. Dieser Parameter eignet sich gut dazu, die Rentabilität einer Bank mit jener anderer Finanzinstitute zu vergleichen; berechnet wird er aus dem Ergebnis vor Steuern oder nach Steuern im Verhältnis zum durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapital auf Monatsbasis (inklusive Kapital nicht beherrschender Anteile, ohne Ergebnis).

**Konzern-Return-on-Equity** – Rentabilitätskennzahl, die sich aus dem Verhältnis zwischen dem angepassten Konzernergebnis und dem durchschnittlichen Konzern-Eigenkapital berechnet. Das angepasste Konzernergebnis setzt sich aus dem in der Erfolgsrechnung ausgewiesenen Konzernergebnis abzüglich der im Zuge von Entkonsolidierung aus dem sonstigen Ergebnis in die Erfolgsrechnung umgegliederten akkumulierten Effekte sowie des Dividendenanspruchs auf das zusätzliche Kernkapital zusammen. Das Konzern-Eigenkapital ist das den Aktionär:innen der RBI zurechenbare Kapital. Es wird durchschnittlich auf Monatsbasis ohne Kapital nicht beherrschender Anteile und ohne Konzernergebnis ermittelt.

**Return on Risk-Adjusted Capital (RORAC)** – Kennzahl für die risikoorientierte Erfolgssteuerung, die die Verzinsung des risikoadjustierten Eigenkapitals (ökonomisches Kapital) anzeigt; errechnet sich als Quotient aus dem Konzernergebnis abzüglich der im Zuge von Entkonsolidierung aus dem sonstigen Ergebnis in die Erfolgsrechnung umgegliederten akkumulierten Effekte und dem risikoadjustierten Kapital (d. h. dem durchschnittlichen ökonomischen Kapital). Diese Kennzahl für den Kapitalbedarf wird im Rahmen des ökonomischen Kapitalmodells für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken ermittelt.

## Eigenmittelspezifische Kennzahlen

**Harte Kernkapitalquote** – Hartes Kernkapital in Relation zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA) gemäß CRR/CRD-IV-Richtlinie.

**Eigenmittelquote** – Gesamte Eigenmittel in Relation zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA).

**Verschuldungsquote (Leverage Ratio)** – Verhältnis des Kernkapitals zu allen Aktivposten in der Bilanz und außerbilanziellen Posten, soweit sie bei der Festlegung der Kapitalmessgröße nicht abgezogen werden. Die Berechnung erfolgt gemäß der in der CRD-IV-Richtlinie festgelegten Methode.

**Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)** – Risikoaktiva (Kreditrisiko, CVA-Risiko) inklusive Markt- und operationelles Risiko.

**Kernkapitalquote** – Kernkapital in Relation zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA).

# Abkürzungsverzeichnis

BCBS	Basler Ausschuss für Bankenaufsicht
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BP	Basispunkte
BWG	Bankwesengesetz
CDS	Kreditausfalltausch (Credit Default Swap)
CE	Zentraleuropa (Central Europe)
CEE	Zentral- und Osteuropa (Central and Eastern Europe)
CET 1	Hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1)
CoE	Eigenkapitalkosten (Cost of Equity)
CRR	Kapitaladäquanzverordnung (Capital Requirements Regulation)
DCF	Abgezinster Zahlungsstrom (Discounted Cash-Flow)
EAD	Ausfallkredithöhe (Exposure at Default)
EBA	Europäische Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority)
ECL	Erwartete Kreditverluste (Expected Credit Losses)
ESAEG	Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz
ESG	Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (Environmental, Social and Governance)
EZB	Europäische Zentralbank
FMA	Finanzmarktaufsicht
FMSG	Finanzmarktstabilitätsgremium
HQLA	Erstklassige, hochliquide Aktiva (High Quality Liquid Assets)
IAS/IFRS	International Accounting Standards/International Financial Reporting Standards
IBOR	Referenzzinssatz im Interbankengeschäft (Interbank Offered Rate)
IPS	Institutionelles Sicherungssystem (Institutional Protection Scheme)
IRB	Auf internen Beurteilungen basierender Ansatz (Internal Ratings Based)
ITS	Technische Durchführungsstandards (Implementing Technical Standards)
LCR	Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio)
LGD	Ausfallverlustquote (Loss Given Default)
MREL	Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities)
NPE	Notleidendes Obligo (Non-Performing Exposure)
NPL	Notleidende Kredite (Non-Performing Loans)
NSFR	Strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio)
OTC	Außerbörslich (Over The Counter)
PD	Überfällig (Past Due)
PEPP	Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme)
POCI	Erworbene oder ausgereichte wertgeminderte Vermögenswerte (Purchased or Originated Credit Impaired)
RBI	Raiffeisen Bank International Konzern
RBI AG	Raiffeisen Bank International Aktiengesellschaft
RWA	Risikogewichtete Aktiva (Risk-Weighted Assets)
RORAC	Risikoadjustierte Eigenkapitalrendite (Return on Risk Adjusted Capital)
SA	Standardansatz (Standardized Approach)
SA-CCR	Standardansatz im Kontrahentenrisiko (Standardized Approach to Counterparty Credit Risk)
SEE	Südosteuropa (Southeastern Europe)
SICR	Signifikante Erhöhung des Ausfallrisikos (Significant Increase in Credit Risk)
SIRP	Spezielle Verzinsungsperiode (Special Interest Rate Period)
SRB	Systemrisikopuffer (Systemic Risk Buffer)
SREP	Aufsichtlicher Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process)
TLTRO	Gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (Targeted Longer-Term Refinancing Operations)
UNEP FI	Finanz-Initiative des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UN Environment Programme Finance Initiative)
VaR	Value-at-Risk
WACC	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten (Weighted Average Cost of Capital)

# > Impressum

Raiffeisen Bank International AG  
Am Stadtpark 9  
1030 Wien  
Österreich  
Telefon: +43-1-71 707-0  
www.rbinternational.com

**Redaktionsschluss:** 30. April 2026

## **Group Investor Relations**

Telefon: +43-1-71 707-2089  
E-Mail: [ir@rbinternational.com](mailto:ir@rbinternational.com)  
www.rbinternational.com → Investoren

## **Medien**

Telefon: +43-1-71 707-1298  
E-Mail: [communications@rbinternational.com](mailto:communications@rbinternational.com)  
www.rbinternational.com → Media Hub

Die in diesem Bericht enthaltenen Prognosen, Planungen und zukunftsgerichteten Aussagen basieren auf dem Wissensstand und der Einschätzung der Raiffeisen Bank International AG zum Zeitpunkt der Erstellung. Wie alle Aussagen über die Zukunft unterliegen sie bekannten und unbekanntem Risiken sowie Unsicherheitsfaktoren, die im Ergebnis auch zu erheblichen Abweichungen führen können. Für den tatsächlichen Eintritt von Prognosen und Planungswerten sowie zukunftsgerichteten Aussagen kann keine Gewähr geleistet werden.

Dieser Bericht wurde mit der größtmöglichen Sorgfalt erstellt und die Daten wurden überprüft. Rundungs-, Übermittlungs-, Satz- oder Druckfehler können dennoch nicht ausgeschlossen werden. Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten. Dieser Bericht wurde in deutscher Sprache verfasst. Der Bericht in englischer Sprache ist eine Übersetzung des deutschen Berichts. Allein die deutsche Version ist die authentische Fassung.



**Raiffeisen Bank**  
International

